



ÄRZTEKAMMER HAMBURG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

2003 Tätigkeitsbericht

Ärztekammer Hamburg – Humboldtstr. 56, 22083 Hamburg
Tel.: 040 / 22 802 596, Fax: 040 / 220 99 80
Email: aekhh@aerztekammer-hamburg.de
www.aerztekammer-hamburg.de

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE ÄRZTEVERSAMMLUNG	5
DIE KAMMERVERSAMMLUNGEN	5
AUS DER ARBEIT DES VORSTANDS.....	9
ÄRZTESTATISTIK 2003.....	14
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2003.....	20
ÄRZTLICHE WEITERBILDUNG	21
STATISTIK DER ÄRZTLICHEN WEITERBILDUNG.....	28
ÄRZTLICHE FORTBILDUNG.....	31
ÄRZTEVERZEICHNIS	36
REFERAT BERUFSORDNUNG UND BESCHWERDESTELLE	36
BERICHT DES OMBUDSMANNES	40
ÄRZTLICHE STELLE RÖNTGENVERORDNUNG - GESCHÄFTSBEREICH ÄRZTEKAMMER.....	40
AUSBILDUNG FÜR ARZTHELFERINNEN.....	43
PATIENTENBERATUNG	48
GEBÜHRENORDNUNG FÜR ÄRZTE.....	50
RECHTSABTEILUNG	51
SCHLICHTUNGSSTELLE FÜR ARZTHAFTPFLICHTFRAGEN	52
PRESSESTELLE.....	53
BIBLIOTHEK DES ÄRZTLICHEN VEREINS	55
KOMMISSIONEN DER ÄRZTEKAMMER HAMBURG	58
AUSSCHÜSSE UND ARBEITSKREISE	63
VERTRETER DER ÄRZTEKAMMER IN GREMIEN DER BUNDESÄRZTEKAMMER.....	73
LISTE DER FACHBEISITZER / PRÜFER 2003.....	74

Allgemeine Ärzteversammlung

Die Frage „Wie sicher sind unsere Renten?“ war Thema der Allgemeinen Ärzteversammlung im vergangenen Jahr. Dr. Ulrich Kirchhoff, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen, widmete sich dabei dem Aspekt der politischen Sicherheit, während Dr. Torsten Hemker, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes der Ärztekammer, auf die wirtschaftliche Sicherheit durch die kapitalgedeckte Finanzierung einging. Offenbar traf das Thema den Nerv der Ärzte, denn diese Allgemeine Ärzteversammlung war sehr gut besucht.

Dr. Kirchhoff stellte zunächst klar, dass sich die Frage der politischen Sicherheit der berufsständischen Versorgung im Grunde immer wieder neu stelle, besonders drängend werde sie bei politischen Reformvorhaben, die die gesetzliche Rentenversicherung betreffen. Denn nach Agenda 2010 und Gesundheitsmodernisierungsgesetz stehe eine Reform zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung an. Doch Kirchhoff konnte beruhigen: Die bisher erworbenen Anwartschaften bei berufsständischen Versorgungswerken seien eigentumsgeschützt und verfassungsgarantiert. Die verfassungsrechtliche Bestandgarantie hätten zahlreiche Staatsrechtler in Gutachten belegt.

Was er mit „schlechterem Risiko“ meinte, stellte Dr. Torsten Hemker in seinem Vortrag klar: „Ärzte werden älter, haben mehr Kinder und jüngere Frauen als der Bevölkerungsdurchschnitt“. Aufgrund dieser Erkenntnisse hat allein das Hamburger Versorgungswerk etwa 80 Millionen Euro zusätzlich zurückgelegt. Denn das Prinzip der Kapitaldeckung erfordert es, dass für alle Leistungszusagen wie Alters-, Berufsunfähigkeits-, Witwen- und Waisenrenten sowie Sterbegeld eine Deckungsrückstellung gebildet werde. Hemker führte außerdem aus, dass das Versorgungswerk der Ärztekammer Hamburg zu 99 Prozent kapitalgedeckt sei.

Sein Urteil über die Sicherheit der Renten in den Versorgungswerken fiel dementsprechend positiv aus: Durch die Kapitaldeckung seien die berufsständischen Versorgungswerke insgesamt sicherer und effizienter als die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung.

Die Kammerversammlungen

Siebenmal kamen die Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Ärzteschaft im Jahr 2003 zusammen. Die Kammerversammlung ist nach § 25 des Hamburgischen Ärztegesetzes das Legislativ-Organ der Ärztekammer Hamburg. Sie beschließt Satzungen, Geschäftsordnungen, den Haushalt, die Höhe der Kammerbeiträge und kontrolliert den Vorstand der Kammer, das Exekutiv-Organ. Neben diesen Aufgaben, die Ärztegesetz und Satzungen vorschreiben, haben die Mitglieder der Kammerversammlung aber auch 2003 wieder über aktuelle berufspolitische Fragen debattiert.

Berufspolitische Themen

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Hamburg hat im vergangenen Jahr mehrfach über die verschiedenen Eckpunkte, Entwürfe und Kompromisse der Gesundheitsreform debattiert und sich zu Beginn des Jahres in einer Resolution

entschieden gegen die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform ausgesprochen, da die Reformvorhaben das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland substantiell gefährdeten. Die Ärztinnen und Ärzte erklärten sich bereit, konstruktiv an der Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung mit zu arbeiten, und würden jeden Reformvorschlag aus Berlin einer genauen Prüfung unterziehen. Die Kammerversammlung diskutierte über Protest-Aktionen von Seiten der Ärzteschaft und stellte fest, dass es wichtig sei, auch in Arztpraxen über die möglichen Konsequenzen wie beispielsweise Wartelisten für bestimmte Behandlungen zu informieren. Am 18. Februar 2003 fand in Berlin zu diesem Thema ein Außerordentlicher Ärztetag statt. Er diente dazu, die gesundheitspolitische Lage aus ärztlicher Sicht kritisch darzustellen und die unsinnigen Vorwürfe von Seiten der Politik, die den Ärzten eine Unter-, Fehl- und Überversorgung im ärztlichen Bereich unterstellt, zu entkräften. Gemeinhin wurde dieser Ärztetag als positives Signal gewertet, da die Politiker Dialogbereitschaft signalisiert hatten.

Dr. Michael Reusch, Präsident der Ärztekammer Hamburg, hielt die Vertreterinnen und Vertreter in seinen Lageberichten regelmäßig über die aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen auf dem Laufenden. Dramatische Einschnitte in das Gesundheitswesen sah er durch die geplante Reform auf die Patienten, aber auch Ärzte zukommen. Auswirkungen befürchtete Reusch nicht nur in der Fremdbestimmung ärztlicher Berufsausübung im Sinne einer „Misstrauenskultur“, die sich in vielen der Paragraphen des Gesetzentwurfs widerspiegeln würde, sondern auch die in der Behinderung freiberuflicher Tätigkeit durch Überwachung und Kontrolle sowie der Entleerung der gemeinsamen Selbstverwaltung mit erheblichen Folgen für die Patientenversorgung.

Neben bundespolitischen Themen, die in diesem Jahr wegen der Reform überwiegen, wurden aber auch Hamburger Themen in der Kammerversammlung diskutiert. So beispielsweise der geplante LBK-Verkauf, die Billigkassen-Kampagne der Kassenärztlichen Vereinigung, die Ausstellung „Körperwelten“ und das Problem der Reisefähigkeitsgutachten.

Gegen eine Zuteilungsmedizin, die Menschen - gleich welchen Alters - vom medizinischen Fortschritt abkoppelt, wendeten sich die Kammerversammlungsglieder in ihrer September-Sitzung und forderten die Politik auf, die fatale Entsolidarisierung im Wettbewerb der gesetzlichen Krankenkassen um niedrige Beitragssätze durch Kassenwechsel zu Billig-Krankenkassen zu stoppen. Anlass für diese Resolution bot die Kampagne der Kassenärztlichen Vereinigung „Billig wird teuer“, die den Mittelentzug durch Wechsel in die so genannten Billigkrankenkassen anprangerte. Angesichts dramatisch steigender Kosten gerade für die Versorgung der Rentner zerstöre der Entzug der Mittel in der gesetzlichen Krankenversicherung durch Kassenwechsel das Solidaritätsprinzip im System der gesetzlichen Krankenversicherung, so die Resolution.

Gerungen hat die Kammerversammlung um ihr Votum zu den „Körperwelten“, einer Ausstellung von präparierten Leichen auf dem Kiez. Die Kammer hat sich von Beginn an gegen die Ausstellung positioniert und sich für ein Verbot einzelner besonders entwürdigend ausgestellter plastinierter Leichen stark gemacht. Nach kontroverser Diskussion wurde eine Resolution verabschiedet, in der der Senat aufgefordert wird, „die Ausstellung Körperwelten in dieser Form zu beeen-

den und auf keinen Fall eine Dauerausstellung in Hamburg zu zulassen“. Diese Ausstellung kommerzialisiere unter dem Deckmantel der Wissenschaft Tabubruch, Voyeurismus und Gruseleffekt und mache dabei Menschen auf unwürdige Weise zu Objekten. Die Kammerversammlung lehne einen solchen Umgang mit verstorbenen Menschen ab.

Ein weiteres wichtiges Thema der Kammerversammlung waren Reisefähigkeitsgutachten bei der Abschiebung von Migranten. Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Mediziner einen Antrag zu diesem Thema, der im Vorwege die Unterstützung des Vorstandes gefunden hatte. Es wurde gefordert, dass die Ärztekammer nachdrücklich dafür eintreten solle, dass die Verantwortlichen in menschlich und medizinisch gebotener Weise mit den Betroffenen umgehen – entsprechend der Grundsätze des Gesundheitsamtes Bremen. Die Kammerversammlungsmitglieder beschlossen mit großer Mehrheit den Antrag, die Hamburger Behörden aufzufordern, die Bremer Grundsätze bei der Begutachtung von Migranten zu übernehmen.

Ärztliche Weiterbildung

Als bundesweit erste Kammer verabschiedete die Kammerversammlung im Dezember die neue Weiterbildungsordnung mit großer Mehrheit. Da das neue Regelwerk zuvor schon diskutiert worden war und sämtliche Fachverbände Stellung bezogen hatten, standen vor der Abstimmung nur noch wenige Konfliktfelder zur Debatte – wie der im Vorfeld der Ärztetage heiß diskutierte neu geschaffene Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin, die Bereiche Neurologie und Psychiatrie, die Teilradiologie im neu geschaffenen Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie sowie die Palliativmedizin. Bis auf geringfügige, meist redaktionelle Änderungen sowie präzisierende Ergänzungen bei den Übergangsbestimmungen entsprach der Entwurf der Muster-Weiterbildungsordnung, die auf dem diesjährigen Deutschen Ärztetag in Köln verabschiedet worden war. Dereguliert in den Anforderungen, logisch in der Struktur und mit erheblich weniger Bezeichnungen war es möglich geworden, die bisherige Vielzahl an Fachkunden, Weiterbildungsgängen und Gebieten zu entwirren. Deshalb kommt die neue Weiterbildungsordnung mit nur 105 statt 140 Weiterbildungsgängen aus, die Zahl der Gebiete vermindert sich von 41 auf 32, die Facharzt-Weiterbildungsgänge erhöhen sich von 41 auf 45. Außerdem sind 21 spezielle Weiterbildungen sowie 32 Fachkundenachweise ersatzlos gestrichen worden.

Über die umstrittene Zusammenführung der Fachärzte für Allgemeinmedizin und Innere Medizin zum Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin wurde in der Kammerversammlung heftig debattiert. Künftig gibt es den Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin sowie den Facharzt für Innere Medizin plus einen der acht vorgesehenen Schwerpunkte. Letztlich folgte die Kammerversammlung hier der Muster-Weiterbildungsordnung, verabschiedete allerdings am selben Abend eine Resolution, nach der sich die Ärztekammer Hamburg bei der nächsten Novellierung für einen Facharzt für Innere Medizin mit eigener Facharztprüfung stark machen wird. Nach langer und intensiver Debatte stimmte die Kammerversammlung über die neue WBO ab. 35 Mitglieder stimmten für die Beschlussvorlage, sechs dagegen, drei enthielten sich.

Ebenfalls verabschiedet wurden in der Dezember-Sitzung die Übergangsbestimmungen für den neuen Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin. So muss nun jeder schon tätige Hausarzt, der den neuen Facharzt machen will, eine mündliche Prüfung bestehen. Weitere Voraussetzungen im Vorfeld: Fachärzte für Allgemeinmedizin können künftig den Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin beantragen, wenn sie mindestens entweder 24 Monate Weiterbildung im Gebiet Innere Medizin oder mindestens 18 Monate Weiterbildung im Gebiet Innere Medizin nachweisen und zusätzlich mindestens fünf Jahre in eigener Praxis hausärztlich tätig waren. Für Internisten gilt, dass sie die neue Bezeichnung beantragen können, wenn sie mindestens fünf Jahre hausärztliche Tätigkeit belegen können.

Regularien – satzungsgemäße Aufgaben

Die Aufgaben der Kammerversammlung sind Wahlen, Nachwahlen, Besetzung von Ausschüssen, Prüfungskommissionen und auch die Wahl der Delegierten des Deutschen Ärztetags. Mit der neuen Legislatur-Periode wurde der Ausschuss Arbeitsmedizin und der Ausschuss DRGs im Krankenhaus und ihre Folgen in Klinik und Praxis neu konstituiert, der Fürsorgeausschuss nicht wieder besetzt, da die Zahl der Fürsorgeempfänger in den vergangenen Jahren so sehr gesunken ist, dass die Verwaltung der Gelder nicht mehr durch einen Ausschuss erfolgen muss. Leichte Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen beschlossen die Ärzte für den Vorsitzenden des Weiterbildungs- und des Fortbildungsausschusses sowie der Ethik-Kommission. Die Beträge waren zum Teil seit Ende der 80er Jahre nicht mehr verändert worden, der Aufwand hat seitdem jedoch sehr zugenommen.

Jahresabschluss der Ärztekammer Hamburg

Zu den wichtigsten satzungsgemäßen Aufgaben der Kammerversammlung gehört, die Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der Ärztekammer sowie die Abschlüsse des Versorgungswerks zu beraten. Das vorausberechnete Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung entsprach in diesem Jahr fast exakt dem tatsächlichen Ergebnis. Der Haushaltsplan hatte ein Defizit von 223.250 Euro vorgesehen, tatsächlich lag es bei 207.285 Euro. Die Kammerversammlung stellte den Jahresabschluss 2002 bei einer Enthaltung einstimmig fest. Anschließend wurde der Vorstand für den vorgelegten Jahresabschluss einstimmig – bei Enthaltung der anwesenden Vorstandsmitglieder - entlastet.

Haushaltsplan 2004

Der kaufmännische Geschäftsführer erläuterte in der Oktober-Sitzung der Kammerversammlung den Haushaltsplan 2004. Für das kommende Jahr werde ein mit etwa 260.000 Euro ebenso hohes Defizit wie in diesem Jahr erwartet. Der Kammerpräsident versicherte, dass Vorstand wie Geschäftsführung Einnahmen wie Ausgaben der Ärztekammer fest im Blick behalten würden. Die Kammerversammlung verabschiedete einstimmig den vorgelegten Haushaltsplan sowie die Beibehaltung des Hebesatzes von 0,6 Prozent.

Versorgungswerk

Zum ersten Mal seit Gründung des Versorgungswerks der Ärztekammer Hamburg werden die Ärzte im Ruhestand im kommenden Jahr nicht mehr Geld bekommen als derzeit. Die Kammerversammlung nahm den Antrag einstimmig an, die Renten sowie die Rentenanwartschaften zum 1. Januar 2004 erstmals seit Gründung des Versorgungswerks nicht zu erhöhen. Im vergangenen Jahr erzielte das Versorgungswerk wegen der Wertverluste bei Aktien erstmals eine negative Verzinsung. Nur aufgrund der gesetzlich bedingten deutlichen Erhöhung der Beiträge zum 1.1.2003 wurde dennoch im Geschäftsjahr 2002 ein leichter Überschuss erzielt. Statt die Leistungen minimal zu erhöhen, ist eine Zinsschwankungsreserve eingeführt worden, mit der Leistungskürzungen vermieden werden sollen, falls in zukünftigen Jahren wieder eine Nettoverzinsung unter dem Rechnungszins von vier Prozent erzielt werden sollte. Aber auch unter schwierigen Rahmenbedingungen ist das Gesamtvermögen des Versorgungswerkes in 2002 weiter gewachsen.

Aus der Arbeit des Vorstands

Der Vorstand ist das Exekutivorgan der Kammer und damit verantwortlich für die Führung der Geschäfte. Daraus folgt, dass der Vorstand in allen wichtigen Angelegenheiten der Kammer zu entscheiden hat. Grundlage hierfür sind in der Regel Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, Fachkommissionen und sonstige Gremien der Kammer. Gesetzliche Grundlage für die Aufgaben des Vorstandes sind die Bestimmungen des § 27 des Hamburgischen Ärztegesetzes.

Im Jahr 2003 war der am 09.12.2002 neu gewählte Vorstand das erste Jahr der vierjährigen Legislaturperiode im Amt. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Michael Reusch (Präsident)

Dr. Klaus-Otto Allmeling (Vizepräsident)

Dr. Christa Becker-Weißkamp

Prof. Dr. Christoph Lindner

Dr. Hanno Scherf

Dr. Eberhard Schulze

Dr. Michael Zinke

Der Vorstand trat im Berichtsjahr zu 13 ordentlichen Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fand am 15. Oktober 2003 eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand der Ärztekammer Schleswig-Holstein in Bad Segeberg statt.

Wahrnehmung satzungsgemäßer Aufgaben

Der Vorstand bereitet die Sitzungen der Kammerversammlung vor und trägt Sorge für die Umsetzung der Beschlüsse dieses Legislativ-Organs der Kammer. Zu den regelmäßig vorkommenden Beratungsthemen gehören die wichtigen Angelegenheiten aus den Bereichen ärztliche Weiter- und Fortbildung, der Arzthelfe-

rinnen-Ausbildung, die Durchführung der Berufsordnung, einschließlich Qualitätssicherung, sowie die Beratung verschiedener rechtlicher und ethischer Fragen zur Berufsausübung von grundsätzlicher Bedeutung.

Wahrnehmung der Berufsaufsicht

Anlassbezogen muss sich der Vorstand auf jeder Sitzung mit diversen Einzelfällen befassen, in denen Kammermitglieder mit dem Vorwurf einer ärztlichen Berufspflichtverletzung konfrontiert werden. Bestätigt sich dieser Vorwurf, beschließt der Vorstand über die Durchführung eines berufsgerichtlichen Vorermittlungsverfahrens und zu gegebener Zeit unter Umständen über den Antrag auf Eröffnung eines Berufsgerichtsverfahren beim Hamburgischen Berufsgericht für die Heilberufe. Im Berichtsjahr befasste sich der Vorstand mit mehr als 100 Einzelfällen.

Weites Aufgabenfeld – Vielfalt der Themenschwerpunkte

Nachfolgend wird anhand ausgewählter Themen aus der Tagesordnung der Vorstandssitzungen dargestellt, mit welcher unterschiedlichen Fragestellungen sich der Vorstand zu befassen hat, die nicht selten komplexe und schwierige Sachverhalte zum Gegenstand haben.

Umfassende Reform des Gesundheitssystems

Mit dem Thema ‚Gesundheitsreform‘ hatte sich der Vorstand im Berichtsjahr fast auf jeder Vorstandssitzung zu befassen. Es war auch Gegenstand eines Gesprächs, das die Ärztekammer zusammen mit der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft führte. Hier ging es unter anderem um die Deregulierungsnotwendigkeit der rechtlichen Rahmenbestimmungen für Krankenhaus und Praxis. Im Laufe des Jahres 2003 nahm das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) mehr und mehr konkrete Gestalt an. Es wurde deutlich, dass mit einer Änderung des § 95 d SGB V den Vertragsärzten eine Fortbildungsnachweispflicht im fünfjährigen Turnus auferlegt werden soll. Ferner kristallisierte sich heraus, dass zum Beginn des Jahres 2004 den Kassenpatienten in jedem Quartal eine Praxisgebühr abverlangt wird. Der ursprüngliche Plan, von den Ärzten als Freiberufler eine Gewerbesteuer zu verlangen, wurde dagegen wieder fallen gelassen.

Sehr intensiv befasste sich der Vorstand mit der Frage, wie eine Umsetzung der Pflichtfortbildung für Vertragsärzte in bundeseinheitlicher Form erfolgen kann. Präsident und Geschäftsführung der Ärztekammer Hamburg arbeiteten zu diesem Zweck in einer Arbeitsgruppe „Zertifizierte Fortbildung der Bundesärztekammer“ mit, um ein Konzept für die elektronische Erfassung der zertifizierten Fortbildungsveranstaltungen und der Teilnehmer zu erarbeiten: Hierbei wurde rasch deutlich, dass unter anderem für die Anerkennungskriterien einer Fortbildungsveranstaltung sowie die Bewertung der Veranstaltungen mit Fortbildungspunkten eine Mustervorgabe notwendig ist, die dann unverzüglich von allen Landesärztekammern umzusetzen ist. Aus diesem Grunde fokussierte die Arbeitsgruppe ihre Bemühungen auf die Erarbeitung einer Muster-Fortbildungsordnung, die dem nächsten Deutschen Ärztetag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden sollte. Die Ärztekammer Hamburg, die zu den wenigen Kammern gehört, die sich eine Fortbildungsordnung als Satzungsrecht gegeben haben, wird dann zu gegebener Zeit ihre Fortbildungsordnung entsprechend novellieren.

Ein einheitliches Konzept für die elektronische Erfassung anerkannter Fortbildungsveranstaltungen, der Punktbewertung und der Online-Erfassung des Punktekontos für die Teilnehmer wurde bis zum Ende des Berichtsjahres in der oben genannten Arbeitsgruppe nicht erzielt. Dies bedauerte der Vorstand, da spätestens zum 01.07.2004 die Erfassung der Pflichtfortbildung für Vertragsärzte notwendig ist. Die Ärztekammer Hamburg wird deshalb ihren eigenen Weg zur elektronischen Erfassung der Parameter gehen müssen.

Novellierung der Muster-Weiterbildungsordnung sowie der Weiterbildungsordnung der Ärztekammer Hamburg

In zahlreichen Sitzungen befasste sich der Vorstand zu Beginn des Jahres mit der Novelle der Muster-Weiterbildungsordnung in Vorbereitung der Beratung und Beschlussfassung dieser Novelle auf dem 106. Deutschen Ärztetag in Köln. Von Hamburger Seite wurde ein modifiziertes Zwei-Säulen-Modell für das neue Gebiet Innere Medizin und Allgemeinmedizin erarbeitet, das im Vorstand der Bundesärztekammer zur Diskussion gestellt wurde. Neben dem Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin und dem Facharzt für Innere Medizin, mit einer Spezialisierung in den acht verschiedenen Schwerpunkten der Inneren Medizin, sieht dieses Modell einen sechsjährig weitergebildeten Internisten ohne besondere Spezialisierung vor, der als Internist mit breiter Weiterbildung nur im stationären, nicht aber im vertragsärztlich-niedergelassenen Bereich, tätig ist. Eine Mehrheit fand dieser Vorschlag im Vorstand der Bundesärztekammer nicht und wurde deshalb bei den Beratungen der Muster-Weiterbildungsordnungs novelle auf dem Deutschen Ärztetag nicht berücksichtigt.

Nach Verabschiedung der Muster-Weiterbildungsordnungs novelle wurde vom Vorstand der Ärztekammer Hamburg unverzüglich die Novellierung der Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärzte und Ärztinnen auf der Grundlage dieser Musterfassung in Angriff genommen. Nach Anhörung der Fachbeisitzer der verschiedenen Gebiete, Schwerpunkte und Bereiche in zahllosen Sitzungen und schriftlichen Stellungnahmen sowie intensiver fachlicher Beratung der Novelle im Ständigen Weiterbildungsausschuss der Ärztekammer Hamburg legte der Vorstand die Weiterbildungsordnungs novelle ohne nennenswerte Abweichungen von der beschlossenen Muster-Weiterbildungsordnung der Kammerversammlung in ihrer letzten Sitzung des Jahres zur Beschlussfassung vor. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden für den neuen Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin spezielle Übergangsbestimmungen erarbeitet, die später den anderen Landesärztekammern zur Übernahme empfohlen wurden.

Allgemeine Fortbildungsrichtlinien für Arzthelferinnen

Die zunächst als Satzung auf der Grundlage des § 46 des Berufsbildungsgesetzes vorgesehene allgemeine Fortbildungsordnung für Arzthelferinnen legte der Vorstand in Form einer Verwaltungsrichtlinie der Kammerversammlung zur Beschlussfassung vor. Eine Verankerung im Satzungsrecht kann erst dann erfolgen, wenn sich die Ärztekammer für die Fortbildungsqualifizierung von Arzthelferinnen eine entsprechende Prüfungsordnung gegeben hat. Die Allgemeinen Fortbildungsrichtlinien, die im April 2003 in Kraft traten, bieten schon jetzt eine rechtlich sichere Grundlage zur Einhaltung der Qualitätsanforderungen in der Fortbildung von Arzthelferinnen im Hinblick auf die Anerkennung von Fortbil-

dungsveranstaltungen und die Bescheinigung der Teilnahme durch die Ärztekammer.

Neueinrichtung der Ärztlichen Stelle / Röntgen

Der Vorstand befasste sich in mehreren Sitzungen mit einer neuen Vereinbarung zwischen Ärztekammer, Kassenärztlicher Vereinigung und Gesundheitsbehörde zu einer gemeinsamen Ärztlichen Stelle, in der zukünftig neben Prüfaufgaben gemäß § 17 a Röntgenverordnung auch Prüfaufgaben nach § 83 der Strahlenschutzverordnung zu erfüllen sind. Zu einem Abschluss dieser Vereinbarung kam es im Berichtszeitraum noch nicht, da zwischen den ärztlichen Körperschaften und der Behörde die Frage einer Freistellungserklärung von Schadensersatzverpflichtungen noch strittig war. Gleichwohl sind die Weichen bereits dafür gestellt, dass die Ärztliche Stelle zukünftig Prüfaufgaben auch im Bereich der Strahlentherapie und Nuklearmedizin wahrnehmen wird.

Neue Ausschüsse und Arbeitskreise eingerichtet

Auf Initiative des Vorstandes sind im Berichtsjahr eine Reihe von neuen Gremien bei der Ärztekammer Hamburg eingerichtet worden. So wurde der Ausschuss Junge Ärztinnen und Ärzte, der Arbeitskreis Häusliche Gewalt, der Arbeitskreis Suchtpolitik, der Ausschuss Arbeitsmedizin und der DRG-Ausschuss neu gegründet bzw. nach Umbenennung der bisherigen Ausschüsse mit einem geänderten Aufgabenspektrum betraut. Letzteres gilt für den Arbeitskreis Suchtpolitik, der zukünftig in allen suchtmmedizinischen Fragen - und nicht nur Fragen der Substitution mit Methadon - als Fachgremium den Vorstand beraten wird. Der DRG-Ausschuss als Nachfolger des Krankenhaus-Ausschusses wird demgegenüber seine Tätigkeit auf Fragen im Zusammenhang mit der Einführung des DRG-Systems fokussieren. Neue Erkenntnisse dieses Ausschusses sollen fortlaufend im Hamburger Ärzteblatt veröffentlicht werden.

Mit dem neu eingesetzten Ausschuss Junge Ärztinnen und Ärzte soll besser als bisher ein Weg gefunden werden, junge Kammermitglieder mit der Idee der selbstverwalteten ärztlichen Körperschaft vertraut zu machen und deren Interessen und berufspolitischen Auffassungen in der Kammerarbeit Geltung verschaffen. Die Gründung eines Arbeitskreises Häusliche Gewalt entspricht einer Empfehlung des Deutschen Ärztetages an die Landesärztekammern. Die zunehmende häusliche Gewalt ist zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Problem geworden, mit dessen Auswirkungen Ärztinnen und Ärzte oft sehr früh konfrontiert werden. Mit Hilfe des Sachverständigen des Arbeitskreises sollen zu gegebener Zeit fachliche Empfehlungen für ärztliches Handeln erarbeitet und an die Ärzteschaft weitergegeben werden.

Durchführung der Gleichwertigkeitsprüfungen bei der Ärztekammer

Zurückgehend auf eine frühere Vereinbarung zwischen der Gesundheitsbehörde und der Ärztekammer wurden im Berichtsjahr erstmals Gleichwertigkeitsprüfungen nach § 3 Abs. 2 der Bundesärzteordnung bzw. § 10 der Bundesärzteordnung für ausländische Ärzte aus nicht EU-Ländern durchgeführt. Ziel dieser einstündigen mündlichen Prüfung vor einem vierköpfigen Prüfungsausschuss ist festzustellen, ob Ärzte, die in anderen, nicht der EU zugehörigen Ländern ihre medizi-

nische Ausbildung erhalten haben, einen vergleichbaren Kenntnisstand wie die in Deutschland ausgebildeten Ärzte nachweisen können. Bei den im Berichtsjahr durchgeführten Gleichwertigkeitsprüfungen ergab sich eine Durchfallquote von deutlich mehr als 50 %. Dies ist ein Beleg dafür, wie wichtig diese Prüfungen im Sinne der Qualitätssicherung und damit des Patientenschutzes sind.

Novellierung der Muster-Berufsordnung in Vorbereitung

Der Vorstand der Ärztekammer war mehrfach befasst mit den Entwürfen für die Novellierung der Muster-Berufsordnung, die dem 107. Deutschen Ärztetag zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Der Vorstand sprach sich für eine weitgehende Liberalisierung der Bestimmungen zur Niederlassung und Ausübung der Praxis (§ 17 der Berufsordnung) und die Zulässigkeit von Berufsausübungsgemeinschaften und sonstigen Kooperationen (§ 18 und § 23) in seiner Stellungnahme gegenüber den Berufsordnungsgremien der Bundesärztekammer aus. In der dem Deutschen Ärztetag vorgelegten Novelle ist die Auffassung des Vorstandes der Ärztekammer Hamburg in den wichtigen Punkten berücksichtigt.

Gesundheits- und Berufspolitik in Hamburg

Der Vorstand befasste sich mit der Kampagne der BKK Hamburg, die in einem Schreiben an ca. 2000 Arbeitgeber Hamburger Ärzte namentlich nannte. Darin wurde ihnen vorgeworfen, Patienten überdurchschnittlich häufig krank zu schreiben. Der Vorstand verurteilte diese Kampagne als eindeutig rechtswidrig und forderte die Gesundheitsbehörde auf, dagegen einzuschreiten. Der BKK Hamburg wurde daraufhin die Weiterführung der Kampagne von der Behörde untersagt. Die Rechtswidrigkeit des Vorgehens der BKK gegen Hamburger Ärzte wurde im Übrigen auch durch ein einstweiliges Anordnungsverfahren beim Sozialgericht bestätigt.

Mehrfach Thema in den Vorstandssitzungen war der im Berichtsjahr geplante Verkauf des LBK. Im Ergebnis kam der Vorstand zu der Auffassung, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Verkauf mehrheitlicher Anteile an den Hamburgischen Krankenhäusern bestehen, soweit die Qualität der ärztlichen Patientenversorgung gesichert ist und die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern sich nicht weiter verschlechtern.

Im Gespräch mit der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft wurde das Thema Weiterbildung von Ärzten aus arabischen Ländern in Hamburger Krankenhäusern erörtert. Diese Ärzte, die ein Stipendium aus ihren Herkunftsländern erhalten, sollen in Hamburger Krankenhäusern die Gelegenheit zur Spezialisierung in den verschiedenen Disziplinen der Medizin bekommen. Die Ärztekammer ist bereit, nach Kräften einen solchen Ärzteaustausch zu unterstützen und unnötige berufsrechtliche und weiterbildungsrechtliche Hürden hierfür aus dem Weg zu räumen. Die Hansestadt Hamburg als Standort und Anbieter spezieller ärztlicher Leistungen wird in der arabischen Welt dadurch ein noch größeres Gewicht bekommen.

In mehreren Sitzungen setzte sich der Vorstand kritisch mit der in Hamburg im Berichtsjahr durchgeführten Ausstellung „Körperwelten“ auseinander. Der Vorstand vertrat mehrheitlich die Auffassung, dass diese Ausstellung, nicht der me-

dizinischen Aufklärung dient und deshalb als ethisch bedenklich anzusehen ist. Die Ärztekammer Hamburg wandte sich deshalb mit anderen norddeutschen Ärztekammern in einem offenen Brief an den Ersten Bürgermeister der Hansestadt, um die Ausstellung Körperwelten in Hamburg zu verhindern bzw. vorzeitig zu beenden. Obgleich dieses Ziel nicht erreicht wurde, kam es zu einer öffentlichen kritischen Auseinandersetzung, in der ethisch-moralische Bedenken gegen die Ausstellung Körperwelten ein starkes Gewicht hatten.

Vertreibung jüdischer Ärzte aus Hamburg in der Zeit von 1933 bis 1945

Auf Anregung von zwei Hamburger Ärzten, die sich vorgenommen haben, die Schicksale vieler hundert jüdischer Ärzte aus Hamburg aufzuarbeiten, die in der Nazizeit vertrieben wurden oder in Vernichtungslagern umkamen, befasste sich der Vorstand mit der Magisterarbeit einer Historikerin zu diesem Thema. Der Vorstand beschloss, auf der Grundlage dieser Magisterarbeit eine Buchveröffentlichung über die Vertreibung jüdischer Ärzte aus der Hansestadt zu initiieren. Damit soll 60 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte speziell mit Blick auf jüdische Ärzte in Hamburg aufgearbeitet werden.

Projektstelle integrierte Versorgung bei der Kammer eingerichtet

Die mit dem GMG sich ankündigende Reformierung der Gesundheitsstruktur ermöglicht zukünftig eine integrierte Versorgung, die finanziell gefördert werden soll. Der Vorstand sieht hierin eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Patientenversorgung, die allerdings viele berufsrechtliche und vertragsrechtliche Fragen aufwirft. Er fasste deshalb den Beschluss, in der Rechtsabteilung der Ärztekammer Hamburg eine Projektstelle zur integrierten Versorgung einzurichten, um Anfragen der Kammermitglieder optimal beantworten zu können.

Ärztestatistik 2003

Die Gesamtzahl der bei der Ärztekammer Hamburg gemeldeten Ärztinnen und Ärzte ist im Laufe des Jahres 2003 von insgesamt 11.208 auf 11.444 angestiegen. Der Nettoanstieg von 236 Kammermitgliedern beträgt 2,1% ist also gegenüber dem letzten Jahr leicht angestiegen. Betrachtet man die Wanderungsbewegung der Kammermitglieder, so ist hervorzuheben, dass unter den 1.325 Zugängen im Jahre 2003 der Anteil der Ärzte/Ärztinnen im Praktikum, also der Berufsanfänger/-innen 31% (412) ausmacht. Von den 714 Abgängen sind 43 Kammermitglieder verstorben.

Berufstätige Ärztinnen/Ärzte - Verteilung nach Fachgebieten und Tätigkeitsort

Die Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die Verteilung der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte auf die verschiedenen Gebiete der Medizin unter Berücksichtigung der Tätigkeitsart (niedergelassen, im Krankenhaus oder sonstiger Tätigkeitsbereich). Betrachtet man hier die Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen/Ärzte (9.498), fällt auf, dass sich der Nettozuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 157 auf 223 mäßig erhöht hat.

Im Krankenhausbereich ist im Gegensatz zum Vorjahr wieder ein leichter Anstieg von 4.325 auf 4.427 Ärztinnen/Ärzte (ca. 2%) zu verzeichnen. Die Krankenhausärzte/-innen setzen sich zusammen aus 352 leitenden Ärzten/Ärztinnen, 402 Oberärzten/-ärztinnen und 3.673 nachgeordneten Ärzten/Ärztinnen. Der Quotient aus der Anzahl der im Krankenhaus und der im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen/Ärzte, beträgt 2003 1,27. Anfang der 90er Jahre lag der Quotient noch bei 1,39 und 1996 bei 1,34. Hieran wird deutlich, dass der Anteil der niedergelassenen Ärztinnen/Ärzte im Verhältnis zu dem Anteil der im Krankenhaus angestellten Ärztinnen/Ärzte stetig zugenommen hat. Unter der Kategorie „Sonstige Tätigkeit“ werden die Ärztinnen und Ärzte rubriziert, die in Körperschaften, Vereinen, Instituten und Firmen tätig sind. Hier ist der Anteil im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozent auf 17 Prozent gestiegen.

Von Interesse ist auch, den Anteil der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum an der Gesamtzahl der berufstätigen Ärztinnen/Ärzte anzuschauen. Im Berichtsjahr waren insgesamt 905 Ärztinnen/Ärzte im Praktikum gemeldet, davon 748 als berufstätig. Das entspricht etwa 7,8% der berufstätigen Kammermitglieder. Die Arbeitslosenquote für die Gruppe der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum beträgt ca. 17,4%. Im Vorjahr betrug sie noch 19,7%. Im Folgenden wird der Anteil der Ärztinnen/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung (einschließlich Prakt. Ärztinnen/Ärzte und AIP) innerhalb der berufstätigen Kammermitglieder betrachtet. Im Berichtsjahr betrug diese Zahl 3.308, entsprechend 34,8% der berufstätigen Ärztinnen/Ärzte. Der Großteil davon, nämlich 2.126, entfällt erwartungsgemäß auf Ärztinnen/Ärzte, die im Krankenhaus tätig sind und sich hier noch in der Weiterbildung befinden. Bezogen auf alle Krankenhausärzte/-ärztinnen (4.427) entspricht dies einem Anteil von etwa 48%.

Die Gruppe der niedergelassenen Allgemeinmediziner/-medizinerinnen zählte Anfang der 90er ca. 400 und liegt Ende 2003 bei 538. Demgegenüber weist die Statistik für das Berichtsjahr 371 niedergelassene Praktische Ärztinnen/Ärzte (Ärztinnen/Ärzte ohne Gebietsbezeichnung und nach EG-Richtlinien ausgebildete Praktische Ärztinnen/Ärzte) aus.

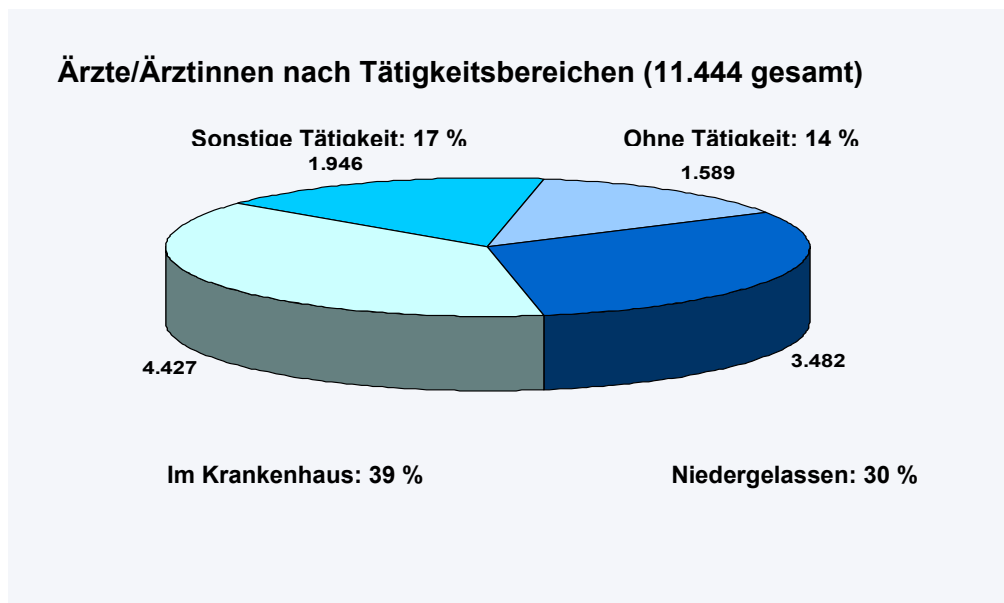


Abbildung 1 a

Tabelle1: Berufstätige Ärztinnen / Ärzte Gesamtübersicht nach Fachgebieten, Stand:31.12.2003					
Gebietsbezeichnungen	Gesamt	berufstätig	niedergelassen	im Krankenhaus	sonst. tätig
<i>ohne Gebietsbezeichnung (einschl. Prakt. Ärztin/Prakt. Arzt)</i>	3.209	2.560	371	1.480	709
Ärztinnen/Ärzte im Praktikum	905	748	---	646	102
Allgemeinmedizin	808	662	538	22	102
Anästhesiologie	614	554	113	389	52
Anatomie	9	9	---	9	---
Arbeitsmedizin	93	85	11	2	72
Augenheilkunde	263	205	151	37	17
Biochemie	---	---	---	---	---
Chirurgie	576	486	112	319	50
Diagnostische Radiologie (*einschl.: Radiol. u. Radiol.Diag.)	309	254	92	134	28
Frauenheilk. u. Geburtshilfe	580	478	308	133	37
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	223	190	119	52	19
Haut- u. Geschlechtskrht.	213	172	115	23	34
Herzchirurgie	30	29	2	26	3
Humangenetik	9	9	6	3	---
Hygiene u. Umweltmedizin (einschl. Hygiene (A.LD) Gebiet)	2	2	---	---	2
Innere Medizin	1.391	1.149	600	410	139
Internist/Lungen- Bronchialheilkunde	45	30	14	9	7
Kinderchirurgie	11	9	2	6	1
Kinder- und Jugendmedizin	427	346	159	147	40
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (*einschl.: Kinder- u. Jugendpsych.)	29	28	12	13	3
Klinische Pharmakologie	3	2	1	---	1
Laboratoriumsmedizin	51	39	21	16	2
Mikrobiologie u. Infektions- epidemiologie	50	39	9	26	4
Mund-Kiefer-Gesichtschir.	73	64	42	19	3
Nervenheilkunde	238	189	95	65	29
Neurochirurgie	51	50	7	42	1
Neurologie	76	71	22	44	5
Neuropathologie	4	2	---	2	---
Nuklearmedizin	18	18	10	8	---
Öffentl. Gesundheitswesen	42	25	4	1	20
Orthopädie	266	236	162	47	27
Pathologie	57	49	15	29	5
Pharmakologie u. Toxikol.	17	15	2	9	4
Phoniatrie u. Pädaudiologie	11	10	4	4	2
Physikal. u. Rehabilit. Med.	33	32	11	18	3
Physiologie	7	7	---	5	2
Plastische Chirurgie	37	35	14	16	5
Psychiatrie u. Psychoth. (*einschließlich: Psychiatrie)	239	220	85	100	35
Psychotherapeutische Med.	187	184	161	19	4
Rechtsmedizin	14	13	1	8	4
Strahlentherapie	19	17	8	8	1
Transfusionsmedizin	32	31	2	26	3
Urologie	173	145	81	55	9
mit Gebietsbezeichnung	7.330	6.190	3.111	2.301	778
insgesamt	11.444	9.498	3.482	4.427	1.589

Die Gruppe der 1.946 Ärztinnen/Ärzte ohne ärztliche Tätigkeit setzt sich wie folgt zusammen: 917 Kammermitglieder haben ihre ärztliche Berufstätigkeit beendet. 581 Ärztinnen / Ärzte übten den ärztlichen Beruf nur vorübergehend nicht aus, und 438 Kammermitglieder waren 2003 arbeitslos gemeldet. Bezogen auf die Gesamtzahl der berufstätigen Kammermitglieder entspricht dies einem Prozentsatz von 4,6. Hierbei muss man jedoch berücksichtigen, dass die arbeitslosen Ärztinnen/Ärzte sich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Altersgruppen der Kammermitglieder verteilen. Der größte Teil der arbeitslosen Ärztinnen/Ärzte entfällt auf die Gruppe der 30 bis 39 Jahre alten Kammermitglieder.

Die Abbildung 1b zeigt die Altersverteilung der arbeitslosen Ärztinnen und Ärzte. Schließlich sei noch erwähnt, dass unter den nicht ärztlich tätigen Ärzten/Ärztinnen insgesamt 66 einer berufsfremden Tätigkeit nachgehen.

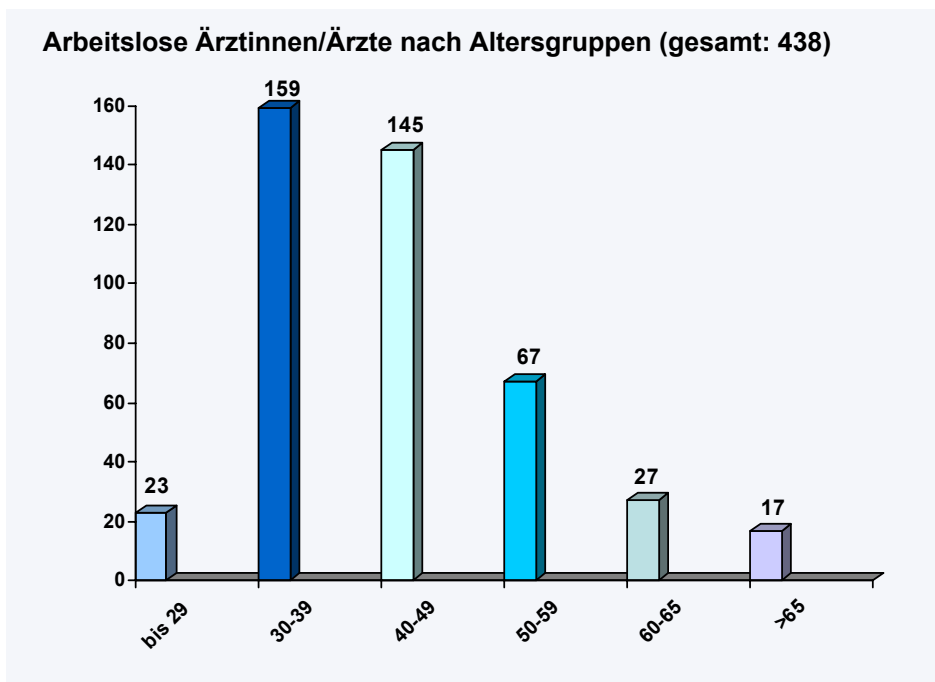


Abbildung 1b

In den Abbildungen 2 und 3 ist die Verteilung der Kammermitglieder geschlechtsspezifisch für Ärztinnen und Ärzte getrennt nach verschiedenen Tätigkeitsbereichen dargestellt. Der Prozentanteil der Ärztinnen liegt bei 41%.

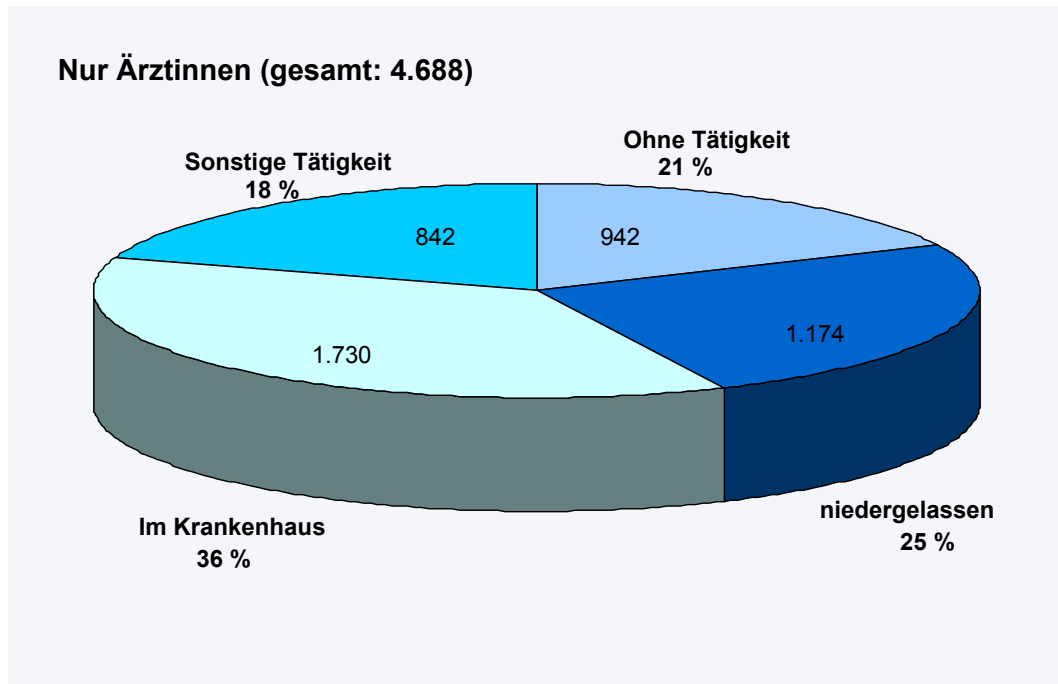


Abbildung 2

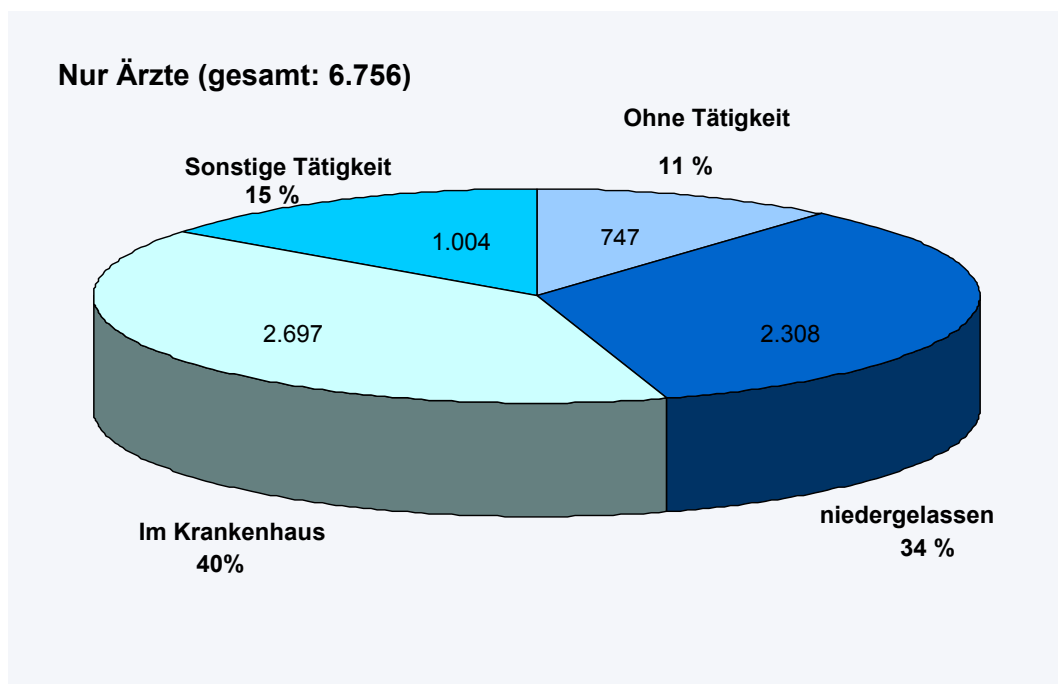


Abbildung 3

Altersverteilung der berufstätigen Kammermitglieder

In Abbildung 4 ist in Form einer Säulendarstellung die Altersverteilung der berufstätigen Kammermitglieder dargestellt. Es zeigt sich, dass die Altersgruppen der 30-, 40- und 50-jährigen zahlenmäßig am stärksten sind. Der numerische Abfall in der Gruppe der 60-jährigen erklärt sich dadurch, dass in dieser Altersgruppe die Kammermitglieder zum beträchtlichen Teil bereits im Ruhestand sind.

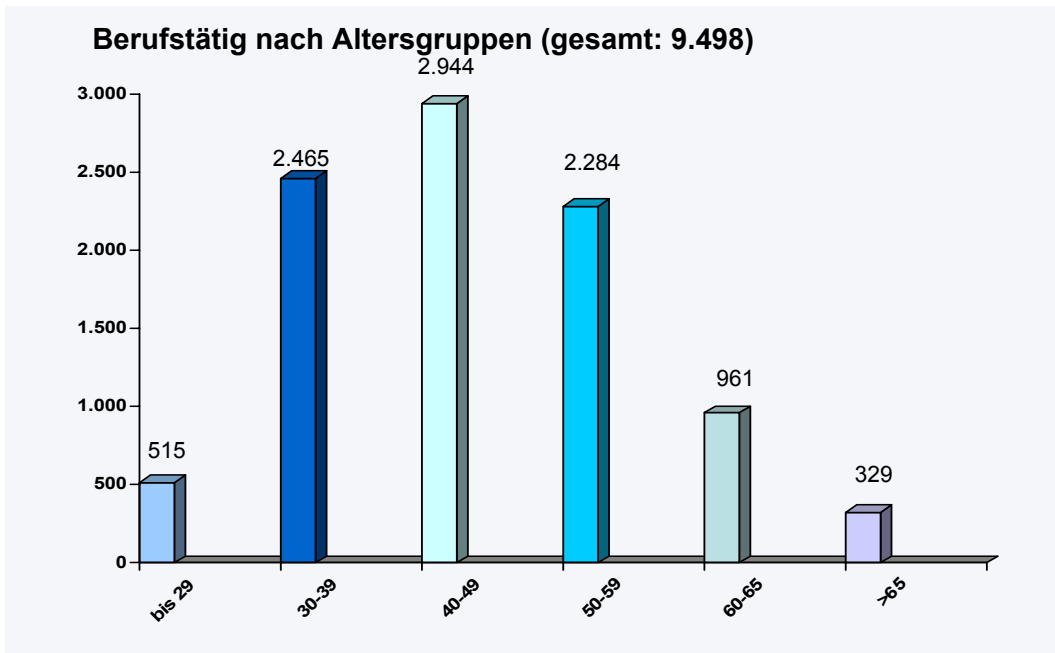


Abbildung 4

Tätigkeitsbereiche ausländischer Ärztinnen/Ärzte

In der Abbildung 5 ist die Verteilung der ausländischen Ärztinnen und Ärzte nach Tätigkeitsbereichen aufgegliedert grafisch dargestellt. Unter insgesamt 11.444 Hamburger Kammermitgliedern sind insgesamt 438 ausländische Kollegen und Kolleginnen; dies entspricht einem Prozentanteil von 3,8%.

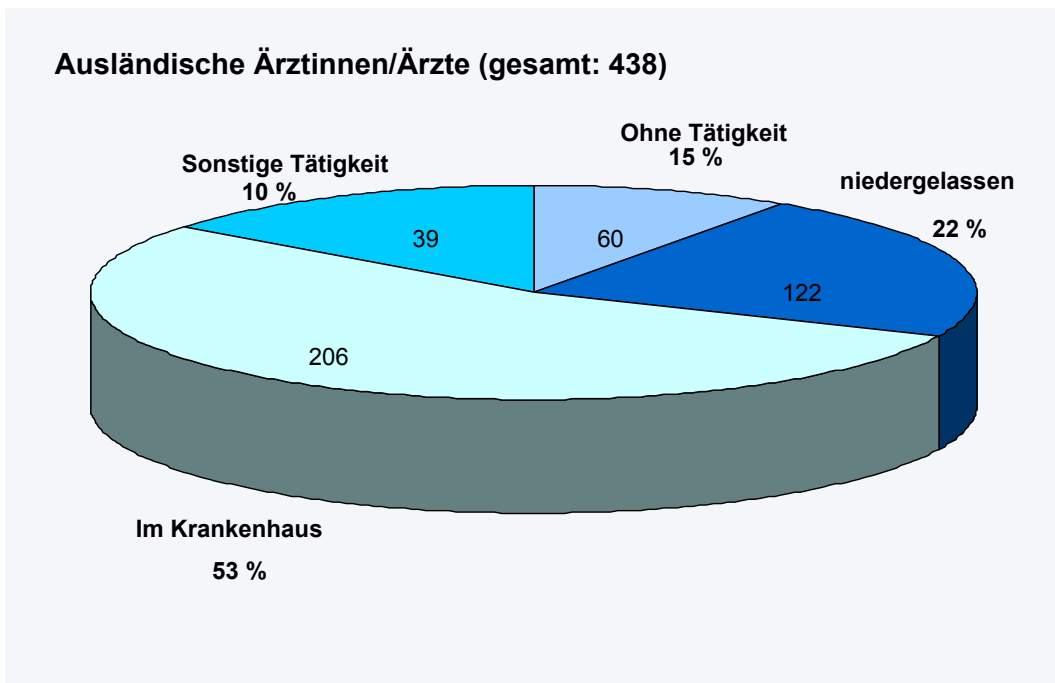


Abbildung 5

Gewinn- und Verlustrechnung 2003

Aufwendungen	TEuro (gerundet)
Personalkosten einschl. Akademie, Personalnebenkosten, Altersversorgung	3.097
Beiträge (BÄK/ Schlichtungsstelle/ Qualitätssicherung)	475
Ärztliche Fortbildung (Akademie – ohne Personalkosten)	385
Entschädigung an Mitglieder (Aufwandsentschädigung, Vertreterkosten, Sitzungsgelder und Übergangsgelder)	247
Weiterbildung/ Ausbildung von Arzthelferinnen	92
Hauskosten	132
Abschreibungen (Geschäftsausstattung, EDV, Bücherei, Gebäude)	212
Büromieten	208
Sonstige Sachkosten (Büromaterial, Porto, Telefon Drucksachen u.ä.)	230
Reisespesen/ Fahrtkosten	61
Berufsgericht	30
Sonstiges	491
	<u>5660</u>
Erträge	
Kammerbeiträge	4.120
Gebühren (Weiterbildung, Arzthelferinnen, Röntgenstelle, Ethik-Kommission)	538
Seminargebühren (Akademie)	572
Kapitalanlagen/ Zinserträge	78
Sonstige Erträge	337
	<u>5.645</u>
Unterschuss	<u>15</u>

Während der Haushaltsplan für das Jahr 2003 einen Jahresunterschuss von € 255.700 vorsah, schließt die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2003 tatsächlich nur mit einem Jahresunterschuss von € 14.560,42 ab, also mit einem um € 241.139,58 geringeren Defizit. Diese deutliche Ergebnisverbesserung basiert in erster Linie auf der Tatsache, dass die Gesamterträge in 2003 mit

€ 5.645.731,12 um immerhin € 235.531,12 höher ausfielen als im Haushaltsplan 2003 mit € 5.410.200 veranschlagt.

Bei den Gesamtaufwendungen gelang dagegen mit € 5.660.291,54 eine Punktlandung im Vergleich zu den voraus kalkulierten Gesamtaufwendungen im Haushaltsplan 2003 von € 5.665.900.

Ursächlich für das deutlich bessere Jahresergebnis als voraus kalkuliert ist die Tatsache, dass die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen die Kalkulation im Haushaltsplan um immerhin € 220.000 überstiegen. Ebenso erfreulich war die Ertragssituation in der Fortbildungsakademie, die in 2003 mit Gesamteinnahmen in Höhe von € 572.260,40 die Erträge des Vorjahres 2002 um mehr als € 140.000 steigern konnte.

Insgesamt zeigt auch der Jahresabschluss 2003 der Ärztekammer Hamburg das erfolgreiche Bemühen, die stetig wachsenden Aufgaben ohne Erhöhung der Kammerbeiträge zu finanzieren.

Ärztliche Weiterbildung

Im Berichtsjahr war – wie in bereits in den vergangenen Jahren – wieder eine deutliche Zunahme der telefonischen und persönlichen Anfragen zu verzeichnen. Um die sonstige Arbeit in der Abteilung erledigen zu können, ist die Weiterbildungsabteilung zu zeitlich begrenzten telefonischen Sprechzeiten wie folgt zu erreichen:

Montag und Freitag 8.30 – 12.00 Uhr

Mittwoch 8.30 – 18.00 Uhr

Die Weiterbildungsabteilung befindet sich in der

Heinrich-Hertz-Straße 125 (Ecke Humboldtstraße), 1. Stock, 22083 Hamburg.

Neben den Weiterbildungsprüfungen und den so genannten Gleichwertigkeitsprüfungen (gem. §§ 3 und 10 BÄO) finden hier auch die Beratungen von Kammermitgliedern statt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Weiterbildungsabteilung sind an allen Tagen auch außerhalb der oben genannten telefonischen Sprechzeiten persönlich erreichbar. Um eine vorherige Terminvereinbarung wird jedoch gebeten, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Auf der Homepage der Ärztekammer Hamburg (www.aerztekammer-hamburg.de) finden sich unter der Rubrik „Ärztliche Weiterbildung“ neben der derzeit gültigen Weiterbildungsordnung der Hamburger Ärzte, der Liste der in Hamburg zur Weiterbildung berechtigten Ärzte auch diverse Antragsformulare (beispielsweise: Zulassung zur Prüfung, Zeitenbestätigung, Teilzeitweiterbildung, Fachkunde im Strahlenschutz), die entsprechend herunter geladen werden können.

Weiterbildungsausschuss

Dem Ständigen Weiterbildungsausschuss gehörten im Berichtsjahr 15 ehrenamtliche tätige Ärzte und Ärztinnen als Ständige Mitglieder an, die von der Kammerversammlung gewählt wurden:

Dr.med. Bruno Schmolke (Vorsitzender)
Frau Dr.med. Christa Becker-Weißkamp
Dr.med. Hans-Jürgen Bohnhoff
Dr.med. Dr.med.dent. Wolfgang Busch (Stellv. Vorsitzender)
Dr.med. Utz Garbe
Dr.med. Adib Harb
Dr.med. Dirk Heinrich (Stellv. Vorsitzender)
Dr.med. Ernst Krasemann
Dr.med. Rüdiger Neumann
Ingolf Resa
Frau Dr.med. Renate Sechtem
Prof.Dr. med. Ulrich Schwedes
Dietrich Willemsen
Kai Zbieranek
Dr.med. Michael Zinke.

Der Ausschuss berät und beschließt über Weiterbildungsfragen von prinzipieller Bedeutung. Im Berichtsjahr fand neben der Konstituierenden Sitzung noch eine weitere Sitzung des Ständigen Weiterbildungsausschusses statt. Letztere wurde als Klausursitzung abgehalten. Ganztägig beriet der Ständige Weiterbildungsausschuss im Oktober des Berichtsjahres über die Novelle der (Muster)-WBO 2003, die zuvor im Mai vom Deutschen Ärztetag beschlossen wurde.

Vorangegangen waren dieser Klausursitzung des Ständigen Weiterbildungsausschusses 25 Fachbeisitzerkonferenzen im September des Berichtsjahres. In Vorbereitung dieser Beratungen auf fachlicher Ebene erhielten alle Fachbeisitzer der Ärztekammer Hamburg Ende Juli die Muster-WBO zur Kenntnis. Ca. 50 Fachgruppen baten um Einberufung einer Fachbeisitzerkonferenz, alle übrigen Fachgruppen äußerten sich – wie vorgeschlagen – schriftlich. Viele der Fachbeisitzerkonferenzen mussten in Folge einer mangelnden Beschlussfähigkeit kurzfristig abgesagt werden. In diesen Fällen wurde den Fachbeisitzern jedoch abermals Gelegenheit gegeben, ihre etwaigen Ergänzungs- und Änderungswünsche sowie ihre Bedenken schriftlich zusammenzufassen. Die Ergebnisse der zahlreichen Fachbeisitzerkonferenzen wurden – ebenso wie die schriftlichen Vorschläge der Fachbeisitzer - tabellarisch zusammengefasst, mit einem Bewertungsschlüssel versehen und dem Ständigen Weiterbildungsausschuss als Beratungsgrundlage zur Kenntnis gegeben. Nach entsprechender Beschlussfassung durch den Ständigen Weiterbildungsausschuss und den Vorstand verabschiedete die Kammerversammlung Anfang Dezember die neue Weiterbildungsordnung, die daraufhin an die aufsichtsführende Behörde für Umwelt und Gesundheit zur abschließenden Genehmigung weitergeleitet wurde.

Über Anträge und Anfragen in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss. Der Ausschuss besteht aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern (Vorsitzender oder Stellv. Vorsitzender und fünf weitere Mitglieder des Ständigen Weiterbildungsausschusses), die regelmäßig in alphabetischer Reihenfolge aus der Gruppe der 15 Mitglieder des Ständigen Weiterbildungsausschusses geladen werden. Der Geschäftsführende Ausschuss ist beschlussfähig mit drei stimmberechtigten Mitgliedern.

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss beriet im Berichtsjahr in insgesamt 12 Sitzungen über problematische Anträge auf Zulassung zur Prüfung in Gebieten etc., die Anrechnung von Teilabschnitten sowie insbesondere über die Anerkennung von Auslandstätigkeiten auf die Weiterbildung.

Der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss berät auch über Anträge auf Weiterbildungsberechtigungen in Gebieten, Schwerpunkten und Bereichen sowie für Spezielle Weiterbildungen und Fachkundenachweise für angestellte und niedergelassene Ärzte und spricht Empfehlungen für den Vorstand der Ärztekammer Hamburg aus. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 223 Anträge (103 Krankenhaus / 113 niedergelassener Kassenärzte / 7 Institute) auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung ein. Den Anträgen von Leitenden Krankenhausärzten und Leitenden Ärzten anderer Einrichtungen wurde im Berichtsjahr in insgesamt 57 Fällen im vollen zeitlichen Umfang und in 11 Fällen im eingeschränkten zeitlichen Umfang stattgegeben. 4 Anträge wurden abgelehnt. Darüber hinaus empfahl der Weiterbildungsausschuss, 80 Anträgen auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung von niedergelassenen Kassenärzten in vollem Umfang stattzugeben, 3 Anträgen konnte nur im eingeschränkten zeitlichen Umfang stattgegeben werden. 21 Anträge wurden abgelehnt. In 52 Fällen (dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 73 %) war vor einer abschließenden Entscheidung eine Begehung der Weiterbildungsstätte durch eine Kommission, bestehend aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes oder Schwerpunktes sowie einem Ständigen Mitglied des Weiterbildungsausschusses erforderlich. Hierbei werden die Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort in Augenschein genommen und bewertet.

Neben den bereits entschiedenen Anträgen liegen weitere 47 Anträge auf Erteilung einer Weiterbildungsberechtigung von Krankenhaus- und niedergelassenen Ärzten vor, die im Verlauf des Berichtsjahres aufgrund unvollständiger Antragsunterlagen, noch fehlender Fachbeisitzervoten oder noch nicht stattgefunder Begehung der Klinikabteilung oder Praxis nicht abschließend bearbeitet oder in den Gremien beraten werden konnten.

Außerdem war der Geschäftsführende Weiterbildungsausschuss mit der Beantwortung von 136 schriftlichen Anfragen (beispielsweise: Anrechnungsfähigkeit von im Ausland ausgeführten Tätigkeiten, abweichende Weiterbildungsgänge) befasst, die das Referat „Ärztliche Weiterbildung“ unter Zugrundlegung der Bestimmungen der Weiterbildungsordnung nicht eindeutig beantworten konnte. Die Beantwortung solcher Fragen erfordert stets die Ausübung von Ermessen.

Über Weiterbildungsfragen mit prinzipieller Bedeutung für ein bestimmtes Gebiet, Schwerpunkt, Bereich und die Spezielle Weiterbildung beraten die gewählten Fachbeisitzer in einer Fachbeisitzerkonferenz. Die Sitzungen dieser Konferenz

werden vom Vorsitzenden des Ständigen Weiterbildungsausschusses oder einem seiner Stellvertreter geleitet. Die Beratungsergebnisse sind Beschlussempfehlungen für den Weiterbildungsausschuss.

Im Berichtsjahr fand – zusätzlich zu den eingangs erwähnten Fachbeisitzerkonferenzen im Zusammenhang mit der Novelle der (Muster)-WBO – eine Fachbeisitzerkonferenz im Gebiet Kinderchirurgie statt. Es ging hierbei im Wesentlichen darum, die derzeitige Weiterbildungssituation im Gebiet Kinderchirurgie zu erörtern

Weiterbildungsprüfungen

Der Prüfungsausschuss der Ärztekammer Hamburg nimmt die Weiterbildungsprüfungen in Gebieten, Schwerpunkten (Teilgebieten), Bereichen, für die Speziellen Weiterbildungen und die Fachkunden ab. Diesem Ausschuss gehören zwei Fachprüfer mit der entsprechenden Bezeichnung sowie ein Prüfungsausschussvorsitzender an, der die zu prüfende Weiterbildungsbezeichnung nicht besitzen muss. Die Behörde für Umwelt und Gesundheit kann darüber hinaus gem. § 14 Abs. 2 Satz 3 WBO als rechtsaufsichtsführende Behörde der Ärztekammer Hamburg einen Arzt als weiteres Mitglied des Prüfungsausschusses bestimmen. Der Prüfungsausschuss ist jedoch auch ohne Anwesenheit eines Behördenvertreters beschlussfähig. Im Berichtsjahr hat an keiner Prüfung ein Behördenvertreter teilgenommen.

Im Jahr 2003 wurden an 31 Prüfungstagen insgesamt 593 Weiterbildungsprüfungen zur Erlangung einer Weiterbildungsbezeichnung durchgeführt. Gegenüber 2002 (713 Prüfungen) ist damit ein Rückgang der Weiterbildungsprüfungen festzustellen.

Facharztprüfungen

Von insgesamt 367 Prüfungen zur Erlangung einer Gebietsbezeichnung bestanden 21 Kandidaten die Prüfung nicht. Dies entspricht einer Durchfallquote von 5,7% (Tabelle 1). Dies entspricht der Durchfallquote im Vorjahr.

Schwerpunktprüfungen

Im Berichtsjahr wurden 49 Prüfungen in den einzelnen Schwerpunkten bzw. Teilgebieten (Tabelle 2) durchgeführt. Hier hat ein Kandidat die Prüfung nicht bestanden. Dies entspricht einer Durchfallquote 2,0%.

Bereichsprüfungen

Es wurden 136 Prüfungen in verschiedenen Bereichen abgehalten (Tabelle 3). Hier haben 14 Kandidaten die Prüfung nicht bestanden. Dies entspricht einer Durchfallquote von 10,3% (2002: 8,2%).

Prüfungen in der Speziellen Weiterbildung

Ebenso wurden 24 Prüfungen zur Erlangung einer Speziellen Weiterbildung (Tabelle 4) durchgeführt. Hier haben alle Kandidaten die Prüfung bestanden.

Fachkundeprüfungen

Im Berichtsjahr wurden zudem 17 Prüfungen zur Erlangung einer Fachkunde (Tabelle 5) durchgeführt. Hier haben zwei Kandidaten die Prüfung nicht bestanden. Das entspricht einer Durchfallquote von 11,8%. Von den im Berichtsjahr insgesamt durchgeführten 593 Prüfungen wurden damit 38 mündliche Prüfungen nicht bestanden. Das entspricht einer gesamten Durchfallquote von 6,4% (2002: 4,6%). Im Rahmen der Amtshilfe wurden für die Ärztekammer Bremen eine Prüfung im Bereich Handchirurgie und eine in der Speziellen Weiterbildung Pädiatrische Intensivmedizin durchgeführt.

Wie in den Vorjahren wurden gemäß § 23 Abs. 8 u. 9 der Übergangsbestimmungen der Weiterbildungsordnung entsprechend den dort festgelegten Kriterien in 4 Fällen die Gebietsbezeichnung Psychiatrie und Psychotherapie, in 18 Fällen die Bezeichnung Psychotherapeutische Medizin und in 1 Fall die Bezeichnung Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie ohne mündliche Prüfung verliehen.

Widerspruchsausschuss

Der Widerspruchsausschuss wird tätig, wenn Prüfungsteilnehmer gegen das Nichtbestehen einer mündlichen Prüfung und/oder die erteilten Auflagen zur ergänzenden Weiterbildung Widerspruch erheben. Der Widerspruchsausschuss setzt sich zusammen aus zwei Fachbeisitzern des jeweiligen Gebietes, Schwerpunktes oder Bereiches sowie einem Ausschussvorsitzenden, der nicht im Besitz der entsprechenden Bezeichnung sein muss. Die rechtsaufsichtsführende Behörde (Behörde für Umwelt und Gesundheit) kann ein beratendes Mitglied für den Widerspruchsausschuss bestimmen.

Der Widerspruchsausschuss beriet im Jahre 2003 über fünf Widersprüche, die allesamt zurückgewiesen wurden.

Über andere Widersprüche in Weiterbildungsangelegenheiten berät der Widerspruchsausschuss in erweiterter Zusammensetzung. Es handelt sich hierbei um Widersprüche gegen Nichtanerkennung eines Weiterbildungsabschnittes, Nichterteilung einer Weiterbildungsberechtigung und Nichtzulassung zur mündlichen Prüfung zum Erwerb einer Weiterbildungsbezeichnung oder -bescheinigung.

Als Ständige Mitglieder gehörten dem Erweiterten Widerspruchsausschuss im Berichtsjahr vier Ärztinnen und fünf Ärzte an:

Dr. med. Horst Lorenzen (Vorsitzender)

Dr. Katharina Bischoff

Dr. med. Eckhard von Bock und Pollach

Dr. med. Hans-Joachim Funke

Dr. med. Dr. dent. Uta Hammer

Dr. med. Hans Ramm (Stellvertretender Vorsitzender)

Dr. med. Christine Schroth der Zweite

Dr. med. Rita Trettin

Dr. med. Wolfgang Wesiack

Zu den Beratungen des Erweiterten Widerspruchsausschusses werden neben den Ständigen Mitgliedern in der Regel zwei Fachbeisitzer aus dem jeweiligen Gebiet, Schwerpunkt oder Bereich hinzugezogen.

Im Berichtsjahr tagte der Erweiterte Widerspruchsausschuss sechsmal. Im Verlauf seiner Sitzungen beriet er über insgesamt 19 Widersprüche gegen Ablehnungen, die die Ärztekammer in Weiterbildungsangelegenheiten ausgesprochen hatte.

Drei Widersprüchen wurde im vollen Umfang abgeholfen, drei Widersprüchen wurde teilweise entsprochen. In 13 Fällen wurde die erstinstanzliche Entscheidung bestätigt, was eine Ablehnung des Widerspruches bedeutet..

Anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren

Zu Beginn des Berichtsjahres waren 15 Verfahren gegen die Ärztekammer vor dem Verwaltungsgericht sowie ein seitens der Ärztekammer betriebenes Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht anhängig. Im Laufe des Jahres 2003 wurden weitere sechs Klagen eingereicht, von denen zwei noch im gleichen Jahr nach außergerichtlicher Einigung zurückgenommen worden sind. Insgesamt konnten im Berichtsjahr elf Verfahren abgeschlossen werden. Zum weit überwiegenden Teil, und zwar in neun Fällen, konnte das Verfahren durch Rücknahme der Klage abgeschlossen werden. Ein Verfahren fand im Wege des Vergleiches Erledigung und ein weiteres Verfahren endete mit der Zurückweisung der Klage. Am Ende des Berichtsjahres waren 10 Verfahren vor dem Verwaltungsgericht und eines vor dem Oberverwaltungsgericht anhängig.

PPP-Ausschuss

Die Mitglieder dieses Ausschusses setzen sich aus den gewählten Sprechern der Fachbeisitzerkonferenzen der Gebiete Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychotherapeutische Medizin sowie aus den Bereichen Psychoanalyse und Psychotherapie zusammen. Zwei Sprecher des jeweiligen Gebietes und Bereiches werden in den PPP-Ausschuss gewählt. Zu seinen Hauptaufgaben gehört die kontinuierliche Erörterung wichtiger Fragen aus der Weiterbildung in den PPP-Fächern.

So befasste sich der PPP-Ausschuss auch in diesem Jahr in drei Sitzungen mit verschiedenen fachlichen Fragen. Es wurde über die Anerkennung von neuen Psychotherapeutischen Instituten beraten. Hauptsächlich fanden detaillierte und intensive Beratungen über die möglichst bundeseinheitliche Umsetzung der vom Deutschen Ärztetag beschlossenen Muster-Weiterbildungsordnung in den Gebieten Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin sowie in den Bereichen (Zusatzweiterbildungen) fachgebundene Psychotherapie und Psychoanalyse statt.

Fachkunde Strahlenschutz

Im Berichtsjahr haben 170 Ärztinnen und Ärzte auf Antrag den Fachkundenachweis „Strahlenschutz“ für die Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in

der Medizin zur Diagnostik und 1 Ärztin zur Therapie von der Ärztekammer erhalten. Des Weiteren wurden 41 Bestätigungen für Ärzte/Ärztinnen ausgestellt, die die Fachkunde bereits vor Inkrafttreten der jetzt gültigen Röntgenverordnung besaßen. Darüber hinaus bescheinigte die Ärztekammer einem Arzt die Fachkunde im Strahlenschutz bei der Anwendung von offenen radioaktiven Stoffen in der Medizin nach den Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung.

Statistik der ärztlichen Weiterbildung

Tabelle 1: Im Jahre 2003 durchgeführte Prüfungen in Gebieten

Gebiet	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Allgemeinmedizin	69	9	78
Anästhesiologie	21	-	21
Arbeitsmedizin	4	-	4
Augenheilkunde	9	2	11
Diagn. Radiologie/ Radiologische Diagnostik	13	-	13
Chirurgie	22	-	22
Frauenheilk. u. Geburtshilfe	26	-	26
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	12	-	12
Haut- u. Geschlechtskrankh.	16	-	16
Herzchirurgie	5	-	5
Humangenetik	1	-	1
Innere Medizin	56	6	62
Kinderchirurgie	1	-	1
Kinder- und Jugendmedizin	17	-	17
Kinder- u. Jugendpsychiatrie	1	-	1
Kinder- u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	4	-	4
Laboratoriumsmedizin	2	-	2
Mikrobiologie u. Infektionsep.	3	-	3
MKG-Chirurgie	4	-	4
Nervenheilkunde	1	-	1
Neurochirurgie	1	-	1
Neurologie	8	1	9
Nuklearmedizin	2	-	2
Orthopädie	1	-	1
Pathologie	2	1	3
Phoniatrie und Pädaudiologie	1	-	1
Physikalische und Rehabilitative. Medizin	1	1	2
Physiologie	4	-	4
Plastische Chirurgie	4	-	4
Psychiatrie	14	1	15
Psychiatrie und Psychoth.	5	-	5
Psychotherapeutische Med.	2	-	2
Strahlentherapie	2	-	2
Transfusionsmedizin	1	-	1
Urologie	11	-	11
GESAMT	346	21	367

Tabelle 2: Prüfungen in Schwerpunkten bzw. Teilgebieten (2003)

Schwerpunkt/Teilgebiet	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Gefäßchirurgie	1	-	1
Thoraxchirurgie	1	1	2
Unfallchirurgie	8	-	8
Endokrinologie	3	-	3
Gastroenterologie	9	-	9
Hämatologie	1	-	1
Hämatologie u. internistische Onkologie	5	-	5
Kardiologie	6	-	6
Kinderkardiologie	1	-	1
Kinderradiologie	1	-	1
Lungen- und Bronchialheilkunde	1	-	1
Neonatologie	3	-	3
Nephrologie	2	-	2
Neuroradiologie	2	-	2
Pneumologie	3	-	3
Rheumatologie in d. Inneren Medizin	1	-	1
GESAMT	48	1	49

Tabelle 3: Im Jahre 2003 durchgeführte Prüfungen in Bereichen

BEREICH	bestanden	nicht bestanden	Gesamt
Allergologie	8	1	9
Betriebsmedizin	2	-	2
Bluttransfusionswesen	1	-	1
Chirotherapie	8	-	8
Flugmedizin	1	-	1
Handchirurgie	4	-	4
Homöopathie	2	-	2
Naturheilverfahren	13	2	15
Phlebologie	2	-	2
Physikalische Therapie	3	-	3
Plast. Operationen	3	-	3
Psychoanalyse	4	-	4
Psychotherapie	7	3	10
Rettungsmedizin	51	6	57
Spezielle Schmerztherapie	1	1	2
Sportmedizin	10	-	10
Sozialmedizin	1	1	2
Umweltmedizin	1	-	1
GESAMT	122	14	136

Tabelle 4: Im Jahre 2003 durchgeführte Prüfungen für die Speziellen Weiterbildungen und Fachkunden

Spezielle Weiterbildungen	bestanden	nicht be- standen	GESAMT
Klinische Geriatrie (Allgemeinmed.)	1	-	1
Klinische Geriatrie (Innere Medizin)	3	-	3
Klinische Geriatrie (Nervenheilkunde)	1	-	1
Spez. Anästhesiol. Intensivmed.	5	-	5
Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmed.	2	-	2
Spez. Gynäkologische Endokrinologie	3	-	3
Spez. Hals-Nasen-Ohren-Chirurgie	1	-	1
Spez. Herzchirurg. Intensivmedizin	1	-	1
Spez. Internistische Intensivmedizin	2	-	2
Spez. Neurochirurg. Intensivmedizin	1	-	1
Spez. Orthopädische Chirurgie	1	-	1
Spez. Pädiatrische Intensivmedizin	1	-	1
Spez. Urologische Intensivmedizin	2	-	2
GESAMT	24	-	24

Tabelle 5: 2003 durchgeführte Prüfungen für die Fachkunden

Spezielle Weiterbildungen	bestanden	nicht be- standen	<i>Gesamt</i>
Fachkunde Ärztliches Qualitätsmanagement	9	2	11
Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung	6	-	6
GESAMT	15	2	17

Ärztliche Fortbildung

Die Fortbildungsakademie ist eine Einrichtung der Ärztekammer Hamburg. Sie wurde am 15.6.1988 gegründet und befindet sich im 1. Stock des „Hammonia-Bad“-Gebäudes, Lerchenfeld 14.

Die Fortbildungsakademie hat die Aufgabe:

- die ärztliche Fortbildung zu fördern, Fortbildungsveranstaltungen auch für kleinere Gruppen (Kurse, Seminare, Praktika) zu planen und durchzuführen,
- Kursveranstaltungen im Rahmen der ärztlichen Weiterbildung und Fortbildungsveranstaltungen für medizinische Assistenzberufe anzubieten

Zuständig für die inhaltliche/fachliche Gestaltung der Fortbildungsarbeit ist der Fortbildungsausschuss. Dem von der Kammerversammlung im Berichtsjahr neu gewählten Ausschuss gehören an:

Priv. Doz. Dr. med. Dr. C. Arning

Dr. G. Bandomer

Dr. D. Bartelt

Frau Dr. C. Becker-Weisskamp

Prof. Dr. M. Carstensen

Dr. F. Flohr

Dr. H.-J. Funke

Dr. H.-V. Grüber

Frau Dr. A. Haag

Dr. A. Harb

Dr. D. Heinrich (Stellv. Vorsitzender)

Frau Dr. H. Heuchert

Prof. Dr. W. Kahlke

Dr. C. Keller

Dr. C. Kühler-Obarius

Prof. Dr. J. Kußmann

Dr. U. Müllerleile

Prof. Dr. A. Raedler

Dr. H. Ramm

Dr. A. Rensch

Prof. Dr. F. Riedel

Dr. A. Rimpau

Dr. H. Scherf (Vorsitzender)

Dr. B. Schmolke

Prof. Dr. H.-J. Seitz

Frau Dr. R. Trettin

Herr G. van Dyk

Der Fortbildungsausschuss befasste sich unter Leitung seines Vorsitzenden, Dr. Scherf, im Berichtsjahr in 3 Sitzungen mit folgenden Themen:

- Erarbeitung des Fortbildungsprogramms für 2003/2004
- Überarbeitung und Erweiterung des Angebots von Kursen und Seminaren
- Bearbeitung und Auswahl von Anträgen und Vorschlägen geeigneter Fortbildungsveranstaltungen für das Programmheft
- Prüfung und Neufestsetzung der Gebühren für Kurse und Seminare
- Benennung von Kandidaten für die Wahl der Vorsitzenden des Ärztlichen Vereins und der Biologisch-Naturwissenschaftlichen Sektion für 2004/2005
- Auswahl der nach § 34c der Approbationsordnung vorgeschriebenen Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte im Praktikum
- Inhaltliche und terminliche Abstimmung zwischen den Fortbildungsakademien der Ärztekammern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Beratungen über die rechtliche Grundlage zur Erteilung des Zertifikats und zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen für Hamburg (Fortbildungsordnung).

Im Berichtsjahr tagte der Geschäftsführende Vorstand des Fortbildungsausschusses in 4 Sitzungen und hat für den Aufgabenbereich der Akkreditierung über insgesamt 22 Widersprüche gegen Akkreditierungsbescheide beraten sowie 4 Überprüfungen von Akkreditierungen vorgenommen.

Freiwilliges Fortbildungszertifikat der Ärztekammer Hamburg

Durch die Einführung des freiwilligen Fortbildungszertifikates in Hamburg ist für die Fortbildungsakademie ein neuer Aufgabenbereich hinzugekommen. Die dafür von der Kammerversammlung im Oktober 2000 beschlossene Fortbildungsordnung, die am 1. März 2001 in Kraft getreten ist, bildet unter anderem die rechtliche Grundlage zur Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltungen und regelt das Verfahren für den freiwilligen Fortbildungsnachweis (Fortbildungszertifikat). Seit April 2001 werden nun die Anträge der Veranstalter von der Fortbildungsakademie bearbeitet und beschieden. Ein genauer Zahlenüberblick im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Antragszahlen zur Akkreditierung im Vergleich zum Vorjahr	2002	2003
Akkreditiert	398	559
Abgelehnt	92	76
zurückgenommene Anträge	20	13
Widersprüche (wg. Punktzahl oder Ablehnung)	28	22
noch in Bearbeitung (wg. Unvollständigkeit / Unklarheiten oder erforderl. Beratung durch Gremien)	101	70
nicht zuständig	2	9
Anträge insgesamt	613	727

Anträge auf Erteilung des freiwilligen Fortbildungszertifikates für das zurückliegende Jahr 2003 konnten zum zweiten Mal gestellt werden. Es wurden 296 Zertifikate für 2003 (54 mehr als im Vorjahr) erteilt. Die Antragsteller waren zumeist niedergelassene Ärzte (186), an zweiter Stelle lagen die Kliniker mit 65 Anträgen und 45 aus verschiedenen Bereichen (Angestellte in Behörden, Angestellte in Praxen, Arbeitslose oder sonstige Tätigkeiten).

Kurse und Seminare

Veranstaltungsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Kurse und Seminare	133	129	147	140	129	112
Teilnehmerzahl	2.750	2.836	2.881	2.664	2.467	2.240

Im Jahr 2003 wurden 112 Kurse (17 Kurse weniger als im Vorjahr) angeboten, an denen insgesamt 2240 Ärztinnen und Ärzte teilgenommen haben. Da 24 Kurse wegen zu geringer Beteiligung ausfallen mussten und somit insgesamt weniger Kurse angeboten worden sind, hat die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen.

Ärzten im Praktikum und arbeitslosen Ärzten mit einem monatlichen Familiennettoeinkommen bis € 1.000,00 wird eine 50%ige Ermäßigung der Kursgebühr eingeräumt. Insgesamt 196 (8,75 %) Ärztinnen und Ärzte kamen in den Genuss der Gebührenreduktion.

Nahezu das gesamte Kursangebot wird in den sechs Räumen der Akademie auf einer Fläche von ca. 900 qm durchgeführt. Das Team der Akademie besteht aus sechs ganztätig tätigen Mitarbeiterinnen und studentischen Hilfskräften, die auf Stundenbasis ausschließlich für den Service in den Abendstunden und am Wochenende tätig sind.

Diabetikerschulungen im Rahmen der Disease-Management-Programme (DMP)

Die Ärztekammer hat zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Ende Oktober des Berichtsjahres eine Einigung darüber erzielt, künftig ZI-Diabetikerschulungen im Rahmen der DMP als Serviceleistungen für die KV durch die Fortbildungsakademie zu organisieren und durchzuführen. Die erste ZI-Diabetikerschulung für Patienten ohne Insulin konnte schon im Berichtsjahr in der Zeit vom 29.11. bis 5.12. mit 24 TeilnehmerInnen, einem ärztlichen Referenten und zwei Lehrverhaltenstrainerinnen erfolgreich durchgeführt werden. Weitere Schulungen für nicht insulinpflichtige Patienten, insulinpflichtige Patienten sowie die ZI-Hypertonieschulungen sind vorgesehen.

Die Nachfrage nach Kursen in den Themenbereichen Ultraschall, Notfallmedizin, Leitender Notarzt, Psychosomatische Grundversorgung und Ärztliche Gesprächsführung hält, wie auch in den Vorjahren, weiterhin an. Auch der Bedarf an den Kursen zum Erwerb der Fachkunde im Strahlenschutz bleibt unverändert hoch.

Vortragsveranstaltungen

Das Programm der Vortragsveranstaltungen der Ärztekammer umfasste in 2003

12 Wissenschaftliche Abende des Ärztlichen Vereins

3 Wissenschaftliche Abende der Biologisch-Naturwissenschaftlichen Sektion

9 Sonderveranstaltungen

1 Ausbildungsveranstaltung für Ärzte im Praktikum

1 Veranstaltung in Zusammenarbeit mit einer Pharmazeutischen Firma

1 Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Arzneimittelkommission

In 2003 wurden insgesamt 26 Vortragsveranstaltungen - 9 weniger als im Vorjahr - durchgeführt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Veranstaltung (66) ist gegenüber dem Vorjahr (68) nahezu gleich geblieben.

Spitzenreiter unter den Vortragsveranstaltungen waren:

- | | |
|---------------------------------|---------------------|
| • Anti-Aging | 153 TeilnehmerInnen |
| • Epilepsie-Seminar | 150 TeilnehmerInnen |
| • Volkskrankheit „GERD“ | 139 TeilnehmerInnen |
| • Diagnostik des Mammakarzinoms | 134 TeilnehmerInnen |

Vortragsveranstaltungen im Vergleich zu 2002

Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen in	2002	2003
Ärztlicher Verein	863	1103
Biologisch-Naturwissenschaftliche Sektion	491	126
Sonderveranstaltungen	778	610
Veranstaltungen mit Pharmazeut. Industrie	98	150
2 Ausbildungsveranstaltungen für Ärzte im Praktikum	144	56
1 Veranstaltung „Umweltforum“	-	100
Gesamt	2.356	2.145

Fortbildung für Assistenzpersonal

Die Gesamtzahl der angebotenen Kurse und Vortragsveranstaltungen für Assistenzpersonal zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme. 10 Vortragsveranstaltungen und 39 Seminare sowie 6 Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen und OP-Personal wurden angeboten. 5 Veranstaltungen mussten mangels Interesse abgesagt werden. Insgesamt wurden 49 Fortbildungsveranstaltungen (wie im Vorjahr) durchgeführt, an denen 825 Arzthelferinnen (686 im Vorjahr) teilgenommen haben. Die Teilnehmerzahl der Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen und OP-Personal nahm mit 116 gegenüber dem Vorjahr (103) leicht zu. Insgesamt waren 95 Referenten an der Arzthelferinnenfortbildung beteiligt. Für Angehörige des arbeitsmedizinischen Fachpersonals wurde ein zweitägiges Seminar mit insgesamt 28 Teilnehmern durchgeführt.

Übersicht der Gesamtnutzung des Fortbildungsangebotes der Fortbildungsakademie

Veranstaltungen	Anzahl der Veranstaltungen	Anzahl der Teilnehmer
Vortragsveranstaltungen für Ärzte	26	2.145
Kurse und Seminare für Ärzte	112	2.240
Fortbildungsveranstaltungen für Arzthelferinnen	49	825
Strahlenschutzkurse für Arzthelferinnen	4	70
Strahlenschutzkurse für OP-Personal	2	46
Arbeitsmed. Fachpersonal	1	28
Gesamt	194 (213 in 2002)	5.354 (5.642 in 2002)

An allen Fortbildungsveranstaltungen der Ärztekammer Hamburg waren im Jahr 2003 insgesamt 721 Referenten für eine geringe Aufwandsentschädigung tätig, davon 113 ohne jegliches Honorar. Dieses überzeugende Engagement in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Fortbildung von Ärztinnen, Ärzten und Arzthelferinnen verdient Dank und große Anerkennung.

Ärzteverzeichnis

Das Ärzteverzeichnis ist für fast alle dem Kammerbereich Hamburg zugehörigen Ärztinnen und Ärzte die erste Anlaufstelle in der Ärztekammer Hamburg, da hier die An-, Um- und Abmeldungen erfolgen.

Die neu in Hamburg ansässigen Ärzte können ihre Anmeldung entweder persönlich oder schriftlich vornehmen. Bei Erstanmeldungen - dies betrifft vorwiegend Ärztinnen und Ärzte, die gerade Ihr Studium beendet haben - ist es erforderlich, dass sich diese bei ihrer Anmeldung entweder durch ihren Personalausweis oder ihren Reisepass ausweisen. Zu den Formalitäten der Anmeldung gehört das Ausfüllen des Meldebogens und die Vorlage der ärztlichen Urkunden im Original. Für jedes neue Mitglied wird eine Arztakte angelegt, die bei einem Kammerwechsel an die neue Ärztekammer weitergeleitet wird. Des Weiteren erhalten die Mitglieder von den Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses vielfältige Informationen über das Meldewesen.

Die An-, Um- und Abmeldungen werden elektronisch erfasst. Bei den Veränderungen, die die persönlichen und beruflichen Daten betreffen, ist ein persönliches Erscheinen der Mitglieder nicht erforderlich. Diese können im Ärzteverzeichnis telefonisch bekannt gegeben werden. Da das Ärzteverzeichnis auch für die Zustellung des Hamburger- sowie des Deutschen Ärzteblattes verantwortlich ist, ist es auf die Änderungsmitteilungen seiner Mitglieder dringend angewiesen. Ende 2003 betreuten die Mitarbeiterinnen 11.444 Mitglieder.

Zudem wird im Ärzteverzeichnis auch der Arztausweis ausgestellt. In erster Linie handelt es sich hierbei um einen Mitgliedsausweis, der jedoch in Apotheken national und auch häufig international für den Kauf von Medikamenten von seinen Mitgliedern genutzt wird.

Darüber hinaus erfolgen auch die Veröffentlichungen der Geburtstags- und Traueranzeigen und der Verlust von Arztausweisen im Hamburger Ärzteblatt unter der Rubrik „Persönliches“ durch das Ärzteverzeichnis. Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit dem Kaufmännischen Geschäftsführer die Sitzungen der Kammerversammlungen von den Mitarbeiterinnen vorbereitet und betreut.

Ebenfalls werden von den Mitarbeiterinnen des Ärzteverzeichnisses die Sitzungen des Ausschusses Arbeitsmedizin betreut und wie auch in der Vergangenheit waren sie in Zusammenarbeit mit dem Mitherausgeber an den redaktionellen Arbeiten des Handbuchs für das Gesundheitswesen 2003 beteiligt.

Referat Berufsordnung und Beschwerdestelle

Das Referat Berufsordnung befasst sich mit schriftlichen und mündlichen Anfragen von Mitgliedern der Ärztekammer Hamburg und anderen Personen, wie bei-

spielsweise Arbeitgebern und Patienten, zu berufsrechtlichen Fragestellungen und bearbeitet schriftliche Beschwerden mit berufsrechtlichem Inhalt.

Im Berichtszeitraum wurden in diesem Referat 569 (2002= 555) schriftliche Beschwerden über Hamburger Ärzte eingereicht. Die Gesamtzahl der schriftlichen Beschwerden besteht ganz überwiegend aus 496 (2002 = 386) Beschwerden wegen des Vorwurfs einer fehlerhaften Behandlung oder anderen berufsrechtlichen Inhalten. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 28,5%. Daneben enthält die Gesamtzahl der schriftlichen Beschwerden 73 (2002= 169) Fälle, die den Vorwurf einer verzögerten Erstellung von Befundberichten und Gutachten (Versorgungsamt Hamburg= 17 Fälle (2002=84), Sozialgericht= 51 Fälle (2002=80), andere Einrichtungen= 5 Fälle (2002=5)) zum Inhalt hatten. Hier war ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 56,8% festzustellen.

Von den 417 im Berichtszeitraum abgeschlossenen Beschwerden mit berufsrechtlichem Inhalt betrafen 80% den niedergelassenen Bereich, 12% im Krankenhaus tätige Ärzte sowie angestellte Ärzte in öffentlichen Einrichtungen und 8% im ärztlichen Notfalldienst tätige Ärzte.

Patientenbeschwerden über ärztliche Liquidationen sind hierin nicht enthalten. Diese werden vom Referat Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) bearbeitet und dort gesondert statistisch erfasst.

Zusätzlich wurden 316 (2002= 419) schriftliche und ca. 2800 telefonische Anfragen mit berufsrechtlichem Inhalt beantwortet. Allgemein handelt es sich sowohl um Anfragen von Kammermitgliedern als auch von Patienten, von denen einige persönlich in der Geschäftsstelle erschienen, um sich beraten zu lassen.

Ergebnis der 2003 abgeschlossenen Beschwerden

Im Berichtszeitraum wurden 417 Beschwerden (2002=311) abschließend bearbeitet, davon 90 Beschwerden aus 2002 und vorigen Jahren und 327 Beschwerden aus 2003. Von den nicht abschließend bearbeiteten Beschwerden wurden 16 an die Rechtsabteilung weitergeleitet und 14 Beschwerden, die den Vorwurf eines Behandlungsfehlers zum Gegenstand hatten, an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover abgegeben.

Sachverhalte der Beschwerden

Den Ärzten wurden in den im Berichtszeitraum abgeschlossenen Beschwerden folgende Vorwürfe gemacht (Mehrfachnennungen möglich; n.e.= nicht ermittelt):

	2003	(2002)
Mangelnde ärztliche Sorgfalt	29,5%	(33%)
unfreundlicher Umgang mit Patienten	18,6%	(25,7%)
Ablehnung der Behandlung	10,7 %	(6%)
Ärztliche Bescheinigung oder Gutachten nicht sorgfältig	8,2 %	(8,5%)
Verstoß gegen das Werbeverbot	6,1 %	(1,8%)
Nichterstellung / nicht rechtzeitige Erstellung eines Gutachtens	4,2 %	(0,0%)

Verstoß gegen ärztliche Schweigepflicht	2,9 % (1,3%)
Aufklärungsmangel	2,3 % (3,4%)
Nichtherausgabe von Patientenunterlagen	2,1 % (1,6%)
Benachteiligung wegen Krankenkassen-Zugehörigkeit	1,9 % (n.e.)
Sexueller Übergriff	1,5 % (1%)
Eigene Interessen über das Patientenwohl stellen	1,1% (n.e.)
Verstoß gegen Kollegialitätsgebot	1,1% (0,8%)
Verweisung an bestimmte Anbieter v. Gesundheitsleistungen	1,0% (0,8%)
Dokumentationsmangel	1,0 % (3,1%)
leichtfertige Verordnung von Medikamenten	0,6 % (1%)
zu lange Wartezeit	0,4% (1,8%)
Führen unzulässiger Bezeichnungen	0,0% (0,8%)
Sonstiges	6,8% (9,4%)

Der Beschwerdesachverhalt „Ablehnung der Behandlung“ ebenso wie „Benachteiligung wegen der Krankenkassen-Zugehörigkeit“ hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

In etwa 18% der im Berichtszeitraum abgeschlossenen Beschwerden (Anzahl n= 77) wurden gleichzeitig mehrere Vorwürfe gegen den Arzt oder die Ärztin erhoben und geprüft. Mangelnde ärztliche Sorgfalt in Verbindung mit einem unfreundlichen Umgang war in etwa der Hälfte (52,7%) dieser Kombinationsbeschwerden Inhalt des Vorwurfs. Die Kombination „Abweisung durch Arzthelferin oder Arzt“ und „unfreundlicher Umgang“ wurde in 8,1% der Fälle genannt. Auch dreifache Kombinationen (4%) von Beschwerden traten auf, z.B. wurde der Vorwurf der mangelnden ärztlichen Sorgfalt, der Aufklärungspflichtverletzung und des unfreundlichen Umganges gemeinsam erhoben.

Ermittlungsergebnis

Das Ermittlungsergebnis der in 2003 abgeschlossenen Beschwerden ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Anzahl der Beschwerden (n= 417) (2002: n=311)

Dies entspricht einer Zunahme von 34 % gegenüber dem Vorjahr. Die Beurteilung der Ärztekammer:

138 (33 %) Beschwerden waren ganz oder teilweise begründet

225 (54 %) Beschwerden waren nicht begründet

54 (13 %) Beschwerden waren wegen widersprüchlicher Angaben nicht abschließend zu klären. Gegen die Beurteilung der Beschwerde durch die Ärztekammer wurde in 27 Fällen Einspruch bzw. Widerspruch erhoben, in 19 Fällen

von Patienten und in 8 Fällen von Ärzten. In 25 Fällen wurde die Entscheidung bestätigt und der Einspruch bzw. Widerspruch zurückgewiesen. In zwei Fällen war der Widerspruch begründet und der Bescheid wurde abgeändert. Der Vorstand befasste sich mit 51 Einzelbeschwerden über Hamburger Ärzte und gelangte nach Beratung zu folgenden Ergebnissen:

Anzahl der Beschwerden	Beratungsergebnis des Vorstandes
Gesamt: 51	
16	wurden als nicht begründet angesehen
16	wurden als begründet angesehen und eine schriftliche Ermahnung beschlossen
12	wurden als teilweise begründet angesehen oder konnten nicht abschließend geklärt werden
2	führten zu einem persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten oder einem anderen Vertreter der Ärztekammer Hamburg
16	führten zur Einleitung berufsgerichtlicher Vorermittlungen

Berufsrechtliche Überprüfung nach Abschluss eines Strafverfahrens

Erfährt die Ärztekammer nach der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen von einer strafrechtlichen Verfehlung eines ihrer Mitglieder, wird nach Rechtskraftenerlangung des gerichtlichen Urteils in jedem Einzelfall durch die Ärztekammer geprüft, ob ein so genannter berufsrechtlicher Überhang vorliegt. Wird ein solcher bejaht, können berufsgerichtliche Vorermittlungen eingeleitet und es kann ggf. ein Berufsgerichtsverfahren beantragt werden. Im Berichtsjahr gingen 34 Mitteilungen in Strafsachen ein. Eine abschließende Bearbeitung erfolgte nach Abschluss des Strafverfahrens in 13 Fällen. Es wurden 10 Überprüfungen aus 2003 und 3 Überprüfungen aus 2002 und 2001 vorgenommen. In 11 Fällen wurde kein berufsrechtlicher Überhang festgestellt. In zwei Fällen wurde ein berufsrechtlicher Überhang bejaht und es wurden berufsgerichtliche Vorermittlungen eingeleitet.

Fortbildungsnachweise

Seit dem 1. Januar 1994 werden Formulare an die Mitglieder der Ärztekammer versandt, auf denen die besuchten Fortbildungsveranstaltungen gemäß § 4 Absatz 1 und 2 der Berufsordnung dokumentiert und damit der Ärztekammer gegenüber auf Anforderung belegt werden sollen. In 2002 wurde als Stichprobe für die Kontrolle der Fortbildungsnachweise die Gruppe derjenigen Ärzte und Ärztinnen ausgewählt, gegen die Beschwerden bei der Ärztekammer eingereicht wurden. Das Verfahren war unabhängig von der Bewertung des Beschwerdeinhalts. In begründeten Fällen erfolgte darüber hinaus auch anlassbezogen eine Kontrol-

le der Fortbildungsnachweise. In seiner Sitzung vom 15. Dezember 2003 hat der Vorstand beschlossen, ab dem 01.01.2004 keine Stichprobenkontrollen der Einhaltung der Fortbildungspflicht mehr durchzuführen. Es soll jedoch weiterhin anlassbezogen die Fortbildungspflicht überprüft werden, dass heißt wenn ein begründeter Vorwurf der mangelnden ärztlichen Sorgfalt im einem Behandlungsfall vorliegt.

Bericht des Ombudsmannes

In Fortsetzung der Entschlüsse des 104. Deutschen Ärztetages 2001 ist bei der Ärztekammer die Funktion eines Ombudsmannes benannt. Diese Funktion übte gemäß Vorstands- und Kammerbeschluss Herr Dr. Beelmann, Arzt in Geschäftsführung, auch in diesem Jahr aus. Die Aktivitäten des Ombudsmannes beschränken sich auf einzelne telefonische Beratungen in Konfliktfällen, insbesondere im Rahmen der fächerübergreifenden Bereitschaftsdienste. Umfangreichere Schlichtungsbemühungen brauchten nicht unternommen zu werden.

Ärztliche Stelle Röntgenverordnung - Geschäftsbereich Ärztekammer

Die Einrichtung der Ärztlichen Stelle gemäß § 16 der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen beruht auf einer Vereinbarung, die am 30.05.88 zwischen der Ärztekammer Hamburg, der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) und der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales geschlossen wurde.

Vorbereitet wurde entsprechend der neuen Röntgenverordnung (§ 17 a) und der Strahlenschutzverordnung (§ 83) eine neue „Vereinbarung“ zwischen Behörde, Ärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung, die auch die Bereiche Qualitätssicherung „Nuclearmedizin“ u. „Strahlentherapie“ einschließt. Ein Abschluss der diesbezüglichen Verhandlungen konnte noch nicht erreicht werden.

Die Geschäfte der Ärztlichen Stelle werden für niedergelassene Kassenärzte, die radiologisch tätig sind, bei der KVH geführt. Die Ärztekammer ist ausschließlich zuständig für Betreiber, die nicht Kassenärzte sind. Dazu zählen Krankenhäuser, Behörden, Firmen und Ärzte, die privatärztlich radiologisch tätig sind.

Die Ärztliche Stelle / Ärztekammer finanziert sich aus Gebühren. Die Jahrespauschalgebühr beträgt 150,- Euro pro Strahler. Eine Erhöhung auf 200,- Euro/Strahler wurde für 2004 genehmigt. Im Bestand sind 52 Betreiber mit 505 Strahlern. Zusätzlich wurden ab Mitte des Jahres einige Betreiber von der Ärztlichen Stelle / KVH übernommen, da sie nur noch privatärztlich Röntgenuntersuchungen durchführen.

Die Geschäftsstelle der Ärztlichen Stelle / Ärztekammer befindet sich in Lerchenfeld 14 unter einem Dach mit der Fortbildungsakademie. Eine MTA erledigt alle anfallenden Tätigkeiten (Organisation, Vorbereitung von Prüfsitzungen, Mitgliederbetreuung, Verwaltung etc.). Die Ärztliche Stelle ist in die Abteilung Qualitätssicherung und Berufsordnung, die unter der Leitung eines Radiologen steht, integriert.

Aufgabe der Ärztlichen Stelle ist es, Patientenbilder und Unterlagen über Röntgeneinrichtungen zu prüfen und ggf. dem Strahlenschutzverantwortlichen und den anwendenden Ärzten Vorschläge zur Verringerung der Strahlenexposition zu machen.

Im Berichtsjahr fanden 12 Sitzungen zur Qualitätsüberprüfung statt. 28 Betreiber legten Patientenbilder und technische Unterlagen von 48 Strahlern, 10 Entwicklungsmaschinen, 28 Bilddokumentationssystemen u. 1 Monitor vor. Bei zwei Betreibern war der Prüfablauf schwierig und sehr zeitverzögert. Einzelne Betreiber wurden mehrfach an die Vorlage von Unterlagen erinnert. Die Prüfungen konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf Untersuchungen „CT“.

Gesamtübersicht über die Geräteprüfungen:

Prüfung/Betreiber	Strahler	Filmverarb.	Bilddok.S.	Monitor
Prüfung / 28	48	10	28	1
1.Nachtrag / 16	38	11	6	1
2.Nachtrag / 7	20	5	1	-
3.Nachtrag / 8	25	-	3	-
4. Nachtrag / 6	21	1	3	-
5. Nachtrag / 3	2	-	1	-
6. Nachtrag / 1	2	-	-	-
Gesamt / 69	156	27	42	2

Patientenbilder

Basis für die Prüfung der Patientenbilder sind die „Leitlinien“ der Bundesärztekammer, die verbindlich anzuwenden sind. Eine weitere (neue) Basis ist die Richtlinie „Ärztliche und zahnärztliche Stellen“ v. 6.11.03, die vordem für den Bereich „Direktradiographie“ als Empfehlung vorlag und von der Ärztlichen Stelle berücksichtigt wurde. Die Bildqualität „Direktradiographie“ war überwiegend befriedigend bis gut.

Bei digital gefertigten Untersuchungen waren die Dosiswerte oftmals unklar. Bei den CTs wurden Dosisbewertungen durchgeführt und verschiedentlich Optimierungsvorschläge gemacht. Diskussionspunkt war das Verfahren „Teleradiologie“, dass in Hamburg in 2003 nicht angewendet wurde. Zum Teil wurde Teleconsulting durchgeführt. Digital gefertigte Untersuchungen auf CD ROM wurden in der Ärztlichen Stelle unter noch verbesserungswürdigen Umständen lesbar gemacht. Im Einzelfall stellten sich Fragen zu einer Studie. Im Einzelfall wurde bei Untersuchungen keine Bilddokumentation gefertigt. In Einzelfällen stellten sich Fragen zur Weitergabe von Röntgenbildern und zur Archivierung. Verschiedentlich hatten Betreiber Vorgaben der neuen Röntgenverordnung schon gut umgesetzt.

Geräteprüfungen

Mehrere Häuser haben ihre Qualitätssicherung gut organisiert. Der Bezug der Qualitätssicherung zum Patientenbetrieb ist weiter verbesserungsfähig. Dies fällt insbesondere auf, wenn die Qualitätssicherung nicht selbst von der Röntgenabteilung durchgeführt wird. In Einzelfällen war bei einer bestehenden Kooperation die Zuständigkeit nicht eindeutig geklärt. Überwiegend setzten die Betreiber die schriftlichen Empfehlungen der Ärztlichen Stelle um. Das Beratungsangebot wurde vereinzelt in Anspruch genommen. Wünschenswerte Verbesserungen betreffen nach wie vor die Prüfungen, die Firmentechniker fertigen. Sie bedeuten eine wichtige Basis für die Qualitätssicherung. Meldung an die Behörde: Wegen mangelhafter Qualität erfolgte in einem Fall eine Meldung an die Aufsichtsbehörde. Folgend fand unter Einbezug von Mitgliedern der Ärztlichen Stelle eine Ortsbegehung statt.

Die Ärztliche Stelle Hamburg ist Mitglied der Zentralen Ärztlichen Stelle (ZÄS), die sich 1992 unter dem Dach von Bundesärztekammer und Kassenärztlicher Bundesvereinigung in Köln konstituierte. Es fanden im Berichtsjahr zwei Sitzungen dieses Gremiums statt, erstmals auch unter Einbezug von Nuclearmedizinern und Strahlentherapeuten. Die Zusammenkünfte dienen dem Informationsaustausch und zur Abstimmung der Arbeitsweise.

Die "Ärztliche Stelle" als gemeinsame Einrichtung beider ärztlicher Körperschaften trat im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung dient dem Informationsaustausch zwischen Mitgliedern der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Behörde.

Qualitätssicherung „Nuclearmedizin und Strahlentherapie“: Mit den Betreibern fanden Gespräche statt. Zukünftige Mitglieder der Ärztlichen Stelle wurden benannt. Für den Bereich Strahlentherapie wurde eine Kooperation mit einem anderen Bundesland angedacht. Hierzu wurden verschiedene Kontakte hergestellt.

Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Ärztekammer:

Prof. Dr. Hermann Vogel (seit 7/02 Stellvertretender Vorsitzender), Chefarzt, Radiologie, AK St.Georg

Prof. Dr. Otto Henning Wegener, Chefarzt, Radiologie, AK Altona

Prof. Dr. Gerhard Adam, Direktor, Abt. Rö. Diagnostik UKE

Dr. Thomas Schilling, Chefarzt, Radiologie, Israelitisches Krankenhaus

Prof. Dr. Gerhard Adam, Chefarzt Radiologie, UKE

Stellvertretende Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ Ärztekammer:

Prof. Dr. Gerd Witte, Chefarzt, Radiologie, AK Wandsbek

Dr. Anette Moldenhauer, Chefärztin, Radiologie, Berufsgenossenschaftliches Unfall-KH

Dr. Renate Michalik-Himmelmann, Chefärztin, Radiologie, AK Eilbek

Dr. Manfred Siemers, Chefarzt, Radiologie, Albertinen Krankenhaus

Dr. H. Denkhaus (ab 4/02), Chefarzt, Radiologie, Marien Krankenhaus

Prof. Dr. Walter Gross-Fengels (ab 4/02), Chefarzt, Radiologie, AK Harburg

Beratendes Mitglied:

Dr. rer. nat. Nagel (Fa. Philips)

Vertreter der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Horst Engelhardt, Amt für Arbeitsschutz

Mitglieder der Ärztlichen Stelle/ KVH

Dr. Ernst Bieler (Radiologe, Nuclearmediziner) Vorsitzender in 2003

Dr. E. F. von Bock und Polach (Internist)

Dr. Fritz Reinecke (Urologe)

Dr. Fedor Haenisch (Chirurg)

Dr. Jörg Väterlein (Orthopäde)

Ausbildung für Arzthelferinnen

Die Ärztekammer Hamburg ist nach dem Berufsbildungsgesetz die zuständige Stelle für die Ausbildung im Beruf Arzthelferin/Arzthelfer. Zur Koordination und Erledigung der in diesem Bereich anfallenden Arbeit ist in der Geschäftsstelle ein Referat "Arzthelferinnenausbildung" eingerichtet.

Zu den vielfältigen Aufgaben dieses Referates gehört u.a. die Beantwortung zahlreicher telefonischer, schriftlicher und persönlicher Anfragen zu verschiedenen ausbildungsrechtlichen und tarifrechtlichen Angelegenheiten. Für das Berichtsjahr 2003 sind folgende Arbeitsergebnisse besonders erwähnenswert:

Eintragung der Ausbildungsverhältnisse

2003 sind 295 neue Ausbildungsverträge in die Ausbildungsrolle eingetragen worden. Im Vorjahr waren es 338 Neueintragungen. Insgesamt bestanden am Jahresende 848 Ausbildungsverhältnisse gegenüber 891 Ende 2002. In 14 % der Fälle kam es im Laufe des Berichtsjahres zu Vertragslösungen. Das sind 6 % weniger Lösungen als im Vorjahr.

Prüfungswesen

Im Laufe der Ausbildung sind die Zwischenprüfung und die Abschlussprüfung zu planen, durchzuführen und zu überwachen. Hierfür ist die intensive Zusammenarbeit mit der Staatlichen Schule Gesundheitspflege notwendig. Zuständiger Ausschuss für die Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfung ist der Prüfungsausschuss.

Im Prüfungsausschuss sind neben den von der Kammerversammlung gewählten Ärzten (Arbeitgebervertreter) in gleicher Anzahl Arzthelferinnen (Arbeitnehmer)

sowie Lehrer der Staatlichen Schule Gesundheitspflege ehrenamtlich tätig. Folgende Ärztinnen und Ärzte waren im Berichtsjahr im Prüfungsausschuss tätig:

Dr. Rolf Baginski, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Gerd Bandomer, Facharzt für Allgemeinmedizin

Dr. Karin Beckmann, Fachärztin für Innere Medizin

Dr. Götz Bendler, Praktischer Arzt

Prof. Dr. Folkert Bode, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Carl Hermann Bothe, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Ursula Diestel, Fachärztin für Allgemeinmedizin

Dr. Bernhard Dobrinski, Facharzt für Augenheilkunde

Dr. Jürgen Ebeling, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Christoph-Hayo Faerber, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Eckbert Finsterwalder, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Dr. Ilse Gierthmühlen, Fachärztin für Kinderheilkunde

Dr. Dirk Heinrich, Facharzt für H-N-O-Heilkunde

Dr. Klaus Huchtemann, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Peter Jakob, Facharzt für Allgemeinmedizin

Dr. Karin Jückstock, Fachärztin für Allgemeinmedizin

Dr. Bernd Leschhorn, Facharzt für Orthopädie

Dr. Ursula Linn, Fachärztin für Allgemeinmedizin

Dr. Jörg Marben, Facharzt für Allgemeinmedizin

Dr. Ekkehard Müller-Bergen, Facharzt für Orthopädie

Dr. Robert Osterloh, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Klaus Peters, Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Dr. Manfred Peters, Facharzt für Innere Medizin

Dr. Hans-Joachim Poetsch, Facharzt für Chirurgie

Dr. Gottfried Resch, Facharzt H-N-O-Heilkunde

Dr. Elmar Schäfer, Facharzt für Chirurgie

Dr. Erich Schröder, Praktischer Arzt

Dr. Dieter Schulz, Facharzt für Innere Medizin

Herrn Joachim Simon-Schultz, Facharzt für Allgemeinmedizin

Dr. Wolfgang Spallek, Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten

Dr. Hans-H. Stöver-Ramien Facharzt für Allgemeinmedizin

Dr. Bernd Stolley Facharzt für Orthopädie

Dr. Regina Tönnis Praktische Ärztin

Dr. Wolfgang Warther Praktischer Arzt

Zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehört es u.a., die Prüfungsaufgaben für die schriftliche Zwischen- und Abschlussprüfung auszuwählen. Während die Zwischenprüfung als programmierte Prüfung durchgeführt wird, muss der Prüfungsausschuss die schriftlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung selbst feststellen und vor allem die Prüfung im Fach "Praktische Übungen" abnehmen.

Die Durchführung dieses Prüfungsteiles erfordert einen erheblichen organisatorischen und zeitlichen Aufwand, da es sich um eine Einzelprüfung handelt, die jeweils in einer Arztpraxis über maximal 45 Minuten vor einem drittelparitätisch besetzten Prüfungsausschuss (Arzt/Arzthelferin/ Lehrer) abgehalten wird.

2003 wurden insgesamt 291 Zwischenprüfungen abgelegt und 265 Abschlussprüfungen für Auszubildende im Beruf der Arzthelferin abgenommen. Es sind insgesamt 4 Prüflinge bei der Abschlussprüfung durchgefallen. Dies entspricht einer Durchfallquote von 1,5 %.

Überwachung der Ausbildereignung

Die Ärztekammer Hamburg hat als zuständige Stelle für die Ausbildung von Arzthelferinnen neben der Registrierung der Ausbildungsverhältnisse und der Durchführung der vorgeschriebenen Prüfung außerdem die Aufgabe, über die persönliche und fachliche Eignung der ausbildenden Ärzte zu wachen und sicherzustellen, dass die Bestimmungen der Ausbildungsverordnung, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Manteltarifvertrages eingehalten werden.

Außergerichtliche Einigung bei Streitigkeiten

Nach den Bestimmungen des Ausbildungsvertrages kann die Ärztekammer Hamburg bei auftretenden Streitigkeiten zwischen ausbildendem Arzt und auszubildender Arzthelferin angerufen werden. Die Kammer hat dann die Aufgabe, vor gerichtlichen Auseinandersetzungen ein Schlichtungsgespräch mit dem Ziel der gütlichen Einigung mit den Beteiligten zu führen. Im Berichtsjahr fand kein Schlichtungsgespräch statt. Daneben fanden zahlreiche persönliche Beratungsgespräche mit den Ausbilderinnen/Ausbildern oder Auszubildenden wegen aufgetretener Probleme und Konflikte statt.

Auszubildende wie Ausbilder können bei Schwierigkeiten im Ausbildungsverhältnis auch die von der Kammerversammlung gewählten Ausbildungsberater anrufen. Das Amt der Ausbildungsberater haben Frau Dr. med. Gudrun Ewert und Frau Petra Marben, Arzthelferin, inne. Von dieser Beratungsmöglichkeit wurde auch in diesem Berichtsjahr mehrfach Gebrauch gemacht.

Aus der Arbeit des Berufsbildungsausschusses

Für alle wichtigen Ausbildungsfragen im Beruf der Arzthelferin ist der Berufsbildungsausschuss zuständiges Kammerorgan.

Die Ärztekammer unterhält zusammen mit der Tierärztekammer Hamburg de facto einen gemeinsamen Berufsbildungsausschuss, der drittel-paritätisch aus je 6 Vertretern der Arbeitgeber (Ärzte/Tierärzte), der Arbeitnehmer (Arzthelferinnen/Tierarzthelferinnen) und Berufsschullehrer zusammengesetzt ist. Seit September 2003 hat die Tierärztekammer einen eigenen Berufsbildungsausschuss eingerichtet.

Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses werden von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt. Im Berichtsjahr fanden zwei Sitzungen des Berufsbildungsausschusses statt. Schwerpunktthema war unter anderem die Diskussion um die Berichtsheftführung. Bei der konstituierenden Sitzung im November wurde der Fortbildungsausschuss neu gewählt. Ebenso die Ausbildungsberater. Frau Dr. Ewert hat dieses Amt abgegeben. Neu gewählt wurde Frau Dr. U. Diestel. Frau Marben wurde wieder gewählt.

Im Berichtsjahr fand die Neuwahl des Berufsbildungsausschusses statt.

Vertreter der Arbeitgeber:

Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
Dr. U. Diestel	Dr. K.-O. Allmeling
Dr. B. Dobrinski	Dr. J. Ebeling
Dr. D. Heinrich	Dr.A. Feige
Dr. H. Horst	Dr. M. Füner
Dr. E. Schäfer	Frau Dr. K. Jückstock
Dr. M. Zinke	Dr. K. Peters

Vertreter der Arbeitnehmer:

Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
Loni Arendt	Sven Ohnesorge
Carola Höpfner	Christine Rassmann
Gesine Scheunemann	Karen Ritter
Petra Marben	Sabine Ziercke
Bärbel Jacobs	Petra Gladow
Ute Lietz	Silke Behrens

Vertreter der Lehrer:

Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
Andrea Hinsch	Reinhard Arndt
Irmhild Marder	Manuela Bertschis

Bernd Wallat	Angelika Eckstein
Veronika Walther	Ingrid Loeding
Joachim Eschke	Uta Rathmann
Maria-Anne Przibilka	Karin Eyring

Fortbildung für Arzthelferinnen

Hierfür zuständig ist der Fortbildungsausschuß für Arzthelferinnen, der aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Lehrern sowie Vertretern der Kammer und der Kassenärztlichen Vereinigung besteht.

Der Fortbildungsausschuß erarbeitete ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, welches laufend erweitert wird und auch von Auszubildenden in Anspruch genommen werden kann. (s. auch Tätigkeitsbericht der Fortbildungsakademie).

Im Berichtsjahr wurde der Fortbildungsausschuss wie folgt neu gewählt:

Dr. Klaus-Otto Allmeling	(Allgemeinarzt)
Dr. Hartmut Horst	(Internist)
Dr. Michael Zinke	(Kinderarzt)
Petra Marben	(Arzthelferin)
Birgit Salzmann	(Arzthelferin)
Sven Ohnesorge	(Arzthelfer)
Ingrid Loeding	(Lehrerin)
Irmhild Marder	(Lehrerin)
Barbara Radke	(Ass. der Geschäftsführung der KV Hamburg)

Abstimmung auf Bundesebene

Die Ärztekammer Hamburg hat in Fragen der Ausbildung zur Arzthelferin Sitz und Stimme in der Ständigen Konferenz "Medizinische Fachberufe" bei der Bundesärztekammer in Köln. Neu berufen wurde in dieses Amt Dr. Hartmut Horst, Internist.

In diesem Gremium werden auf Bundesebene wichtige ausbildungsrechtliche Fragen zwischen den beteiligten Landesärztekammern so weit wie möglich bundeseinheitlich abgestimmt. Schwerpunktthema in diesem Gremium war die Novellierung der Ausbildungsordnung für Arzthelferinnen. Weitere Themen waren Diskussionen über verschiedene Fortbildungscurricula für Arzthelferinnen.

Informationen zum Beruf

Auch in diesem Jahr sind sämtliche Anfängerklassen der Einschulungsjahrgänge Februar und August 2003 über den Verlauf der Ausbildung durch die Mitarbeiterin der Arzthelferinnenabteilung informiert worden. Für interessierte Schülerinnen fanden Berufsberatungen und Informationen sowohl in Schulen als auch in

einer Gruppe im Referat statt. Ein Erfahrungsaustausch für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arzthelferinnen-Abteilungen aller Ärztekammern in Deutschland fand zum dritten Mal statt, diesmal in Bad Nauheim.

Patientenberatung

Die Patientenberatung ist eine gemeinsame Einrichtung der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, die in dieser Kooperation seit 2001 besteht.

Das Beratungsteam besteht aus fünf Ärztinnen und Ärzten (vertreten sind die Fachgebiete Anästhesiologie, Allgemeinmedizin und Innere Medizin; eine der Ärztinnen ist Psychologin) und einem Sozialversicherungsfachangestellten und Rentenberater jeweils in Teilzeit.

Durch die Beratung wurde sowohl der großen Anzahl der Anfragen als auch dem immer größer werdenden Bedürfnis nach differenzierteren Auskünften in medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen Rechnung getragen. Zudem erforderten die Veränderungen im Gesundheitswesen ein hohes Maß an Informationsarbeit für Patienten aber auch für Ärzte. Die Beratung ist – bis auf die eigenen Telefongebühren – kostenlos.

Einen unverändert breiten Raum nahmen Beratungsgespräche ein, denen eine einfache Frage und scheinbar klarer Informationsbedarf zugrunde lag, und bei denen sich – nach gezieltem Nachfragen – eine komplexe Problematik darstellte und ein ausführliches Gespräch erfolgte. Fachliche Kompetenz des Beratungsteams entlastet die Vertragsärzte und unterstützt ihre Arbeit.

Das Team Patientenberatung ist im Erdgeschoss des Ärztehauses in der Humboldtstraße erreichbar.

Beratungsinhalte

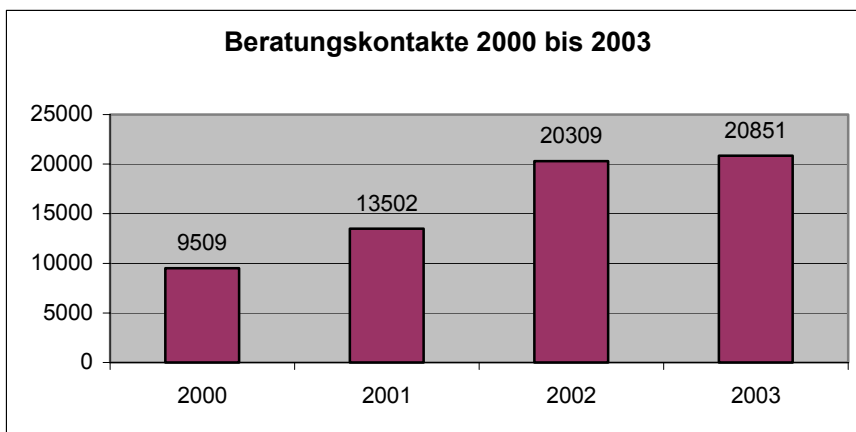
Im Mittelpunkt der Beratung steht das Hilfsangebot für Patienten, die für ihre individuellen Bedürfnisse geeignete medizinische Hilfe zu finden. Das Team Patientenberatung bietet, ausgehend von Erfahrungen und gesicherten Informationen der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, Orientierungshilfen im Gesundheitswesen der Hansestadt an und klärt über die Strukturen im Gesundheitssystem und deren Veränderungen auf.

Die Patientenberatung hilft in Einzelfällen, die Kommunikation zwischen Arzt und Patient zu verbessern. Sie klärt Missverständnisse auf, erläutert Einzelheiten zu Diagnosen und Krankheitsbildern oder vermittelt in schwierigen Einzelfällen konkret zwischen Arzt und Patient. Bei schwerwiegenden Problemen ebnet sie dem Patienten den Weg zu weiterführenden Angeboten, etwa der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen oder dem Beschwerdemanagement der Ärztekammer und anderer Organisationen, die sich mit Patientenrechten beschäftigen. Zudem bildet die Patientenberatungsstelle gegebenenfalls die Schnittstelle zwischen Patienten, Ärzten und anderen Anbietern im Gesundheitswesen. Darüber hinaus berät das Team zu Fragen der sozialen Sicherungssysteme.

Das Beratungsangebot ist ein Beitrag der tragenden Körperschaften zur Umsetzung der Charta der Patientenrechte (Patientencharta). Der Wahrnehmung der Aufgaben dienen auch Kontakte zur Gesundheitsbehörde, zu Krankenkassen sowie anderen Institutionen. Gemeinsam mit anderen Beratungsstellen wurde eine Arbeitsgruppe für die Erstellung eines „Gesundheitsportals“ im Internet gebildet, deren Federführung zunächst von der Ärztekammer übernommen und aus organisatorischen Gründen an die Behörde für Umwelt und Gesundheit abgegeben wurde.

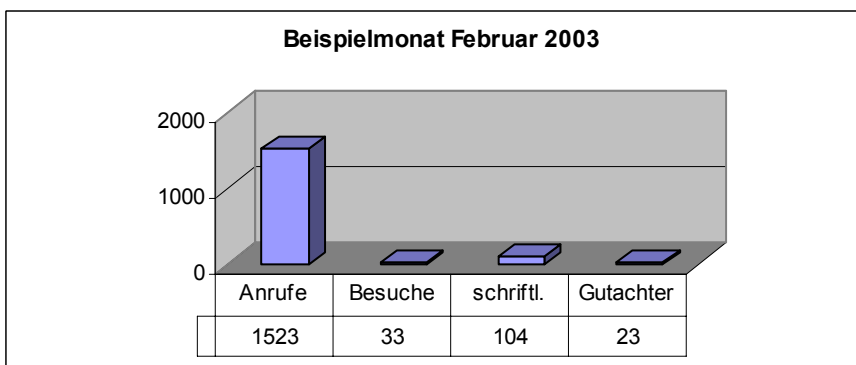
... der Bedarf ist groß

Die große Anzahl der Beratungskontakte ist Ausdruck eines erheblichen und offensichtlich wachsenden Bedarfes an Beratung und Wegweisung im immer komplizierter werdenden Gesundheitswesen. Da die Anzahl der durchgeführten Beratungen eher von den personellen Möglichkeiten der Beratungsstelle als von der Nachfrage abhängt, sind Zahlen nur begrenzt aussagefähig. Sie drücken lediglich die tatsächlich zu Stande gekommenen Beratungskontakte aus.



... die Wege zur Beratung

Die bei weitem größte Anzahl der Anfragen erreichen das Team Patientenberatung telefonisch. Daneben stehen die Berater jedoch auch für persönliche Gespräche und zunehmend für schriftlich formulierte Anfragen zur Verfügung.



Recherche und Informationsverwaltung

Das Team Patientenberatung hat Zugriff auf die Datenbanken der Ärztekammer Hamburg und auf den Überweisungsassistenten der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg. Außerdem ist umfangreiche Fachliteratur zu vielen medizinischen Themen und zum Sozialversicherungsrecht verfügbar.

Für viele Anfragen ist es dennoch erforderlich, im Einzelfall zu recherchieren. Hierfür stehen neben den Mitgliedern und den verschiedenen Fachabteilungen der ärztlichen Körperschaften das Internet, die Bibliothek des ärztlichen Vereins und die Informationen anderer Beratungsstellen zur Verfügung.

Der Umfang des bislang recherchierten Materials ist zwischenzeitlich sehr groß. Organisation und Aktualisierung von Informationen erfordern nach wie vor erheblich mehr Aufmerksamkeit, um die Qualität der Beratung zu erhalten und zu verbessern. Die Schaffung einer verbesserten Datenstruktur wurde in Zusammenarbeit mit der EDV-Abteilung weiter vorangebracht.

Kammermitglieder

Kammermitglieder nutzten die Patientenberatung als Möglichkeit, ihre besonderen Leistungen und Angebote einer interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln oder nach speziellen Behandlungsmöglichkeiten für ihre Patienten zu suchen. Dabei wird zunehmend die Notwendigkeit deutlich, differenziert ärztliche Arbeitsschwerpunkte sowie besondere diagnostische und therapeutische Fähigkeiten mitzuteilen.

Die Patientenberatung bemüht sich um Klärung bei Beziehungsstörungen zwischen Arzt und Patient unterhalb der Schwelle einer Beschwerde und in der Dreiecksbeziehung zwischen Arzt, Patient und Leistungsträger. Sie ist damit auch eine „Sortierstelle“ für die zahlreichen Anfragen mit Beschwerdecharakter und ist mittlerweile zur primären Anlaufstelle für Patienten – und auch in zunehmendem Maße für Mitglieder – geworden und ermöglicht so den Fachabteilungen eine weitgehend auf ihre Aufgaben konzentrierte Arbeit.

Benennung von medizinischen Sachverständigen

Die Beratungsstelle dient darüber hinaus als Ansprechpartner für Ärzte, Gerichte, Behörden und Versicherungen, um auf Anfrage geeignete medizinische Sachverständige zu benennen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 325 solcher Anfragen beantwortet, was gegenüber dem Vorjahr einer abermaligen Steigerung um ca. 16 % entspricht.

Gebührenordnung für Ärzte

Im Berichtsjahr wurden 378 schriftliche Anfragen zur Anwendung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) an die Ärztekammer Hamburg gerichtet. Bei den Anfragenden handelt es sich um solche von privaten Krankenversicherungen, Beihilfestellen der Länder sowie von Patienten. Zunehmend werden auch Anfragen direkt von den Ärzten gestellt, da die privaten Krankenversicherungen oder Beihilfestellen die Rechnungsstellungen nicht akzeptieren. Die meisten Anfragen bezogen sich darauf,

- ob in der GOÄ nicht aufgeführte Leistungen adäquat analog bewertet wurden,
- bestimmte Leistungsziffern nebeneinander berechnungsfähig sind,
- bei Überschreiten der Regelspanne die schriftliche Begründung ausreicht,
- berechnete Leistungsziffern tatsächlich auch erbracht wurden und/oder medizinisch indiziert waren,
- schwierige Operationen oder so genannte „Außenseitermethoden“ korrekt abgerechnet wurden.

In ca. 40 Fällen wurden nicht nur wie üblich Stellungnahmen der betroffenen Ärzte erbeten und die Behandlungsunterlagen angefordert, sondern sachverständige Ärzte um eine fachliche Beurteilung gebeten sowie externe Gutachten angefordert.

In einer Vielzahl telefonischer Anfragen von Ärzten, Arzthelferinnen und Patienten wurde darüber hinaus Auskunft zu allen denkbaren Bereichen der GOÄ erbeten. Teilweise wird die GOÄ-Abteilung auch persönlich von Mitgliedern der Ärztekammer und Patienten aufgesucht, um im persönlichen Gespräch GOÄ-Probleme abzuklären.

Im Berichtsjahr wurde in 3 Fällen der Vorstand eingeschaltet. In einem Fall wurde ein berufsgerichtliches Vorermittlungsverfahren eingeleitet. In den übrigen Fällen waren entweder die Einwände der Patienten nicht oder nur teilweise berechtigt oder die jeweiligen Rechnungssteller korrigierten auf einen entsprechenden Hinweis der Kammer die Liquidation.

Rechtsabteilung

Aufgabe der Rechtsabteilung ist es vor allem, die Organe und Gremien der Ärztekammer Hamburg in allen anfallenden Rechtsfragen zu beraten. Dazu gehören insbesondere der Vorstand, die Kammerversammlung, der Schlichtungsausschuss und der Erweiterte Widerspruchsausschuss. Darüber hinaus sind berufsgerichtliche Vorermittlungen zu führen sowie die Vertretung der Ärztekammer vor dem Verwaltungsgericht und dem Berufsgewicht wahrzunehmen. Ferner bearbeitet die Rechtsabteilung die Änderungen von Satzungen.

Im Berichtszeitraum wurden in 18 Fällen berufsgerichtliche Vorermittlungen neu eingeleitet, davon wurden 7 Verfahren eingestellt. In 5 Fällen musste ein Berufsgewichtsverfahren eingeleitet werden. Abgeschlossen werden konnten 1 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2000, 1 Berufsgewichtsverfahren aus 2001 und 4 Berufsgewichtsverfahren aus dem Jahre 2002. In 2003 waren beim Berufsgewicht 10 Berufsgewichtsverfahren anhängig und zwar 5 aus dem Berichtsjahr, 4 aus dem Jahr 2002, 1 aus dem Jahr 2001.

Die Rechtsabteilung bietet ferner den Mitgliedern der Ärztekammer bei verschiedenen Rechtsproblemen Hilfe und Unterstützung an. So gab es im vergangenen Jahr von Kammermitgliedern 145 Anfragen mit berufsrechtlichem Bezug, 76 allgemeine Anfragen, 3 wettbewerbsrechtliche Anfragen, 7 Mitteilungen der Staatsanwaltschaft in Strafsachen und zahlreiche anderweitige Korrespondenz.

Darüber hinaus beriet die Rechtsabteilung ihre Mitglieder in Vertragsangelegenheiten u.a. Praxisübernahmeverträge, Partnerschaftsgesellschaftsverträge und Sonderverzeichnisse. Die Rechtsabteilung hatte des Weiteren zahlreiche Mahnverfahren durchzuführen und einige Handelsregisteranfragen zu beantworten.

Zu den schriftlichen Anfragen und Stellungnahmen kommt der regelmäßige Telefonservice hinzu. Beratungs- und Vermittlungsgespräche wurden ebenfalls vermehrt in Anspruch genommen.

Im Berichtsjahr sind unter Beteiligung der Rechtsabteilung Änderungen von Satzungen veranlasst worden.

Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen

Patienten, die eine ärztliche Fehlbehandlung vermuten, können sich direkt an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover wenden. Die Schlichtungsstelle ist ein Zusammenschluss von neun norddeutschen Ärztekammern, die unabhängig von den Kammern anhand von gutachterlichen Stellungnahmen den Vorwurf eines Behandlungsfehlers überprüft und die Frage eines Schadenersatzanspruches dem Grunde nach beantwortet. Das Verfahren ist für den Patienten gebührenfrei und für alle Beteiligten freiwillig. Die Ärztekammer Hamburg prüft in einigen Fällen auf Antrag der Patienten nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens, ob in dem Behandlungsfehler gleichzeitig ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Berufsordnung zu sehen ist.

Aus dem Kammerbereich Hamburg gingen im Jahr 2003 bei der Schlichtungsstelle 380 Anträge zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ein. Im Vorjahr waren es 335 Anträge. Der Kostenanteil der Ärztekammer Hamburg an der norddeutschen Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen beträgt für 2003 ca. € 110.736,- (Vorjahr ca. € 102.000,-). Die Anzahl der schadenersatzpflichtigen Fälle beträgt im Jahr 2003 47 (Vorjahr: 48).

Anteil der Ärztekammer Hamburg

	2002	2003
Stand 01.01.2003	299	276
Eingänge gesamt: 01/03 bis 12/03	380	335
im Jahr 2003 abgeschlossen:	303	312
Sonstige Erledigungen (Unzuständigkeit, Zurücknahme von Anträgen, Verjährung)	95	114
Nach Überprüfung:		
Kein Schadenersatz	161	150
Schadenersatzpflichtig	47	48
Zu bearbeiten: Stand 31.12.2003	376	299

Die nachgewiesenen Behandlungsfehler verteilen sich auf folgende Gebiete / Bereiche:

Auch in 2003 zeigt sich eine Häufung von Behandlungsfehlern in den operativen Fächern mit Schwergewicht in der Allgemein- und Visceralchirurgie mit 10 (Vorjahr: 7) sowie in Orthopädie mit ebenfalls 10 Fällen (Vorjahr 2). In der Unfallchirurgie ist mit 7 Fällen (Vorjahr 12) ein Rückgang zu verzeichnen, ebenso in der Frauenheilkunde mit 5 Fällen (Vorjahr: 6).

	Anzahl	%
Anästhesiologie	1	2,1
Augenheilkunde	2	4,3
Plast. Chirurgie	1	2,1
Gefäßchirurgie	1	2,1
Allgemein- u.Visceralchirurgie	10	21,2
Unfallchirurgie	7	15
Neurochirurgie	3	6,5
Frauenheilkunde	5	10,6
Haut-u.Geschl.	3	6,4
HNO	2	4,3
Orthopädie	10	21,2
Nephrologie	1	2,1
Neurologie	1	2,1
GESAMT:	47	100

Auf der einmal im Jahr stattfindenden Sitzung der Ständigen Konferenz Gutachterkommissionen/Schlichtungsstellen bei der Bundesärztekammer werden die Behandlungsfehler nach Sachverhalt, Häufigkeit und Fachgebiet analysiert, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse in der ärztlichen Fortbildung gezielt berücksichtigen zu können.

Die einmal jährlich einberufene Sitzung der Gesellschafterversammlung fand in 2003 in der Ärztekammer Berlin statt.

Pressestelle

Klassische Aufgaben der Pressestelle sind die Herausgabe von Pressemeldungen zu kammerrelevanten Themen, Planung, Durchführung und Leitung von Pressekonferenzen, Einladungen zu Hintergrundgesprächen mit Journalisten und

selbstverständlich die kontinuierliche Kontaktpflege zu den zahlreichen Redaktionen der aktuellen Medien in Hamburg, aber auch zu überregionalen Pressevertretern und Autoren von Hintergrund-Publikationen. Insgesamt gab die Pressestelle im vergangenen Jahr 32 Pressemeldungen heraus und führte eine Pressekonferenz durch.

Diese Pressearbeit bot auch im Jahr 2003 die Grundlage für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit der Ärztekammer. Als übergeordnetes Ziel gilt es dabei stets, ein positives Bild der Ärzteschaft in der Öffentlichkeit zu transportieren. Dazu ist, insbesondere in Zusammenarbeit mit Medienvertretern, Offenheit, Servicebereitschaft und professionell aufbereitete Information unabdingbar. Auf diese Weise können an den Schnittstellen der Informationsvermittlung positive Eigenschaften wie Glaubwürdigkeit, Aufgeschlossenheit und Kompetenz mit Ärztinnen und Ärzten und deren standespolitischer Vertretung in Verbindung gebracht werden.

Täglich gibt die Pressestelle Auskunft zu medizinischen oder gesundheitspolitischen Themen, vermittelt Ärztinnen und Ärzte als spezielle Interviewpartner für Print, Hörfunk und Fernsehen und wird unter Journalisten als kompetenter Ansprechpartner genutzt. Die Mehrzahl der Anfragen betraf in diesem Jahr die diversen Entwürfe der Gesundheitsreform, mitsamt den Folgen für Ärztinnen und Ärzte. Von Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit ist darüber hinaus die Pflege von kollegialen Kontakten zu PR-Partnern anderer Einrichtungen und Verbände im Gesundheitswesen.

Von der Pressestelle verantwortlich betreut wird der Auftritt der Ärztekammer im Internet. Im Oktober des Jahres 2003 konnte eine gänzlich überarbeitete Arztsuche online gestellt werden. Vielfältige einzelne und miteinander kombinierbare Suchfunktionen erleichtern die Suche nach Medizinern in der Hansestadt. So ist es möglich, nur nach Namen oder nach Fachrichtung zu suchen, aber auch zusätzliche Qualifikationen eines Arztes sind abfragbar. Die Homepage der Ärztekammer Hamburg bietet neben der Ärztesuche auf weit mehr als 100 Seiten eine große Bandbreite an Informationen rund um die Themenbereiche Gesundheit, Patientenservice, ärztliche Selbstverwaltung und Gesundheitspolitik. So sind neben allgemeinen Informationen über die Ärztekammer als Körperschaft der ärztlichen Selbstverwaltung beispielsweise Downloads häufig angefragter Papiere zu finden. Textvorschlag und Erläuterung zur Patientenverfügung zählen dazu, genau wie Antragsformulare zur ärztlichen Fort- und Weiterbildung oder das Jahresprogramm der Fortbildungsakademie für Ärzte. Online präsent sind darüber hinaus selbstverständlich die neuesten Presseinformationen der Ärztekammer, interessante Veranstaltungen und ausgewählte Artikel aus dem ‚Hamburger Ärzteblatt‘.

Schwerpunktmäßig von der Pressestelle begleitet wurde im vergangenen Jahr das Projekt ‚rundherum gesund‘, eine Initiative zur gesundheitlichen Primärprävention für Kinder in Grundschulen, die Gestaltung einer Broschüre „Sport pro Gesundheit“, in der qualitätsgeprüfte Sportkurse angeboten werden, sowie das Eltern-Lehrer-Ärzte-Forum „Aktiv statt Attest“, das gemeinsam mit der Gesundheitsbehörde und der AOK Hamburg durch geführt wurde. Die Pressestelle gibt außerdem Auskunft auf Anfragen nach ärztlicher Sterbebegleitung, Patientenverfügung und anderen Möglichkeiten der Willensäußerung zur Vorsorge bei schweren Erkrankungen. Der zeitnahen internen Information von Präsident, Vizepräsi-

dent und Geschäftsführung dient die tägliche Presseschau. Ein Extrakt daraus wurde den Mitgliedern der Kammerversammlung wöchentlich zugesendet.

Die Pressestelle vertritt die Kammer Hamburg im Rahmen der Bundesärztekammer in der 'Ständigen Konferenz Öffentlichkeitsarbeit' sowie in der Zentralen Redaktionskonferenz ‚arzt.de‘ von Bundesärztekammer und KBV.

Bibliothek des Ärztlichen Vereins

Die Bibliothek des Ärztlichen Vereins befindet sich im 1. Stock des Altbaus der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (Zugang durch den Haupteingang der Staats- und Universitätsbibliothek).

Die Postanschrift lautet:

Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg (Rotherbaum)

Tel. 44 09 49, Fax 44 90 62

e-mail: bibliothek@aerztekammer-hamburg.de

Internet: www.aekbibl.de

Öffnungszeiten: Montag 10 bis 17 Uhr

Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 16 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Nutzung der Ausleihe und des Lesesaals:

An 248,5 Öffnungstagen wurde die Bibliothek von 6.236 Lesern vor Ort genutzt. Dies entspricht einer Anzahl von 25,1 Lesern vor Ort an jedem Öffnungstag und einem Zuwachs von 9,9% gegenüber dem Vorjahr. 8.584 Medien wurden ausser Haus entliehen (plus 13,8% zu 2002); 7.400 Bücher und Zeitschriftenbände im Lesesaal genutzt (plus 8% zu 2002).

Nutzung der Serviceleistungen:

806 Datenbank-, Internet- und Katalog-Recherchen wurden vor Ort durchgeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 36,6% gegenüber dem Vorjahr, der sich z.T. durch die vermehrte Nutzung des Online-Bibliothekskatalogs erklären lässt. 1.101 Zeitschriftenaufsatzkopien wurden per Post, Fax oder e-mail an Mitglieder der Ärztekammer Hamburg versandt. Dies ist ein Zuwachs von 50,4% gegenüber 2002. 77% der Aufsätze wurden von den Kammermitgliedern direkt bei der BÄV bestellt, 23% der Bestellungen erfolgten im Auftrage der Kammermitglieder durch Bibliotheken in Kliniken u.a. Institutionen. Von den Aufsatzkopien stammten 45% aus dem Bestand der BÄV, 35% wurden für die Leser aus anderen Hamburger Bibliotheken und 20% über die Fernleihe bestellt und an die Kammermitglieder gesandt.

Etat

2003 stand der Bibliothek ein Erwerbungsstat von € 53.500,- zuzüglich € 2.218,31, die aus dem Vorjahr übertragen wurden, für die Beschaffung von Büchern, Zeit-

schriften, CD-ROMs und Loseblattsammlungen, sowie für das Einbinden und Restaurieren des Bestandes zur Verfügung.

Bestand

Im Jahr 2003 hatte die Bibliothek einen Gesamtzugang von 1.631 Medieneinheiten; davon wurden 585 Bände durch Kauf erworben. 1.046 Medieneinheiten erhielt die Bibliothek als Geschenk. Der Wert der Schenkungen liegt bei rund 6.300,- €. 151 Bände wurden aus dem Bestand gelöscht. Hierbei handelte es sich um Zweitexemplare sowie um Lehrbücher, die extreme Spuren intensiver Nutzung aufwiesen. Der Bibliotheksbestand umfasste am Jahresende 121.102 Bände. Die Bibliothek hält 189 Zeitschriftentitel im Abonnement, davon 83 Freiabonnements im Wert von rund 5.000,- €.

Neuerungen

Seit September 2003 ist der Katalog der Bibliothek über die Homepage der Bibliothek recherchierbar. Der Online-Katalog weist bislang alle Zeitschriften, CD-ROMs und Videos, sowie alle Buchtitel ab Erscheinungsjahr 1992 nach. Die Erfassung der älteren Buchtitel ist bislang über die Hälfte fortgeschritten (Buchstaben „A“ bis „Mi“ des alten alphabetischen Zettelkatalogs sind bereits erfasst), und wird weiterhin fortgesetzt.

Bibliotheksausschuss

Der Bibliotheksausschuss der Ärztekammer, von der Kammerversammlung gewählt, hat beratende Funktion und ist das Bindeglied zwischen Kammervorstand und Bibliothek.

Mitglieder des Bibliotheksausschusses:

Dr. Hergo Schmidt (Vorsitzender)

Prof.Dr. Manfred Dallek (Stellvertr. Vorsitzender)

Dr. Klaus-Otto Allmeling

Frau Elisabeth Bach

Prof.Dr. Fritz Balzereit

Dr. Michael Goerig

Dr. Hinrich Sudeck

Frau Dr. Birgit Wulff

Schwerpunktt Themen der drei Sitzungen im letzten Jahr waren u.a. die Planungen zur Einführung einer elektronischen Ausleihverbuchung, Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, Erweiterung der Serviceleistungen und Bestandsaufbau.

Förderverein „Freunde und Förderer der Bibliothek des Ärztlichen Vereins e.V.“, FFB

Der FFB wurde 1998 auf Initiative des Bibliotheksausschusses gegründet und hat sich den Erhalt der wertvollen Bestände zur Aufgabe gemacht. Im Jahr 2003 betragen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie dem Verkauf von Doubletten 4.747,- €. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 209 stark beschädigte Bücher aus dem historischen Altbestand restauriert. Die Ausgaben des FFB beliefen sich insgesamt auf 6.375,65 €.

Kommissionen der Ärztekammer Hamburg

Ethik-Kommission der Ärztekammer Hamburg

Im Jahre 2003 hat die Ethik-Kommission (EK) im monatlichen Rhythmus zwölf Mal getagt. Im Berichtsjahr wurden der EK zur Primärbegutachtung 185 Studien vorgelegt (33 mehr als im Jahr 2002). Bei den Primärbegutachtungen handelt es sich um Studien, die vom in Hamburg ansässigen Versuchsleiter oder in seinem Auftrag von einer Pharma- oder Auftragsfirma übersandt werden. Die Primärbegutachtungen finden in einer regulären Sitzung der EK statt. Bei der Prüfung werden die berechtigten Forschungsinteressen des Arztes berücksichtigt, aber auch das Nutzen-Risiko-Verhältnis für Patienten abgewogen, die an der klinischen Studie teilnehmen. Dabei sind medizinische, juristische und versicherungsrechtliche Aspekte zu beachten. Erst nach Erteilung eines uneingeschränkt positiven Votums durch die Ethik-Kommission darf mit dem Forschungsvorhaben begonnen werden.

Statistisch wurden von Forschern aus dem Universitätskrankenhaus Eppendorf 71 Studien, von Auftragsfirmen 89, aus Krankenhäusern des Landesbetriebes oder Gemeinnützigen Krankenhäusern 20 und von niedergelassenen Ärzten 5 zur Erstberatung übersandt.

Zum Ende des Jahres 2003 waren von den 185 Anfragen 143 erledigt und 42 noch nicht abschließend bearbeitet. Im Berichtsjahr wurden seitens der anfragenden Forscher zwei Studien zurückgezogen; ebenfalls zwei Studien wurden abgebrochen und eine weitere Studie von der EK aus ethischen Gründen nicht mit positivem Votum versehen. Bei einer Anfrage war die Kommission nicht zuständig.

Zusätzlich zu diesen Erstbegutachtungen wurden 326 Multicenterstudien zur Nachbegutachtung übersandt (12 mehr als 2003). Hierbei handelt es sich um Studienvorhaben, die bereits in einem anderen Bundesland von der für den dortigen Versuchsleiter zuständigen Ethik-Kommission geprüft und mit einem positiven Votum versehen wurden. Im Hinblick auf hiesige Gegebenheiten (Qualifikation des Prüfarztes in Hamburg, Wahrung der Rechte und Pflichten der hier einzubeziehenden Patienten) erfolgte hier ein verkürztes Prüfverfahren. Diese Arbeit wird auf der Grundlage der Geschäftsordnung der EK vom Vorsitzenden und der Geschäftsführerin der EK erledigt. Nur in begründeten Einzelfällen findet die Beratung über eine Multicenterstudie in einer Sitzung der EK statt. Im Berichtsjahr war dies einmal der Fall.

Weiterhin hat die Ethik-Kommission 2003 Forscher bei der Durchführung von 87 epidemiologischen Studien beraten.

Wie in den vorhergehenden Jahren wurden von der Geschäftsstelle zahlreiche telefonische sowie persönliche Beratungen von Ärzten durchgeführt, die sich anlässlich der Planung eines Forschungsvorhabens Rat suchend an die EK wandten. Ferner erkundigten sich einige potentielle Studienteilnehmer, denen die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Untersuchung unterbreitet worden war.

Anfragen an die Ethik-Kommission sind gebührenpflichtig. Die Gebühreneinnahmen im Jahr 2003 erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der gestiegenen Bearbeitungszahlen. Zusätzlich werden seit Juni 2003 Gebühren für die Prüfung von Studienprotokolländerungen erhoben.

Der Vorsitzende der EK nahm im Juni und November 2003 an den Tagungen des Arbeitskreises Medizinischer Ethik-Kommissionen in Dierhagen bzw. in Münster teil. Die Tagesordnungen dieser Sitzungen befassten sich im Berichtsjahr neben Fragen zur Versicherung und zur formalen Vereinheitlichung von Ethik-Kommissionen erneut vermehrt mit der Umsetzung der EU-Richtlinien für klinische Forschungsvorhaben in deutsches Recht. Nach der Implementierung dieser Richtlinien in nationales Recht bedarf es zusätzlich der Umsetzung in Landesrecht, so dass es zur Zeit fraglich erscheint, ob die dafür vorgesehenen Fristen in 2004 eingehalten werden können.

Der Ethik-Kommission gehören folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder an:

Prof. Dr.med. Thomas Weber	Vorsitzender	Arzt für Nervenheilkunde
Prof. Dr.med. Frank Ulrich Beil		Internist
Prof. Dr.med. Gritta Janka-Schaub		Kinderärztin
Priv.-Doz. Dr.med. Thomas Klöss		Anästhesist
Prof. Dr.med. Jochen Kußmann		Chirurg
Prof. Dr.med. Ingrid Moll		Hautärztin
Prof. Dr.med. Rainer H. Böger		Pharmakologe
Dr. med. Elke Kaminsky		Medizin. Humangenetik
Dipl.-Ing. Carola Selke		Medizintechnikerin
Stellvertreter: Prof. Dr.Ing. Eberhard Appel		Medizintechniker
Dr. jur. Jürgen Daniels		Jurist
Stellvertreter: Dr.jur. Joachim Dreyer		Jurist
Prof. Dr.jur. Michael Köhler		Jurist
Prof.Dr.rer.nat. Regine Kollek		Geistes-/Sozialwissenschaftl.
Herma Purwin		Krankenschwester i.R.
Christian Judith		Bürgervertreter
Ingrid Körner		Bürgervertreterin
Elisabeth Zehn (Juni-Dezember 2003)		Pflegedirektorin

Weiterhin gehören der Ethik-Kommission seit dem 01.04.2001 folgende Ärzte als stellvertretende Mitglieder an:

Prof. Dr. med. Hanswerner Bause	Anästhesist
---------------------------------	-------------

Prof. Dr. med. Walter Fiedler	Internist
Prof. Dr. med. Bernd Hüneke	Gynäkologe
Prof. Dr. med. Almuth Pforte	Internistin
Prof. Dr. med. Ulrich Schwedes	Internist

Die Stellvertreterfunktion für die hauptamtlichen ärztlichen Mitglieder wird nicht personen-bezogen ausgeübt, sondern erfolgt nach einer internen Regelung der Ethik-Kommission bei Bedarf.

Zudem wurden aufgrund der geltenden Strahlenschutzverordnung vom Juli 2001 und der revidierten Röntgenverordnung vom 01.07.2002 zwei Strahlenschutzsachverständige berufen.

Diese sind:

Prof. Dr. med. Hans-Peter Heilmann

Dr. med. Otto Pohlenz

Kommission Reproduktionsmedizin

Die Kommission Reproduktionsmedizin (KRM) hat im Berichtsjahr insgesamt 117 Anträge (8 mehr als 2002) auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß den „Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion“ bearbeitet. Von den 117 der KRM vorgelegten Anträge wurden 29 gestellt zur Durchführung einer künstlichen Befruchtung mit Spendersamen (bei Ehepaaren) und 88 für nicht verheiratete Paare oder bei Paaren vor der geplanten Eheschließung. Bei 34 dieser 88 Anträge für nicht verheiratete Paare sollte aus medizinischen Gründen die Intrazytoplasmatische Spermatozoeninjektion (ICSI) zur Anwendung kommen. Bei 2 der 117 Anträgen wurde dem Antragsteller geraten, von der beantragten Maßnahme abzusehen, weil ein Partner eines Paares noch nicht rechtskräftig geschieden war.

Der KRM gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr.med. W. Braendle (Vorsitzender)	Frauenklinik UKE
Prof. Dr.med. M. Carstensen	Albertinen-Krankenhaus
Dr. med. E. Finsterwalder	niedergel. Gynäkologe
Gabriela Luth	Justitiarin der Ärztekammer Hamburg
Helga Hinzmann, Geschäftsführung	Ärztekammer Hamburg

Kommission Lebendspende

Im Berichtjahr waren von „Kommission Lebendspende“ (KL) 37 Anträge zu bearbeiten. Aufgabe der KL ist es, zu prüfen, ob davon ausgegangen werden kann, dass keine begründeten tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand verbotenen Handelstreibens nach § 17 Transplantationsgesetz ist.

Von den 37 Anträgen betrafen 9 Anträge eine geplante Nieren-Lebendspende und 28 eine geplante Splitleber-Lebendspende. Bei dem jüngsten Organempfänger handelte es sich um einen 3 Monate alten Säugling, der älteste Organempfänger war 58 Jahre alt. 23 Patienten waren Deutsche oder dauerhaft in Deutschland lebend, 14 kamen aus dem Ausland zur Transplantation nach Hamburg.

Im Einzelnen spendeten:

12 x ein Elternteil für ein Kind

4 x ein erwachsenes Kind für Vater oder Mutter

4 x ein Geschwister für ein Geschwister

4 x Ehefrau für Ehemann

3 x Neffe für Onkel oder Tante

2 x Schwiegervater für Schwiegersohn

2 x Schwägerin für Schwager

1 x Ehemann für Ehefrau

1 x geschiedene Ehefrau für geschiedenen Ehemann

1 x Cousin für Cousin

Zusätzlich zu den genannten 37 Anträgen befasste sich die KL mit drei weiteren, die nicht in die obige Statistik eingingen, weil sie nicht in der üblichen Weise zum Abschluss kamen: 2 Anträge wurden seitens des Transplantationszentrum im Laufe der Bearbeitung zurück gezogen, weil der potentielle Organspender sich aus medizinischen Gründen als ungeeignet erwies. Eine weitere geplante Splitleber-Transplantation konnte nicht erfolgen, weil die kleine Patientin Antikörper gegen ihren Organspender entwickelte.

Die Anträge auf Durchführung einer Leberlebendspende bedürfen auf Grund des kritischen Gesundheitszustandes des Patienten/ der Patientin einer unverzüglichen Bearbeitung, was ein hohes Engagement der Kommissionsmitglieder und der Geschäftsführerin der KL erfordert. Für Eilfälle, d.h. im Falle einer aus medizinischer Indikation unverzüglich notwendig werdenden lebensrettenden Transplantation (bei fehlendem Organangebot über Eurotransplant) muss die KL jederzeit zur Prüfung und Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Eilanträge wurden innerhalb 24 Stunden oder kürzer erledigt, ansonsten betrug der Bearbeitungszeitraum bei Leberspenden im Mittel 3 Tage, bei Nierenspenden im Mittel 8 Tage.

Der Kommission Lebendspende gehören folgende Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder an:

Gruppe der Ärzte		
Mitglied: Prof. Dr. F. Riedel Altonaer Kinderkrankenhaus	1. Stellvertreter Prof. Dr. G. Neumann Marienkrankenhaus	2. Stellvertreter Prof. Dr. A. Raedler Asklepios Westklinikum Hamburg
Gruppe der Juristen:		
Mitglied: Gabriela Luth Justitiarin der Ärztekammer Hamburg	1. Stellvertreter* Sven Hennings Rechtsanwalt, Justitiar der Zahnärztekammer Hamburg	2. Stellvertreter Nina Rutschmann Rechtsreferentin der Ärztekammer Hamburg
*Zum 30. Juni 2001 schied aus der Gruppe der Juristen der niedergelassene Rechtsanwalt Dr. H. Bonvie aus persönlichen Gründen aus der KL aus.		
Gruppe der Psychologen		
Mitglied Dr. med. Birgitta Rütth-Behr Ärztin für psychotherapeutische Medizin	1. Stellvertreter Dr. med. Ingrid Andresen-Dannhauer Ärztin für psychotherapeutische Medizin	2. Stellvertreter Dr. med. Dörte Niemeyer Ärztin für psychotherapeutische Medizin
	3. Stellvertreter Hans-Peter Krüger, Arzt für Psychotherapeutische Medizin	4. Stellvertreter Dr. med. Heinrich H. Fried Arzt für Psychotherapeutische Medizin
Geschäftsführung: Helga Hinzmann		

Ausschüsse und Arbeitskreise

Ausschuss „Ärztinnen“

Der Ausschuss „Ärztinnen“ hat sich im Berichtsjahr zu einer, der konstituierenden Sitzung, zusammengefunden.

Im Rahmen dieser Sitzung ist der Ausschuss übereingekommen, die Wiederaufnahme des im Jahre 1995 veranstalteten Wiedereingliederungskurses für Ärztinnen und Ärzte zu planen. Ferner hat der Ausschuss, wie auch in den vergangenen Jahren, die Ergebnisse des Deutschen Ärztetages, hier insbesondere den Beschluss zur Kinderbetreuung von ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und den Stand der Musterweiterbildungsordnung mit großem Interesse diskutiert und verfolgt.

Sehr eingehend hat sich sowohl der Ausschuss als auch die Ständige Konferenz des Ausschusses „Ärztinnen“ der Bundesärztekammer mit der Thematik zur Änderung des § 32 Abs.1 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte im Hinblick auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Ärztinnen befasst.

Mit den folgenden Themen wird sich der Ausschuss in dieser Legislaturperiode befassen: Neue Weiterbildungsordnung „Innere Medizin und Allgemeinmedizin“. Welche Bedeutung hat diese Neuerung für Ärztinnen; Planung / Durchführung einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Gewalt dokumentieren“; Kinderbetreuungszeiten des Versorgungswerkes

Mitglieder des Ausschusses:

Frau Dr. Koßmann (Vorsitzende)

Frau Dr. Schmidt (stellvertretende Vorsitzende)

Frau Dr. Ambor

Frau Dr. Ansay

Frau Dr. Heuchert

Frau Dr. Huggett

Frau Dr. Recker

Frau Sybille Schulz

Frau Dr. Sechtem

Frau Dr. Schroth der Zweite

Frau Wedekind

Ständige Gäste:

Frau Chudziak (Behörde für Soziales und Familie –Referat Gleichstellung)

Frau Dr. Fehling

Ausschuss „Zusammenarbeit von Ärzten mit Selbsthilfegruppen“

Der Ausschuss ist im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen zusammengekommen. Seit 1991 führt der Ausschuss der Ärztekammer Hamburg für die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Selbsthilfegruppen Selbsthilfe-Foren in enger Kooperation mit KISS, der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen, durch. Das 10. Selbsthilfe-Forum im September 2003 hatte das Thema „Kooperation zwischen Selbsthilfegruppen und Krankenhäusern“. Die Kooperationsmodelle, die sich vorstellten, wurden aus dem Kreis KISS/Ärztekammer exemplarisch/beispielhaft ausgewählt. Über 40 Mediziner und knapp 200 Patienten waren zu der Veranstaltung gekommen. Beim 10. Selbsthilfe-Forum von Ärztekammer und KISS ging es um hervorragende Beispiele für Kooperationen zwischen Krankenhäusern und Selbsthilfegruppen, aber auch um die Angst der engagierten Patienten, dass ihnen in Zeiten knapper Kassen Aufgaben aufgedrängt werden, für die es eigentlich Personal geben sollte. LBK-Vorsitzender Prof. Heinz Lohmann brachte dort zum Ausdruck, dass es in jedem Krankenhaus in allen relevanten Abteilungen einen Ansprechpartner für Selbsthilfegruppen geben sollte und möchte regelmäßige Veranstaltungen der Selbsthilfegruppen in den Kliniken durchführen. Frau Astrid Estorff-Klee, ehemalige Projektleiterin von KISS, erinnert auf dem Forum daran, wie mühselig der Anfang war, als sie vor 20 Jahren um Begeisterung für Selbsthilfe warb. Doch auch heute gebe es noch Defizite, so ihr Fazit. In der Diskussion mit dem Publikum wünschten sich viele der aktiven Patienten noch mehr Mitstreiter.

Die Mitglieder des Ausschusses im Berichtsjahr waren:

Prof. Dr. Dr. Alf Trojan (1. Vorsitzender)

Dr. Martin Dirksen-Fischer (2. Vorsitzender)

Dr. Ingrid Andresen-Dannhauer

Dr. Angelika Heege

Ulrike Steurer

Dr. Dietmar Lorenz

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff

Dr. Ulrich Müllerleile

Dr. Fritz Reinecke

Dr. Jens Bruder

Dr. Volker Scotland

Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode

Dr. Stefan Hentschel

Günther v. Dyk

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff

Ausschuss Qualitätssicherung

In mehreren Sitzungen des Ausschusses wurde intensiv über mögliche thematische Schwerpunkte beraten und es kamen zunächst die Themen der Patientenbefragung als Instrument der Qualitätssicherung, Kommunikationsverbesserung unter dem Aspekt sektorübergreifender Versorgung („Patientenpass“) und Qualitätssicherung in der ärztlichen Weiterbildung in die engere Wahl. Ausgehend von Einzelreferaten wurden in der weiteren Ausschussarbeit besonders die Projekte zum Patientenpass und zur Qualitätssicherung in der Weiterbildung behandelt. Das Thema der Qualitätssicherung in der ärztlichen Weiterbildung wurde im Weiterbildungsausschuss der Ärztekammer beraten, so dass hier eine Verbindung der Gremien hergestellt ist. Ziel ist es, die Situation von Weiterbildern und Weiterzubildenden zu erfassen und Hilfestellung zu einer besseren Bewertung zu leisten. Andererseits soll der Blick gelenkt werden auf die mit der neuen Weiterbildungsordnung festgelegte zumindest jährliche Dokumentationsverpflichtung zur Weiterbildung. Um zur Gestaltung einer Befragung von Weiterzubildenden und Weiterbildungsberechtigten erste Hinweise über die derzeitige Situation der Weiterzubildenden zu erhalten, wurde in einer separaten Arbeitsgruppe des Ausschusses ein Fragebogen entwickelt, der zunächst auf einer Sonderveranstaltung, die sich an Ärzte im Praktikum richtet, verteilt und im Anschluss ausgewertet wurde. Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen und es besteht die Absicht, die Befragung im nächsten Jahr mit einer weiterentwickelten Version des Fragebogens zu wiederholen.

Im Bereich der externen Qualitätssicherung wurden die hamburgspezifischen Projekte für das Jahr 2003 fortgesetzt. Das Lenkungsgremium der externen Qualitätssicherung hat beschlossen, im Jahr 2004 die Teilnehmerzahlen der einzelnen Krankenhäuser an die Geschäftsstelle der EQS zu veröffentlichen, um dadurch einen besonderen Ansporn zur Ablieferung möglichst vollständiger Datensätze zu liefern.

Qualitätssicherung Mammographie

Das Kleingruppentraining in der Mammographie wurde auch im Jahr 2003 von Herrn Dr. Lammers weiter fortgesetzt und es fanden dazu insgesamt 46 Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmern statt. Diese Veranstaltungen sind mittlerweile fester Bestandteil der fortlaufenden Bemühungen um die Qualitätssicherung in der Mammographie in Hamburg.

Curriculum Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen

Die Ärztekammer führte in Zusammenarbeit mit der HKG und in Kooperation mit der Ärztekammer Bremen auch in diesem Jahr weiterhin erfolgreich Kurse zum Curriculum Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen, das angelehnt ist an die Anforderungen des Curriculums der Bundesärztekammer, durch. Die ärztlichen Teilnehmer hatten in dem Kurs überdies Gelegenheit, eine EFQM-Qualifizierung und unabhängig davon die Fachkunde Ärztliches Qualitätsmanagement als Zusatzbezeichnung zu erwerben.

Arbeitskreis Suchtpolitik

Der Arbeitskreis Suchtpolitik traf sich zu einer konstituierenden Sitzung am 4. Juni und zu drei weiteren Sitzungen im Berichtsjahr. Der Arbeitskreis beschäftigt sich in enger Anbindung an den Vorstand mit drogenpolitischen Fragen und berät diesen. In der ersten Sitzung ging es unter anderem um die geplante Schließung des Fixsterns im Schanzenviertel. Der Arbeitskreis unterstützte den Vorstand der Ärztekammer in seiner bereits auch öffentlich geäußerten kritischen Stellungnahme zu der geplanten Schließung, die im Jahresverlauf dennoch vollzogen wurde.

Darüber hinaus ging es dem Arbeitskreis zunächst um die allgemeine Beschreibung der sucht- und drogenpolitischen Situation in Hamburg im Sinne einer Standortbestimmung bei legalen wie illegalen Drogen. Dazu wurde zunächst das Thema Alkoholabhängigkeit behandelt und darüber hinaus eine Bestandsaufnahme der verschiedenen ambulanten, stationären und teilstationären Hamburger Reha-Einrichtungen auf dem Drogensektor vorgenommen. Darüber hinaus ging es schwerpunktmäßig um die Glückspielsucht.

Die Mitglieder des Arbeitskreises:

Dr. Klaus Behrendt (Vorsitzender)

Dr. Uwe Verthein (stellvertretender Vorsitzender)

Dipl.-Psych. Ulrich Bloemeke

Dr. Patrick Grzybek

Dr. Rüdiger Holzbach

Michael Klemperer

Werner Pietsch

Priv.-Doz. Dr. Dirk Schwoon

Dr. Ingeborg Schlömer

Hermann Schlömer

Dr. Robert Stracke

Arbeitskreis Häusliche Gewalt

Auf Initiative von Frau Dr. Seifert von der Rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle für Opfer von Gewalt im Rechtsmedizinischen Institut des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) beschloss der Vorstand der Ärztekammer Hamburg im Juni dieses Jahres, einen Arbeitskreises Häusliche Gewalt einzurichten. Ziele sind in erster Linie eine bessere Vernetzung der vorhandenen Hilfsangebote für Opfer von Gewalt sowie vermehrte Fortbildungsaktivitäten von Ärztinnen und Ärzte auf diesem Gebiet. Der Arbeitskreis nahm seine Tätigkeit mit einer konstituierenden Sitzung am 15. Oktober auf.

Die Mitglieder des Arbeitskreises:

Dr. Dragana Seifert (Vorsitzende)

Dr. Michael Zinke (stellvertretender Vorsitzender)

Dr. Brigitte Eschler

Marcus Goofers

Dr. Kerstin Graubner

Dr. Axel Heinemann

Dr. Charlotte Köttgen

Dr. Andreas Krüger

Isabel Said

Christoph Lucks (stellvertretendes Mitglied)

Ausschuss DRG's im Krankenhaus und ihre Folgen in Klinik und Praxis

Der Ausschuss DRG hat im Jahr 2003 fünf Mal getagt. In der konstituierenden Sitzung wurden nach intensiver Beratung folgende allgemeine Arbeitsschwerpunkte für die erste Phase der Ausschussarbeit festgelegt:

1. Folgekosten nach Krankenhausaufenthalten
2. Möglichkeiten der Integration von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten
3. Überblick über die Umsetzung des Optionsmodells
4. Schnittstelle Krankenhaus / Ambulante Versorgung
5. Konzepte zur „Integrierten Versorgung“

Bei der Bearbeitung dieser Themen zeigte sich sehr rasch, dass es aufgrund der aktuellen Situation nötig erschien, sich intensiver mit dem Punkt „Integrierte Versorgung“ zu befassen. Dieses führte dazu, dass in der juristischen Abteilung der Ärztekammer eine Projektstelle „Integrierte Versorgung“ eingerichtet wurde, die Ärzte bei der Durchführung von Projekten auf berufsrechtlicher Ebene berät. Dem Ausschuss wurde durch den Vorstand zudem die Aufgabe zugewiesen, anfragende Ärzte/Einrichtungen bei darüber hinausgehenden Problemen aus diesem Themenkreis zu beraten.

Durch die Bearbeitung der oben genannten Themen wurde deutlich, dass sich die weitere Ausschussarbeit auf folgende Themen konzentrieren musste:

1. Umsetzung des DRG-Splittings
2. Neue Entwicklungen aus dem Bereich „Integrierte Versorgung“
3. Ambulantes Operieren

Um die Grundlage für eine intensive Bearbeitung dieser Themen zu schaffen, wurde vom Vorsitzenden, Herrn van Dyk, ein ausschussinternes vertiefendes Seminar zum Thema DRG durchgeführt. Für das Jahr 2004 ist geplant, im Ausschuss eine Seminarreihe zum Thema „Integrierte Versorgung“ vorzunehmen.

Im Ausschuss vertreten:

Günther van Dyk (1. Vorsitzender)

Dr. Eckhard von Bock und Polach (2. Vorsitzender)

Dr. Utz Garbe

Dr. Hans Victor Grüber

Dr. Dirk Heinrich

Kai Jensen

Volker Lambert

Prof. Christoph Lindner

Dr. Frank Ulrich Montgomery

Dr. Ulrich Müllerleile

Klaus Schäfer

Dr. Wolfgang Wesiack

Kai Zbieranek

Beitragsprüfungsausschuss

Der Beitragsprüfungsausschuss, der über Anträge auf Beitragsnachlass, Beitragsbefreiung, Stundung und Ratenzahlung des Ärztekammerbeitrages 2003 zu entscheiden hat, trat im Berichtsjahr zu einer Sitzung zusammen. In der Sitzung wurde über insgesamt 11 Anträge auf Nachlass, Befreiung oder Stundung des Beitrages beraten und entschieden. 6 Anträge mussten ablehnend beschieden werden. 5 Anträge hatten einen Teilerfolg. Die niedrige Zahl von Anträgen kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die Beitragsordnung nicht nur insgesamt, sondern auch im Einzelfall als gerecht angesehen und akzeptiert wird.

Diesem Ausschuss der Ärztekammer gehören folgende Mitglieder an:

Dr.med.Regina Buhl

Dr.med. Peter Calais

Dr.med. Adib Harb

Dr.med. Johann von Preyss

Dr.med.Wolfgang Wesiack

Ausschuss Arbeitsmedizin

Nach achtjähriger Unterbrechung wurde der Ausschuss Arbeitsmedizin in dieser Legislaturperiode wieder neu ins Leben gerufen. Der Ausschuss traf sich am 09.05.2003 zur konstituierenden Sitzung und danach noch drei weitere Male. Er berät die Ärztekammer bei arbeitsmedizinischen Fragen.

Da in der Ärzteschaft häufig ein unvollständiges Bild über die Aufgaben der Arbeitsmediziner besteht, will der Ausschuss künftig über das Berufsbild des Betriebsarztes informieren. Es ist beabsichtigt, im Hamburger Ärzteblatt über wichtige praxisrelevante arbeitsmedizinische Themen zu berichten. Weiterhin sind für das zweite Halbjahr 2004 vier Betriebsbegehungen geplant, die auch als Fortbildungsveranstaltungen akkreditiert werden sollen.

Außerdem sind Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen vorgesehen. Im Gegensatz zu anderen Fachrichtungen unterliegt die Berufsgruppe der Arbeits- und Betriebsmediziner zum einen der fachlichen Kontrolle des Staatlichen Gewerbearztes, zum anderen berufsgenossenschaftlichen Richtlinien. Auf Grund gesetzlicher Liberalisierungen ist der bisherige Qualitätsstandard gefährdet. Es ist deshalb ein besonderes Anliegen des Ausschusses sich für die Qualitätssicherung in der Arbeitsmedizin einzusetzen. Dazu sollten nach Ansicht des Ausschusses Qualitätszirkel eingerichtet werden, in denen Fragen zur aktuellen Tätigkeit reflektiert werden. Weiterhin hat der Ausschuss „Arbeitsmedizin“ zusammen mit der Fachbeisitzerkonferenz darauf hingewiesen, dass die Selbstweiterbildung, die bisher in der Weiterbildung für die Zusatzbezeichnung „Betriebsmedizin“ möglich war, nicht den erforderlichen Qualitätskriterien entspricht. Deshalb wurde dem Vorstand der Ärztekammer empfohlen, den entsprechenden Passus in der Weiterbildungsordnung zu streichen.

Mitglieder dieses Ausschusses sind:

Dr. Ulrich Rogall (Vorsitzender)

Dr. Gerd Bandomer (stellv. Vorsitzender)

Prof. Xaver Baur

Dr. Martin Dirksen-Fischer (bis zum 08.12.2003)

Dr. Oda Hausmann

Dr. Michael Peschke

Dr. Jens Petersen

Dr. Helmut Wallrabenstein

Dr. Ursula Weinssen

Fachgremium Hämotherapie Richtlinien

Am 07.07.1998 ist die novellierte Fassung des Transfusionsgesetzes in Kraft getreten. Zur Umsetzung dieses Gesetzes hat die Bundesärztekammer am 07.07.2000 die "Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie)" verabschiedet. Entsprechend dieser Richtlinien ist von jeder betroffenen Einrichtung ein Qualitätsbeauftragter zu benennen. Dieser Qualitätsbeauftragte hat der zuständigen Landesärztekammer jährlich nachzuweisen, dass seine Einrichtung über ein valides Qualitätssicherungssystem verfügt und dieses System bei der Anwendung von Blutprodukten den Vorgaben der Bundesärztekammer entspricht.

Zur Umsetzung der Hämotherapie Richtlinien im Kammerbereich hat der Vorstand der Ärztekammer Hamburg in seiner 911. Vorstandssitzung am 14.05.2001 beschlossen, einen Arbeitskreis Hämotherapie Richtlinien einzurichten. Diesem Arbeitskreis wurde die Aufgabe übertragen, ein Konzept zur Umsetzung des Transfusionsgesetzes und der Hämotherapie Richtlinien in Anlehnung an die Vorgaben der Bundesärztekammer für den Kammerbereich zu erarbeiten. Dieses ist für das Jahr 2001 geschehen.

Der Vorstand der Ärztekammer Hamburg hat daher in seiner 921. Vorstandssitzung am 18.03.2002 beschlossen, den Arbeitskreis zu Gunsten eines Fachgremiums Hämotherapie Richtlinien aufzulösen. Aufgabe dieses Gremiums war es, das bestehende Konzept bezüglich der Hämotherapie Richtlinien für den Kammerbereich weiter zu entwickeln und als kompetenter Diskussionspartner für die von den Richtlinien betroffenen Ärzte zu fungieren. Dieses Angebot wurde in 2003 von vielen Kammermitgliedern wahrgenommen.

Ferner wird seit 2003 von der Ärztekammer Hamburg die Qualifikation „Transfusionverantwortlicher“ zertifiziert.

Für das Jahr 2003 hat das Fachgremium dem Vorstand der Ärztekammer Hamburg folgendes Vorgehen bezüglich der Umsetzung der Hämotherapie Richtlinien vorgeschlagen:

- (1) Jede der betroffenen Einrichtungen wird aufgefordert, die aktuelle Version 2003 der Selbstverpflichtungserklärung bis spätestens 31.12.2003 zu übersenden.
- (2) Jede der betroffenen Einrichtungen wird aufgefordert den aktuellen Dokumentationsbogen zum Internen Audit Version 2003 mit Termin 31.12.2003 abzugeben. Hierbei handelt es sich um einen nicht-anonymen Dokumentationsbogen zum Internen Audit, der für den Hamburger Kammerbereich vom Fachgremium in Anlehnung an den Bogen der Ärztekammer Westfalen-Lippe erarbeitet wurde.
- (3) Jede der betroffenen Einrichtungen wird gebeten, ihren Meldebogen an das Paul-Ehrlich-Institut bezüglich des Verbrauchs von Blutprodukten in Kopie zu übersenden.
- (4) Jede der betroffenen Einrichtungen soll weiterhin ein internes Audit gemäß den Vorgaben der Bundesärztekammer durchführen.

Dieser Vorschlag wurde vom Vorstand der Kammer verabschiedet. Ob weitere Maßnahmen zur Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben bezüglich des Transfusionsgesetzes nötig sein werden, wird im Jahr 2004 beraten.

Ferner ist geplant, im Kammerbereich für das Jahr 2004 in einem Pilotprojekt einen Kurs zur Erlangung der Qualifikation „Qualitätsbeauftragter im Transfusionswesen“ in Anlehnung an die Richtlinien zur Hämotherapie der Bundesärztekammer anzubieten.

Mitglieder des Fachgremiums:

Herr Prof. Dr. med. A. Poschmann (Vorsitzender)

Herr Prof. Dr. med. P. Kühnl (stellvertretender Vorsitzender)

Frau Dr. med. A. Koßmann

Frau Dr. med. F. Raberg

Herr Dr. med. K. Becker

Herr Dr. med. S. Drescher

Herr Dr. med. Hannemann-Pohl

Für die Ärztekammer:

Herr Dr. med. K. Beelmann

Frau Dr. rer. nat. S. Schrum

Ausschuss Umweltmedizin

Im Verlauf des Berichtsjahres trat der Ausschuss zu insgesamt drei Sitzungen zusammen. Der Ausschuss Umweltmedizin wählte auf der konstituierenden Sitzung am 09.04.2003 Herrn Fabig zum Ausschussvorsitzenden. Zu seinem Stellvertreter wurde Herr Dr. zum Winkel gewählt. Gleichzeitig wurden neue Mitglieder in den Ausschuss aufgenommen. In dieser Sitzung wurde eine neue Geschäftsordnung für den Ausschuss Umweltmedizin beschlossen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umweltmedizin nahm an dem 2. Fachdialog „MCS“ am 20. Mai 2003 in Wien teil und hielt einen Vortrag zum Thema „Symptome und Zusammenhänge von MCS am Arbeitsplatz“.

Der Ausschuss befasste sich u. a. mit dem Thema „Schimmelpilz in Wohngebäuden“. An der gemeinsamen Fachtagung „Gesund Wohnen – Feuchtigkeit und Schimmelbildung in Gebäuden“, die am 11.11.2003 in Hamburg stattfand und vom Regionalverband Umweltberatung Nord e.V. organisiert wurde, nahmen drei Mitglieder des Ausschusses teil. Die Ärztekammer Hamburg war u. a. als Mitveranstalter beteiligt.

Der Ausschussvorsitzende nahm an der „Ständigen Konferenz Gesundheit und Umwelt“ am 10.12.2003 in Hannover teil.

Für den 17.04.2004 wurde eine Sonderveranstaltung zum Thema „Elektrosmog“ geplant.

Die Mitglieder des Ausschusses:

Karl-Rainer Fabig (Vorsitz)

Dr. Gerd Bandomer

Dr. Gabriele Buck-Görges

Dr. Thomas Fenner

Dr. Eckbert Finsterwalder

Dr. Annette Gäßler

Helga Heidbüchel-Braatz

Dr. Sabine Müller-Bagehl

Dr. Norbert Neuburger

Andreas Respondek

Dr. Ulrich Rogall

Prof. Dr. Achim Schmoldt

Dr. Thomas Schultek

Günther van Dyk

Michel Walz

Dr. Albrecht zum Winkel

Schlichtungsausschuss

Die Rechtsgrundlagen für die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens sind in den §§ 31,32 des Hamburgischen Ärztegesetzes geregelt. An den Sitzungen des Ausschusses nimmt die Justitiarin der Ärztekammer teil, um im Schlichtungsverfahren jederzeit ihren rechtlichen Rat einbringen zu können.

Im Berichtsjahr wurden zwei Anträge auf Durchführung eines Schlichtungsverfahrens gestellt. In einem Fall wurde kein Einverständnis zur Durchführung erteilt, in dem anderen Fall wurde der Antrag zurückgenommen. Bei einem aus dem Jahr 2002 eingeleiteten Schlichtungsverfahren kam es im Berichtsjahr zu einem Schlichtungsgespräch, in dem sich die Parteien auf der Basis des Schlichtungsvorschlages des Schlichtungsausschusses verglichen haben.

Die Mitglieder des Ausschusses im Berichtsjahr waren:

Dr. med. Hans-Jürgen Bohnhoff (Vorsitz)

Dr. med. Adib Harb

Dr. med. Bruno Schmolke

Frau Dr. med. Antje Haag (stellv. Beisitzer)

Dr. med. Holger Jens Gellermann (stellv. Beisitzer)

Dr. med. Hinrich Sudeck

Vertreter der Ärztekammer in Gremien der Bundesärztekammer

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode war es Aufgabe des Vorstandes, die Hamburger Vertreter in den verschiedenen Ständigen Konferenzen der Bundesärztekammer neu zu benennen. Die derzeitige Besetzung mit Hamburger Vertretern ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin	Dr. Klaus-Otto Allmeling
Deutsche Akademie der Gebietsärzte	Dr. Hanno Scherf
Deutscher Senat für ärztliche Fortbildung	Dr. Hanno Scherf
Finanzkommission der Bundesärztekammer	Dr. Bruno Schmolke Dr. Adib Harb Dipl.-Vw. Donald Horn
Ständige Konferenz "Arbeitsmedizin"	Dr. Ulrich Rogall
Ständige Konferenz „Ärztinnen“	Dr. Angelika Koßmann
Ständige Konferenz „Ärztliche Versorgungswerke und Fürsorge“	Dr. Torsten Hemker Dr. Eberhard Schulze
Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“	Dr. Bruno Schmolke Dr. Dirk Heinrich PD Dr. Klaus-Heinrich Damm
Ständige Konferenz „Zur Beratung der Berufsordnung für die deutschen Ärzte“	PD Dr. Klaus-Heinrich Damm Ass. Gabriela Luth
Ständige Konferenz „Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern“	PD Dr. Klaus-Heinrich Damm
Ständige Konferenz „Gesundheit und Umwelt“	Karl-Rainer Fabig
Ständige Konferenz „Gutachterkommissionen / Schlichtungsstellen“	Dr. Jasper Kiehn
Ständige Konferenz „Krankenhaus“	Prof. Dr. Christoph Lindner
Ständige Konferenz „Medizinische Fachberufe“	Dr. Hartmut Horst
Ständige Konferenz „Öffentlichkeitsarbeit“	Dorthe Kieckbusch
Ständige Konferenz „Qualitätssicherung“	Prof. Dr. Martin Carstensen
Ständige Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern	Ass. Gabriela Luth

Liste der Fachbeisitzer / Prüfer 2003

Vorsitzende

Dr. Karlheinz Adam
 Dr. Klaus Beelmann
 Prof. Jochen Bockemühl
 Dr. Peter Brümmer
 Dr. Ernst Bücken
 PD Dr.K.-H. Damm
 Dr. Heinrich Erdmann
 Dr. Jürgen Furtwängler
 Prof. Dr. Hoppe-Seyler
 Dr. Rolf-Dietrich Jänz
 Dr. Gerd Kruse
 Dr. Anatol Kurme
 Prof. Volker Lehmann
 Prof. Hartmut Liebau
 Dr. Volker Müller
 Prof. Gerd Neumann
 Prof. Dr. Georg Neumann
 Dr. Gerhard Schade
 Dr. Winfried Schulz
 Dr. Hartmut Seidel
 PD Dr. Walter Sietzen
 Dr. Peter Sievers
 Prof. Volker Sill
 Prof. Lothar Swoboda
 Dr. Reinhart Zschaber

Allgemeinmedizin

Dr. Hans-Ulrich Comberg
 Dr. Wolfgang Ewert
 Dr. Günther Hermann Klötzl
 Dr. Barbara Kohlmorgen
 Dr. Hans-Michael Köllner
 Dr. Dietrich Lau
 Dr. Ursula Linn
 Dr. Karl-Christian Münter
 Dr. Frank Neldner
 Dr. Detlef Niemann
 Dr. Heimo Runge-Maulwurf
 Dr. Wolfgang Schmidt
 Dr. Kurt Schröder
 Dr. Gerhard Schulze
 Dr. Ralph-Martin Schwerdt
 Dr. Frank Stüven
 Herr Heinrich Többen
 Dr. Gerhard Weth

Anästhesiologie

Prof. Dr. Hanswerner Bause, AK
 Altona
 Heinz-Hugo Berkel, Bundeswehr-
 krankenhaushaus
 Dr. Cord Busse, AK St. Georg
 Prof. Dr. Wolfgang Chr. Heß, AK St.
 Georg
 Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehr-
 krankenhaushaus
 Dr. Nimal Jayaweera, AK Wandsbek

PD Dr. Thomas Kloess, AK Harburg

Dr. Dörte Kühnle-Schneider-Affeld,
niedergelassen

Doris Leist, AK Wandsbek

Dr. Gerd Melichar, AK Wandsbek

Dr. Hans-Richard Paschen, Evang.
Amalie-Sieveking-Krhs.

PD Dr. Jörg Rathgeber, Alberti-
nenkrankenhaus

Prof. Norbert Rolf, Marienkranken-
haus

Dr. Peter-Michael Schilke, Asklepios
Westklinikum

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Anästhesiologische Intensivmedizin

Prof. Dr. Hanswerner Bause, AK
Altona

Dr. Cord Busse, AK St. Georg

Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehr-
krankenhaus

PD Dr. Thomas Kloess, AK Harburg

Dr. Gerd Melichar, AK Wandsbek

Dr. Hans-Richard Paschen, Ev. A-
malie-Sieveking-Krhs

PD Dr. Jörg Rathgeber, Alberti-
nenkrankenhaus

Prof. Norbert Rolf, Marienkranken-
haus

Dr. Jürgen Schliewe, AK Wandsbek

Michael Seibel, Ev. Amalie-
Sieveking-Krhs.

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Un-
fallkrhs.

Anatomie

PD Dr. Dietrich Lorke, UKE

Prof. Dr. Ulrich Mangold, UKE

Prof. Dr. Cornelia Schulze, UKE

Prof. Dr. Udo Schumacher, UKE

Arbeitsmedizin (gleichzeitig Prüfer für Betriebsmedizin)

Prof. Xaver Baur, Zentra-
linst.f.Arbeitsmedizin

Dr. Martina Bergann, DaimlerChry-
sler

Dr. Hasso von Boehmer

Dr. Mathias Feindt, Hanni-Körper,
Bergedorf

Dr. Hans-Henning Fries, BP

Dr. Heidrun Hartmann, IAS

Prof. Bernd Hartmann, BauBG Ham-
burg

Dr. Birgit Krähe, Beiersdorf

Dr. Ulrich Meldau,
Hbg.Elektricit.Werke

Dr. Bernd Paulmann, Siemens

Dr. Wolfgang Paulsen, Exxonmobil
Central Europe

Dr. Michael Peschke, Senatsamt
f.d.Verwalt.D.

Dr. Volker Pruszkowski, Be-
rufsg.Arbeitsmed. D.

Dr. Ulrich Rogall, niedergelassen

Dr. Thomas Schultek, Norddeutsche
Affinerie

Dr. Helmut Wallrabenstein, Berufs-
förderungswerk

Dr. Ursula Weinszen, Amt f. Arbeits-
schutz

Dr. Peter Wrogemann, Deutsche
Bahn AG

Augenheilkunde

Dr. Gudrun Bischoff, niedergelassen

Prof. Matthias Böhnke, niedergelassen

Prof. Dr.Dr. Dietrich von Domarus,
AK Barmbek

PD Dr. Kay-Uwe Hamann, niedergelassen

Dr. Udo Heuer, niedergelassen

Dr. Jörg-Dieter Hillemann, niedergelassen

Dr. Joachim Kienast, niedergelassen

Dr. Maren Klemm, UKE

Herr Andreas Meinke, Bundeswehr-
krankenhaus

Prof. Dr. Gisbert Richard, UKE

Dr. Rüdiger Schwartz, UKE

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Wiegand,
Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Harald Wirt, AK Barmbek

Biochemie

Prof. Dr. Reinhard Bredehorst, UKE

Chirurgie

Prof. Dr. Heinz Sigurd Brieler, Be-
thesda AK Bergedorf

Dr. Peter Brümmer

PD Dr. Christoph Busch, UKE

PD. Dr. Arnulf Dörner, Ev. Krhs. Al-
ten Eichen

Dr. Gerhard Dost, Bethesda AK Ber-
gedorf

Herr Harald Friedrich niedergelassen

Dr. Hans-Dieter Gartmann-Scharf,
niedergelassen

Dr. Ursula Grünwald, Bethesda-AK
Bergedorf

Prof. Dr. Kofi de Heer, Krhs. Elim

Dr. Beate Herbig, Ev. Krhs. Alten
Eichen

Prof. Dr. Jakob Robert Izbicki, UKE

Prof. Dr. Helmut Kortmann, AK Alto-
na

Prof. Frank-Erich Lüdtke, AK St.
Georg

Dr. Peter Matthaei

Dr. Thomas Menzel, Alten Eichen

Dr. Klaus Möbius, niedergelassen

Dr. Henrik Mondt, Albertinen-Krhs.

Dr. Johannes Pietschmann, nieder-
gelassen

Dr. Bernd-Joachim Rasch, Krhs.
Mariahilf

Prof. Dr. Klaus Rückert, Klinikum
Nord/Heidelberg

Dr. Elmar Schäfer, niedergelassen

Dr. Dr. Michael Scheja, niedergelassen

Dr. Lutz Steinmüller, AK Eilbek

Dr. Wolfgang-Paul Tigges, Asklepios
Westklinikum

Prof. Volker Wening, AK Altona

Prof. Dr. Carsten Zornig, Israeliti-
sches Krhs.

Schwerpunkt Gefäßchirurgie

Dr. Peter Breuer, AK Wandsbek

Dr. Harald Daum, AK Harburg

Dr. Frank Johnsen, AK Altona

Prof. Dr. Helmut Kortmann, AK Altona

Dr. Henrik Mondt, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Joachim Schneider, AK St. Georg

Dr. Wolfgang-Paul Tigges, Asklepios Westklinikum

Jürgen Westenhoff, Albertinen-Krankenhaus

Schwerpunkt Thoraxchirurgie

PD Dr. Christoph Busch, UKE

Dr. Ursula Engel, AK Altona

Prof. Dr. Jakob Robert Izbicki, UKE

Dr. Christian Kugler, AK Harburg

Schwerpunkt Unfallchirurgie

Prof. Dr. Manfred Dallek, UKE

Dr. Wolfgang Dehoust, niedergelassen

Prof. Dr. Christoph Eggers, AK St. Georg

Dr. Maximilian Faschingbauer, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Wolfgang Fenselau, niedergelassen

Dr. Stefan Fuchs, Berufsgen. Unfallkrhs.

PD Dr. Christian Jürgens, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Ulf Lütjohann, Marienkrankenhaus

Dr. Hans Werner Kranz, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Wolfgang Linhart, UKE

Dr. Jürgen Madert, AK St. Georg

Prof. Norbert Michael Meenen, UKE

Prof. Dr. Johannes Maria Rueger, UKE

Dr. Jochem Schmidt, niedergelassen

Dr. Michael Wenzl, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Dr. Joachim Windolf, UKE

Dr. Martin Wurm, Berufsgen. Unfallkrhs.

Schwerpunkt Visceralchirurgie

Prof. Heinz Sigurd Brieler, Bethesda

PD Dr. Christoph Busch, UKE

PD Dr. Arnulf Dörner, Krhs. Alten Eichen

Dr. Ursula Engel, AK Altona

Prof. Dr. Kofi de Heer, Krhs. Elim

Dr. Beate Herbig, Alten Eichen

Prof. Dr. Jakob Robert Izbicki, UKE

Dr. Lutz Steinmüller, AK Eilbek

Prof. Carsten Zornig, Israelitisches Krankenhaus

Diagnostische /Radiologische Diagnostik

Prof. Dr. Gerhard Adam, UKE

Dr. Herwig Denkhaus, Marienkrankenhaus

Dr. Hans Jürgen Falcke, niedergelassen

Carsten Fünsterer, niedergelassen

Prof. Walter Gross-Fengels, AK Harburg

Dr. Suad Jaganjac, AK Eilbek

Dr. Gerrit Krupski-Berdien, UKE

Dr. Rainer Maas, niedergelassen

Dr. Renate Michalik-Himmelmann, AK Eilbek

Dr. Regenfledis Schoemaker, niedergelassen

Dr. Manfred Siemers, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Joachim Stegmann, Kikrhs Wilhelmstift

Prof. Dr. Hermann Vogel, AK St. Georg

Prof. Dr. Otto-Henning Wegener, AK Altona

Dr. Ralph Wenzel, niedergelassen

Prof. Dr. Gerd Witte, AK Wandsbek

Schwerpunkt Kinderradiologie

Dr. Anno Diemer, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Andreas Leenen, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Joachim Stegmann, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Schwerpunkt Neuroradiologie

Dr. Ulrich Grzyska, UKE

Dr. Wolfhard Lege, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Andreas Leppien, AK Altona

Prof. Dr. Dr. Hermann Zeumer, UKE

Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Prof. Dr. Heinz Günther Bohnet, niedergelassen

Dr. Helmut Corterier, Bethesda AK Bergedorf

Dr. Carl-Rüdiger Deichmann, niedergelassen

Dr. Andrea Ehni, niedergelassen

Dr. Martin Frank, Marienkrankenhaus

Dr. Thomas Gent, niedergelassen

Dr. Hans-Heino Hille, niedergelassen

Dr. Dorothee Kimmich-Laux, niedergelassen

Dr. Ingo von Leffern, AK Wandsbek

Prof. Christoph Lindner, Elim Krhs.

Dr. Volker Maaßen, AK Harburg

Herr Andreas Möckel, niedergelassen

Dr. Ekkehart Rueckert, Krankenhaus Mariahilf

Dr. Michael Scheele, Klinikum Nord/Heidelberg

Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel, Marienkrankenhaus

Dr. Hans-Albrecht von Waldenfels, niedergelassen

Dr. Cornelia Windscheid, keine Zulassung

Spezielle Weiterbildung: Gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin

Dr. Gerd Bispink, niedergelassen

Prof. Dr. Heinz Günther Bohnet, niedergelassen

Prof. Dr. Wilhelm Brändle, UKE

PD Dr. Michael Graf, niedergelassen

Dr. Annette Kleinkauf-Houcken, niedergelassen

Dr. Katrin Schaudig, niedergelassen

Dr. Martin Seeler, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Geburtshilfe und Perinatalmedizin

Prof. Dr. Martin Carstensen, Albertinen-Krhs.

Dr. Wolfram Czopnik, Amalie Sieveking Krhs.

Prof. Dr. Bernhard Hackelöer, AK Barmbek

PD Dr. Kurt Hecher, AK Barmbek

Prof. Dr. Bernd Hüneke, UKE

Prof. Christoph Lindner, Elim Krhs.

Dr. Michael Scheele, Klinikum Nord/Heidelberg

Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel, Marienkrhs.

Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode, Frauenklinik Barmbek-Finkenau

Haut- und Geschlechtskrankheiten

Dr. Clemens Buck, niedergelassen

Dr. Gabriele Hartmann, niedergelassen

Prof. Peter Höger, UKE

Dr. Wolfgang Kimmig, UKE

Dr. Altfried Kirchhoff, niedergelassen

Prof. Dr. Hartwig Mensing, niedergelassen

Prof. Dr. Ingrid Moll, UKE

Prof. Dr. Karsten Neuber, UKE

Prof. Dr. Ralf Paus, UKE

Dr. Steffen Reimlinger, niedergelassen

Dr. Dieter Reinel, Bundeswehrkrankenhaus

Prof. Dr. Volker Steinkraus, niedergelassen

Dr. Rolf Ulrich, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Joachim Weiß, niedergelassen/Haut

HNO-Heilkunde

Dr. Heike Auffermann, AK Altona

Dr. Eckhardt Biermann, AK St. Georg

Dr. Klaus Domdey, niedergelassen

Dr. Lothar Gramer, Bundeswehrkrankenhaus

Prof. Dr. Michael Handrock, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Dirk Heinrich, niedergelassen

PD Dr. Wolfgang Kehrl, Marienkrankenhaus

Prof. Rudolf Leuwer, UKE

Prof. Dr. Manfred Münzel, AK Harburg

Dr. Hans-Joachim Proescher, niedergelassen

Dr. Erdmann von Salisch, niedergelassen

Dr. Helfried Schade, KNO

Prof. Dr. Jobst von Scheel, AK St. Georg

Dr. Klaus-Jens Simm, niedergelassen

Dr. Nikolaus A. Töpfer, niedergelassen

Dr. Niels Graf von Waldersee, niedergelassen

Herzchirurgie

Dr. Kwaku Ayisi, UKE

Prof. Dr. Volker Döring, UKE

Dr. Stephan Geidel, AK St. Georg

Dr. Mohamed Ismail, UKE

Prof. Dr. Hans-Joachim Krebber,
Krankenhaus Jerusalem

Dr. Peter Marcsek, UKE

Prof. Dr. Jörg Ostermeyer, AK St.
Georg

Prof. Hermann Reichenspurner
UKE

PD Dr. Friedrich-Christian Riess,
Albertinen-Krhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Herzchirurgische Intensivmedizin

Dr. Kwaku Ayisi, UKE

Prof. Dr. Volker Döring, UKE

Dr. Friedrich-Christian Riess, Alber-
tinen-Krhs.

Humangenetik

(* sind auch Prüfer für den Bereich
Medizinische Genetik)

Prof. Dr. Andreas Gal *), UKE

Prof. Dr. Karsten Held *), niederge-
lassen

Dr. Elke Kaminsky *), niedergelas-
sen

Dr. Ernst Krasemann, niedergelas-
sen

Dr. Sabine Lüttgen *), UKE

Dr. Hiltrud Marschner-Schäfer *),
niedergelassen

Prof. Dr. Peter Meinecke*), Altonaer
Kinderkrhs.

Hygiene und Umweltmedizin

Prof. Dr. Erhard Pfeiffer, Hygieni-
sches Institut

Innere Medizin

Dr. Reinhard Bormann, niedergelas-
sen

Prof. Jörg Braun, AK Wandsbek

Dr. Michael Burlage, niedergelassen

Dr. Olaf Coym, Krhs. Elim

Dr. Jürgen Ebeling, niedergelassen

Prof. Dr. Hugo Th. Heidemann, AK
Eilbek

Dr. Klaus Korte, niedergelassen

Dr. Ann-Kathrin Meyer, AK Wands-
bek

Prof. Dr. Michael Otte, AK Wands-
bek

Prof. Dietmar Scholz, niedergelas-
sen

Prof. Tammo von Schrenck, Bethes-
da AK Bergedorf

Prof. Dr. Ulrich Schwedes, AK
Barmbek

Prof. Dr. Roland Scola, Krankenhaus
Groß Sand

Dr. Eckhard Stein, niedergelassen

Dr. Andreas Thiemann, niedergelas-
sen

Dr. Ulrich Wendisch, niedergelassen

Schwerpunkt Angiologie

Dr. Heinz-Hubert Breuer, niederge-
lassen

Herr Michael Hasfeld, niedergelas-
sen

Dr. Klaus Jaeger, Klinikum
Nord/Ochsensoll

Dr. Björn-Michael Schulenburg, AK
Harburg

Schwerpunkt Endokrinologie

Prof. Dr. Christoph Bamberger, UKE

Prof. Dr. Frank-Ulrich Beil, UKE

Dr. Matthias Epe, niedergelassen

Dr. Werner Mischke, niedergelassen

Prof. Dr. Heinrich Schulte, niedergelassen

Prof. Dr. Ulrich Schwedes, AK Barmbek

Schwerpunkt Gastroenterologie

PD Dr. Detlev Ameis, UKE

Dr. Michael Burlage, niedergelassen

Dr. Wolfgang Burmeister, niedergelassen

Dr. Wolfram Garbe, niedergelassen

Prof. Dr. Peter Layer, Israelitisches Krhs.

PD Dr. Guntram Lock, Albertinen-Krankenhaus

Prof. Dr. Michael Otte, AK Wandsbek

Prof. Dr. Andreas Raedler, Asklepios Westklinikum

Dr. Klaus Reuter, niedergelassen

Prof. Tammo von Schrenck, Bethesda AK Bergedorf

Schwerpunkt Hämatologie und internistische Onkologie

Dr. Klaus Becker, niedergelassen

Dr. Dietrich Braumann, AK Altona

Dr. Siegfried Drescher, niedergelassen

Prof. Axel-Rainer Hanauske, AK St. Georg

PD Dr. Nicolaus Kröger, UKE

Dr. Peter Müller, Klinikum Nord/Heidberg

Dr. Ulrich Müllerleile, AK Barmbek

Dr. Dieter Platz, niedergelassen

Prof. Norbert Schmitz, AK St. Georg

Dr. Axel Stang, AK Altona

Prof. Dr. Axel Zander, UKE

Dr. Wolfgang Zeller, niedergelassen

Schwerpunkt Kardiologie

Manfred Geiger, niedergelassen

Prof. Dr. Hugo Heidemann, AK Eilbek

Dr. Sören Heik, niedergelassen

Dr. Andreas Hinrichs, niedergelassen

Prof. Karl-Heinz Kuck, AK St. Georg

PD Dr. Klaus-Peter Kunze, niedergelassen

Prof. Dr. Thomas Meinertz, UKE

Dr. Volker Petersen, niedergelassen

Dr. Thomas Schröder, niedergelassen

Dr. Henning Seevers, niedergelassen

Prof. Dr. Paul Spiller, AK Barmbek

Schwerpunkt Nephrologie

Prof. Dr. Folkert Bode, niedergelassen

Dr. Michael Burlage, niedergelassen

Dr. Ingo Krenz, niedergelassen

Dr. Stefan Mees, niedergelassen

Dr. Winfried Rammé, AK Barmbek

Prof. Dr. Rolf Stahl, UKE

Dr. Andreas Stahn, niedergelassen

Dr. Karl-Otmar Stenger,
niedergelassen

Prof. Friedrich Thaiss, UKE

PD Dr. Karl Wagner, AK Barmbek

Dr. Heinz Wilms, niedergelassen

Schwerpunkt Pneumologie (bisher Lungen- und Bronchi- alheilkunde)

Dr. Rüdiger Bock, niedergelassen

Prof. Jörg Braun, AK Wandsbek

Dr. Jürgen Ebeling, niedergelassen

Dr. Jan Fraedrich, niedergelassen

Dr. Jens Grützmacher, niedergelassen

Dr. Andreas Karneier, niedergelassen

Prof. Dr. Eckhard Kaukel, AK Harburg

Dr. Ulrich Kondziella, niedergelassen

Dr. Ulrich Kramer, AK Harburg

Dr. Thomas Kurz, AK Altona

Dr. Ralf Oertel, niedergelassen

Dr. Dirk-Christian Patzer, niedergelassen

Dr. Christoph Petermann, AK Harburg

Dr. Manfred Peters, niedergelassen

Dr. Tibor Schmoller, niedergelassen

Dr. Stefan Schwarz, AK Harburg

Dr. Hartmut Timmermann, niedergelassen

Schwerpunkt Rheumatologie (IM)

Dr. Volker Petersen, niedergelassen

Dr. Harald Tremel, niedergelassen

Dr. Wolfgang Winter, AK Eilbek

Prof. Jürgen Wollenhaupt, AK Eilbek

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Internistische Intensivmedizin

Prof. Jörg Braun, AK Wandsbek

Dr. Peter Buggisch, UKE

Tushar Dave, AK Altona

Dr. Jens Fricke, AK Harburg

Prof. Dr. Georg Kreyman, UKE

Dr. Matthias Müller-Schulz, Marienkrankenhaus

Dr. Norbert Ruge, Klinikum Nord/Heidelberg

PD Dr. Bertram Weiß, Asklepios Westklinikum

Spezielle Weiterbildung: Klinische Geriatrie

Prof. Peter Bernhardt, Wilhelmsb. Krhs./Neurol.

Dr. Peter Flesch, Richard-Remé-Haus/Innere Med.

PD Dr. Werner Hofmann, Klinikum-Nord/Ochsensoll/

Innere Med.

Prof. Wolfgang Meins, Albertinen-Haus/Neurol

Frau Dr. Ann-Kathrin Meyer, AK Wandsbek/Innere Med.

Dr. Michael Michaelis, Albertinen-Haus/Innere

Prof. Wolfgang von Renteln-Kruse, Albertinen-Haus/Innere

Prof. Roland Scola, Krhs. Wilhelmsburg/Innere

Dr. Jutta Wilk, Krhs. Bethanien/Innere

Kinderchirurgie

Herr Ryszard Kamzela, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Lambrecht, UKE

Dr. Burkhard Mostler, Krankenhaus Mariahilf

Dr. Peter Reifferscheid, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Gero Wesener, Niedergelassen

Kinder- und Jugendmedizin

Dr. Frank Baumann, Krhs. Mariahilf

PD Dr. Jens-Christian Commentz, niedergelassen

Prof. Dr. Hans Henning Hellwege, UKE

Dr. Christoph Hertzberg, Altonaer Kinderkrhs.

Frau Prof. Dr. Gritta Janka-Schaub, UKE

Dr. Petra Kapaun, niedergelassen

Dr. Rudolf Lepler, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Hans-Ulrich Neumann, niedergelassen

Dr. Winfried Oelkers, niedergelassen

Dr. Wolfgang Rebien, niedergelassen

Dr. Bernd Riedel, niedergelassen

Prof. Frank Riedeln, Altonaer Kinderkrhs.

Herr Albrecht Römhild, niedergelassen

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen

Prof. Dr. Nikolaus Stahnke, UKE

PD Dr. Norbert Veelken, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Prof. Dr. Rolf Willig, UKE

Schwerpunkt Kinderkardiologie

Dr. Christian Beyer, niedergelassen

Dr. Michele Eiselt, UKE

Dr. Christoph Fink, UKE

Dr. Stefan Renz, niedergelassen

Dr. Katrin Schirmer, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen

Prof. Dr. Jochen Weil, UKE

Schwerpunkt Neonatologie

Dr. Christoph Beckmann, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Egmont Harps, UKE

Prof. Dr. Hans Henning Hellwege, UKE

Dr. Axel Hennenberger, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Reinhard Laux, AK Barmbek

Frau Bozena Liedtke, AK Barmbek

PD Dr. Elisabeth Raedler, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Rainer Süßenguth, Altonaer Kinderkrhs.

Uwe Thiede, KNO

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Pädiatrische Intensivmedizin

Dr. Egmont Harps, UKE

Prof. Dr. Hans Henning Hellwege, UKE

Dr. Axel Hennenberger, Kinderkrhs. Wilhelmstift

PD Dr. Elisabeth Raedler, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Rainer Süßenguth, Altonaer Kinderkrhs.

Dr. Axel von der Wense, Altonaer Kinderkrhs.

Kinder-u. Jugendpsychiatrie und -psychotherapie

Dr. Franz Otto Ambrass, niedergelassen

Dr. Silvia Borns, niedergelassen

Herr Bernhard Henke, niedergelassen

Dr. Hans-Dieter Kowerk, niedergelassen

Dr. Kai-Uwe Nöhring, Kinderkrhs. Wilhelmstift

Dr. Reinhard Nolte, niedergelassen

Dr. Ralf Radizi, Krhs. Wilhelmstift

Prof. Dr. Peter Riedesser, UKE

Dr. Katrin Schümann-Riquelme, niedergelassen

Prof. Dr. Michael Schulte-Markwort, UKE

Dr. Tobias Wiencke, niedergelassen

Laboratoriumsmedizin

Prof. Dr. Rüdiger Arndt, niedergelassen

Prof. Dr. Jens Christian Brümmer, UKE

Dr. Claus Fenner, niedergelassen

Dr. Kurt Hannemann-Pohl, Marienkrankenhaus

Dr. Sieghard Kampf, Marienkrankenhaus

Dr. Carsten Schmidt, niedergelassen

Prof. Dr. Herbert Schmitz, Tropeninstitut

Mikrobiologie und Infektions-epidemiologie

Dr. Thomas Fenner, niedergelassen

Prof. Dr. Heinz-Hubert Feucht, UKE

Prof. Dietrich Mack, UKE

Dr. Andreas Sammann, Gesundheitsbehörde Hamburg

Dr. Oliver Sandkamp, niedergelassen

Herrn Ingo Sobottka, UKE

Dr. Andreas Wille, Hygienisches Institut

Prof. Dr. Hinrik von Wulffen, AK St. Georg

Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie

Dr. Dr. Volker Ibing, niedergelassen

Prof. Dr. Dr. Irene Jend-Rossmann, niedergelassen

Dr. Ulrich Konter, niedergelassen

Dr. Dr. Jochem Körholz, Bundeswehrkrhs

Prof. Dr. Dr. Thomas Kreuzsch, KNO

Dr. Ulrich Reuters, niedergelassen

Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt, niedergelassen

Prof. Dr. Dr. Rainer Schmelzle, UKE

Dr. Dr. Gerhard Schwartz, niedergelassen

Dr. Dr. Reinhard Volkenstein, niedergelassen

Dr. Michael Werner, AK Altona

Neurochirurgie

Prof. Dr. Niels Freckmann, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Dr. Henning Friedrich, Klinikum Nord/Heidelberg

Prof. Dr. Eckard Halves, AK Altona

Dr. Mathias Hamann, KNO

Dr. Thomas Hinzpeter, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Michael Neuss, Unfallkrankenhaus

Dr. Luca Papavero, UKE

Prof. Manfred Westphal, UKE

Neurologie

PD Dr. Christian Arning, AK Wandsbek

Hartmut Fischer-Düsterhoff, niedergelassen

Dr. Werner Günther, niedergelassen

Dr. Paul Hinse, niedergelassen

Prof. Dr. Lutz Lachenmayer, AK Barmbek

PD Dr. Michael Michalik, Senatsamt f. d. Verwaltungsdienst

Prof. Dr. Axel Müller-Jensen, AK Altona

Prof. Dr. Rudolf Töpfer, AK Harburg

Dr. Rita Trettin, niedergelassen

Dr. Karl Vogel, niedergelassen

Prof. Dr. Peter Vogel, AK St. Georg

Prof. Thomas Weber, Marienkrankenhaus

Prof. Dr. Cornelius Weiller, UKE

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurologische Intensivmedizin

Prof. Dr. Lutz Lachenmayer, AK Barmbek

Prof. Dr. Axel Müller-Jensen, AK Altona

Dr. Günther Thayssen, UKE

Prof. Dr. Cornelius Weiller, UKE

Neuropathologie

PD Dr. Christian Hagel, UKE

Nuklearmedizin

Prof. Dr. Karl H. Bohuslavizki, niedergelassen

Prof. Dr. Malte Clausen, UKE

Dr. Peter Frank, niedergelassen

Dr. Michaela Garn, AK Altona

Prof. Dr. Bernhard Leisner, AK St. Georg

Orthopädie

Dr. Andreas Betthäuser, AK Eilbek

Dr. Peter-René Bock-Lamberlin, niedergelassen

Dr. Harm Bredemeier, niedergelassen

Dr. Gerald Eggers-Stroeder, niedergelassen

Prof. Bernd Fink, UKE

PD Dr. C.-H. Hartwig, niedergelassen

PD Dr. Achim Hedtmann, Klinik
Fleetinsel

Dr. Torsten Hemker, niedergelassen

Dr. Matthias Honl

Dr. Jan-Hauke Jens, AK Eilbek

Prof. Dr. Bernd Kabelka, niederge-
lassen

Dr. Rolf-Rainer Lange, niedergelas-
sen

Dr. Carsten Lütten, niedergelassen

Dr. Joachim Niehaus, Bundeswehr-
krankenhaus

Prof. Dr. Wolfgang Rütter, UKE

PD Dr. Ralf Stücker, Altonaer Kin-
derkrankenh.

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Dr. Carsten Timm, niedergelassen

Dr. Lothar Wiesner, UKE

Schwerpunkt Rheumatologie (Orth.)

Prof. Bernd Fink, UKE

PD Dr. C.-H. Hartwig, niedergelas-
sen

Dr. Marlies Horstmeyer, niederge-
lassen

Dr. Ursula Rebien, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Rütter, UKE

Dr. Werner Siekmann, niedergelas-
sen

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Pathologie

Prof. Dr. Günter Delling, UKE

Prof. Dr. Joachim Gottschalk, Klini-
kum Nord/Heidberg

Prof. Wilhelm-Wolfgang Höpker, AK
Barmbek

Dr. Rudolf Kopf, niedergelassen

Dr. Brigitte Mahn, AK Wandsbek

Prof. Dr. Wolfgang Saeger, Marien-
krankenhaus

Prof. Hansjörg Schäfer, UKE

Prof. Sören Schröder, niedergelas-
sen

Prof. Dr. Mathias Vierbuchen, AK St.
Georg

Dr. Mathias Werner, UKE

Pharmakologie u. Toxikologie

Prof. Thomas Eschenhagen, UKE

Prof. Dr. Hans-Jürgen Mest, Lilly
Forschung GmbH

Phoniatry und Pädaudiologie

Dr. Sabine Fischer, niedergelassen

Prof. Dr. Markus M. Hess, UKE

Dr. Marianne Röhrs, niedergelassen

Alexander Swiridoff, niedergelassen

Dr. Graf Niels von Waldersee, nie-
dergelassen

Dr. Thomas Wiesner, Werner-Otto-
Institut

Physikalische und Rehabilitati- ve Medizin

Dr. Dr. Helmut Brinkmann,
KN/Ochsenszoll

Dr. Rüdiger Brocks, Endo-Klinik

Frau Angela M. Deventer, niederge-
lassen

Dr. Peter Flesch, Richard-Remé

Herr Jörg Galler, Klinikum
Nord/Ochsenszoll

Dr. Jean-Jacques Glaesener, AK St. Georg

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Dr. Folker Röhrig, AK Eilbek

Herr Ronald Wesche, niedergelassen

Sibylle Ziegert, AK Eilbek

Physiologie

Prof. Dr. Hobe Schröder, UKE

Prof. Dr. Jürgen Schwarz, UKE

Plastische Chirurgie/Teilgebiet Plastische Chirurgie (89)*

Dr. Hans-J. Bargmann, niedergelassen

*Dr. Jutta Böhling, niedergelassen

Dr. Klaus Fischer, AK St. Georg

PD Dr. Dr. Reinhard Gröner, niedergelassen

Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger, niedergelassen

Dr. Klaus Müller, AK Wandsbek

Frau Dr. Irini Panteli, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Dr. Bernd-Dietmar Partecke, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Klaus Wittig, Alten Eichen

Psychiatrie und Psychotherapie

Dr. Karl-Heinz Biesold, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Hans-Jürgen Bohnhoff, niedergelassen

Dr. Dietrich Eck, KNO

Dr. Hans-Joachim Funke, Ev. Krhs. Alsterdorf

Prof. Iver Hand (VT), UKE

PD Dr. Michael Kellner (VT), UKE

Dr. Horst Lorenzen, AK Eilbek

Dr. Heidi Peters, Klinikum Nord/Ochsenzoll

Dr. Theo Piegler, Bethesda AK Bergedorf

Dr. Hans Ramm, niedergelassen

Dr. André Rensch, niedergelassen

Dr. Michael Rufer, UKE

Prof. Michael Sadre-Chirazi Stark (VT), Asklepios Westklinikum

Dr. Hans Schultze-Jena, niedergelassen

Dr. Wolfgang Seeler, Klinikum Nord/Ochsenzoll

Dr. Walter Sick, Albertinen-Krhs

Dr. Rita Trettin, niedergelassen

Dr. Hans-Peter Unger, AK Harburg

Dr. Claus Waechtler, Klinikum Nord/Ochsenzoll

Klaus E. Weber, niedergelassen

Psychotherapeutische Medizin

Prof. Dr. Stephan Ahrens (TF), Asklepios Westklinikum

Dr. Sigrid Frerk (TF), niedergelassen

Dr. Volker Friedrich, niedergelassen

Dr. Michael Klöpffer (TF), niedergelassen

PD Dr. Ulrich Lamparter (TF), niedergelassen

Dr. Klaus Loebell, niedergelassen

Dr. Beate Martius, niedergelassen

Dr. Andrea Oster, niedergelassen

Dr. Brigitta Rüth-Behr (TF), niedergelassen

Prof. Michael Sadre-Chirazi Stark (VT), Asklepios Westklinikum

Dr. Renate Sechtem, niedergelassen

Dr. Christian Trabandt (VT), niedergelassen

Dr. Michael Trukenm ller, niedergelassen

Dr. Heinz Vedder, niedergelassen

Frau Jutta Westphal (TF), niedergelassen

Rechtsmedizin

Prof. Ute Lockemann, UKE

Prof. Dr. Klaus Püschel, UKE

Dr. Friedrich Schulz, Gerichts rztlicher Dienst

Strahlentherapie

Prof. Dr. Winfried Alberti, UKE

PD Dr. Martin Busch, AK St. Georg

Dr. Detlef Carstens, AK St. Georg

Dr. Ingomar Janik, AK St. Georg

Dr. Ulrich Reichardt, niedergelassen

PD Dr. Volker Rudat, UKE

PD Dr. Florian W rschmidt, niedergelassen

Transfusionsmedizin (sind auch gleichzeitig Prüfer für den Bereich Transfusionsmedizin WBO '89)

Prof. Dr. Ulrich Budde, niedergelassen

Dr. Kurt Hannemann-Pohl, Marienkrankenhaus

Dr. Monireh Hohl-Taheri, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Sieghard Kampf, Marienkrankenhaus

Prof. Dr. Peter Kühnl, UKE

Prof. Dr. Alois Poschmann, Zentralinst.f.Transfusionsm

Lutz Schmidt, ZIT

Urologie

Christian Aust, niedergelassen

Prof. Dr. Hermann Becker, Marienkrankenhaus

Dr. Stephan B nz, niedergelassen

Prof. Dr. Rainer Busch, AK Eilbek

Prof. Dr. Klaus-Peter Dieckmann, Albertinen-Krankenhaus

Dr. Rolf Eichenauer, niedergelassen

Dr. Norbert Fellenberg, niedergelassen

Dr. Gerhart Glaser, niedergelassen

Dr. Michael Hartmann

Dr. Olaf Netzbandt, niedergelassen

Dr. Rudolf Osieka, niedergelassen

Dr. Tobias Pottek, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Elisabeth Spitzenpfeil, niedergelassen

Dr. Walter Wagner, Bundeswehrkrankenhaus

Allergologie

Dr. Thomas Grundmann, UKE/HNO

Dr. Arend Hartjen, niedergelassen/Innere

Prof. Eckhard Kaukel, AK Harburg

Dr. Beate Küchmeister, niedergelassen/Haut

Prof. Rudolf Leuwer, UKE

Dr. Ulrich Machate, niedergelassen

Prof. Dr. Ingrid Moll, UKE/Haut

Prof. Dr. Manfred Münzel, AK Harburg/HNO

Dr. Hans-Joachim Proescher, niedergelassen/HNO

Dr. Wolfgang Rebien, niedergelassen/Pädiatrie

Dr. Dieter Reinel, Bundeswehrkrhs./Haut

Dr. Thomas Rutt, niedergelassen

Dr. Joachim Weiß, niedergelassen/Haut

Betriebsmedizin (siehe Arbeitsmedizin)

Chirotherapie

Dr. Martin Buchholz, niedergelassen

Dr. Christian Holtfreter, niedergelassen

Dr. Axel-Joachim Kaden, niedergelassen

Dr. Klaus König, niedergelassen

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Dr. Peter Möller, niedergelassen

Dr. Jörg Väterlein, niedergelassen

Herr Ronald Wesche, niedergelassen

Flugmedizin

Dr. Edith Antweiler-Ardey, niedergelassen

Dr. Andreas Börger, niedergelassen

Dr. Heinrich Cordes, niedergelassen

Dr. Hans Kraus, niedergelassen

Handchirurgie

Dr. Hans Drees, AK Wandsbek

Dr. Klaus Fischer, AK St. Georg

Dr. Sigrid Hülsbergen-Krüger, niedergelassen

Dr. Klaus Müller, AK Wandsbek

Dr. Rüdiger Neumann, Krhs. Elim

Prof. Dr. Bernd-Dietmar Partecke, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Dr. Johannes M. Rueger, UKE

Dr. Hans-Joachim Stammer, AK Wandsbek

Dr. Michael Völlinger, Berufsgen. Unfallkrhs.

Prof. Dr. Joachim Windolf, UKE

Homöopathie

Dr. Elke Brüning, niedergelassen

Dr. Hendrika van Delden, niedergelassen

Svea-Beate Große, niedergelassen

Dr. Klaus Habich, niedergelassen

Dr. Klaus Haller, niedergelassen

Dr. Johann-Dietrich Jaeger, niedergelassen

Dörte Kohlbach, niedergelassen

Curt Kösters, niedergelassen

Elke Olearius, niedergelassen

Dr. Jürgen Rehder, niedergelassen

Dr. Klaus Rentrop, niedergelassen

Dr. Hans Walbaum, niedergelassen

Dr. Matthias Will, niedergelassen

Dr. Marta Zolcsak, niedergelassen

Medizinische Genetik (siehe Humangenetik)

Medizinische Informatik

Dr. Matthias Claussen, UKE

Dr. Jörg Sahlmann, Klinikum Nord/Heidberg

Naturheilverfahren

Dr. Dr. Helmut Brinkmann, KN/Ochsenszoll

Dr. Ulrich Dreeßen, niedergelassen

Herr Jörg Galler, Klinikum Nord/Ochsenszoll

Dr. Thomas Heitzmann, niedergelassen

Dr. Kamran Maher, niedergelassen

Herr Ernst Ingo Middelhaufe, niedergelassen

Dr. Jürgen Rehder, niedergelassen

Dr. Jörg Reiter, niedergelassen

Dr. Ralph-Peter Schink, niedergelassen

Lutz Witte, niedergelassen

Klaus Wißmeyer, niedergelassen

Phlebologie

Dr. Altfried Kirchhoff, AK St. Georg/Haut.

Dr. Karl-Christian Münter, niedergelassen/Allg.-Med.

Dr. Karl-Heinz Rätz, MDK/Haut.

Dr. Ingo Schmidt, Klinik Dr. Guth/Chirurgie

Physikalische Therapie

Dr. Till Baumgarten, AK Eilbek

Dr. Dr. Helmut Brinkmann, KN/Ochsenszoll

Dr. Maximilian Faschingbauer, Berufsgen.Unfallkrhs

Dr. Jean-Jaques Glaesener, AK St. Georg

Prof. Dr. Ekkehard Hille, AK Eilbek

PD Dr. Christian Jürgens, Berufsgen.Unfallkrhs

Dr. Antje Materna, niedergelassen

Dr. Folker Röhrig, AK Eilbek

Plastische Operationen

Dr. Thomas Benkendorf, niedergelassen/HNO

Dr. Thomas Grundmann, UKE

Prof. Dr. Dr. Irene Jend-Rossmann, niedergelassen

PD Dr. Wolfgang Kehrl, Marienkrankenhaus

Prof. Rudolf Leuwer, UKE

Prof. Dr. Manfred Münzel, AK Harburg/HNO

Dr. Dr. Hans-Günther Rudelt, niedergelassen/MKG-Chir.

Dr. Erdmann von Salisch, niedergelassen

Dr. Helfried Schade, KNO

Prof. Dr. Dr. Rainer Schmelzle, UKE/MKG-Chir.

Prof. Jürgen Ußmüller, UKE

Psychoanalyse

Prof. Dr. Friedrich-W. Deneke, UKE

Dr. Justus Engelhardt, niedergelassen

Dr. Sigrid Frerk, niedergelassen

Dr. Volker Friedrich, niedergelassen (PTM)

Dr. Joachim Grefe, niedergelassen

Ilse Höcker, niedergelassen
 Dr. Edelgard Müller, niedergelassen
 Dr. Birgitte RÜth-Behr, niedergelassen
 Dr. Andrea Oster, niedergelassen
 Dr. Bettina Steinberger, niedergelassen
 Edith Theux, niedergelassen
 Dr. Hans Schultze-Jena, niedergelassen
 Dr. Heinrich Vedder, niedergelassen
 Dr. Hartmut Wegehaupt, niedergelassen
 Dr. Volker Zentner, niedergelassen (Nerven)

Psychotherapie (TF)

Dr. Klaus Augustin, niedergelassen
 Dr. Kristina Frederking, niedergelassen
 Dr. Claus Frerk, niedergelassen (PTM)
 Dr. Sigrid Frerk, niedergelassen (PTM)
 Dr. Volker Friedrich, niedergelassen
 Dr. Hans-Joachim Funke, Ev. Krhs. Alsterdorf
 Dr. Dieter Hoppe, niedergelassen (PTM)
 Dr. Michael Klöpffer, niedergelassen (PTM), APH
 Dr. Beate Martius, niedergelassen (Allg.)
 Dr. Andrea Oster, niedergelassen
 Dr. Theo Piegler, Bethesda AK Bergedorf
 Dr. Hans Ramm, niedergelassen

Dr. Hans Schultze-Jena, niedergelassen (P+P)
 Dr. Renate Sechtem, niedergelassen
 Dr. Rita Trettin
 Dr. Michael Trukenmüller, niedergelassen (PTM)

Psychotherapie (VT)

Prof. Dr. Iver Hand, UKE
 Dr. Helmut Peter, UKE
 Dr. Michael Rufer, UKE
 Prof. Michael Sadre Chirazi Stark, Asklepios Westklinikum
 Dr. Christian Trabant, niedergelassen (PTM)
 Klaus-E. Weber, niedergelassen (Nerven)

Rehabilitationswesen

Prof. Dr. Wolfgang A. Dauch, AK Eilbek
 Dr. Gerhard Exner, Berufsgen. Unfallkrhs.
 Dr. Christa Kamm, Berufsgen. Unfallkrhs.
 Dr. Rainer Marien, Berufsförderungswerk
 Dr. Helmut Wallrabenstein, Berufsförderungswerk

Rettenungsmedizin

Dr. Harald Boettcher, UKE
 Dr. Cord Busse, AK St. Georg
 Christian Fortner, AK Wandsbek
 Frau Maria Gerigk, Klinikum Nord/Heidelberg
 Dr. Joachim Hoitz, Bundeswehrkrankenhaus

Dr. Stefan Kappus, Berufsgen. Unfallkrhs.

PD Dr. Thomas Kloess, AK Harburg

Dr. Henning Krause, AK Barmbek

Dr. Rolf Kretschmer, AK St. Georg

Dr. Stefan Oppermann, Institut f. Notfallmedizin

Dr. Hans-Richard Paschen, Ev. Amalie-Sieveking-Krhs

Dr. Peter Voeltz, Berufsgen. Unfallkrhs.

Torsten Wilde, AK Wandsbek

Dr. Sebastian Wirtz, AK Barmbek

Sozialmedizin

Dr. Reinhard Jaehn, Senatsamt f.d. Verwaltungsdienst

Dr. Marie-Luise Kölln, Versorgungsärztlicher Dienst

Herr Michael Meyer-Clement, Gutachter

Dr. Michael Michalik, Personalamt

Dr. Bernd Schepers, See-BG

Dr. Nina Sonntag, MDK

Spezielle Schmerztherapie

Prof. Dr. Helge Beck, UKE

Dr. Martin Benkenstein, Marienkrankenhaus

Dr. Harald Boettcher, UKE

Frau Naomie Cayemitte-Rückner, niedergelassen

Dr. Maja Falckenberg, niedergelassen

Dr. Erika Höhne, niedergelassen

Dr. Hanno Jaeger, niedergelassen

Dr. Dietrich Jungck, niedergelassen

Frau Eva S. Jungck, niedergelassen

Dr. Bruno Kniesel, niedergelassen

Dr. Joachim Nitsche, Marienkrhs.

Dr. Clauspeter Pfad, AK Altona

Dr. Lukas Schmitt, niedergelassen

Marion Schölzel, Marienkrankenhaus

Dr. Harald Schottke-Hennings, Marienkrankenhaus

Dr. Matthias Soyka, niedergelassen

Dr. Volker Stein, AK St. Georg

Eberhard Weber, niedergelassen

Dietrich Willemsen, AK Eilbek

Sportmedizin

Peter Benckendorff, niedergelassen (Orth.)

Prof. Dr. Klaus-Michael Braumann, FB Sportwissensch.Uni

Dr. Harm Bredemeier, niedergelassen (Orth.)

Dr. Knud Heinert, niedergelassen (Orth.)

Prof. Dr. Bernd Kabelka, niedergelassen (Orth.)

Dr. Jürgen Kuchlin, niedergelassen (Chirurg)

Dr. Carsten Lütten, niedergelassen (Orth.)

Klaus Schäfer, niedergelassen (Prakt.)

Dr. Karl Robert Schirmer, niedergelassen (Kinderh.)

Transfusionsmedizin (siehe Gebietsbezeichnung Transfusionsmedizin)

Tropenmedizin

Prof. Gerd Burchard, BNI
 Dr. Georg Gagesch, niedergelassen
 Dr. Miklós Hazay, niedergelassen
 Dr. Andreas Meyer, niedergelassen
 Dr. Manfred Peters, niedergelassen
 Dr. Hans-M. Schrader, niedergelassen
 Dr. Axel Sommer, niedergelassen
 Dr. Hinrich Sudeck, BNI

Umweltmedizin

Prof. Xaver Baur, Zentralinst.f.Arbeitsmedizin
 Dr. Gabriele Buck-Görges, niedergelassen
 Dr. Dr. Thomas Fenner, niedergelassen
 Dr. Annette Gäßler, Daimler Benz Aerospace
 Dr. Mouin Kidess, niedergelassen
 Dr. Sabine Müller-Bagehl, Amt f. Arbeitsschutz
 Dr. Wolfgang Paulsen, ExxonMobil-Central Europe
 Prof. Erhard Pfeiffer, Hygienisches Institut
 Dr. Thomas Schultek, Norddeutsche Affinerie
 Herr Michel Walz, niedergelassen
 Dr. Ursula Weinssen, Amt f. Arbeitsschutz
 Dr. Albrecht zum Winkel, niedergelassen

Fachkunde Suchtmedizinische Grundversorgung

Dr. Klaus Behrendt, Klinikum Nord/Ochsenzoll
 Dr. Dirk Berzow, niedergelassen
 Herr Ulrich Bloemeke, STZ
 Dr. Jochen Brack, Klinikum Nord/Ochsenzoll
 Dr. Jost Fischer, Soz.Zentrum f.Sucht Kranke
 Herr Rainer Glaser, niedergelassen
 Dr. Rüdiger Holzbach, UKE
 Dr. Margret Jandl, St. Georg
 Prof. Dr. Michael Krausz, UKE
 Frau Birgit Lucassen, Klinikum Nord/Ochsenzoll
 Dr. Andreas Meyer, niedergelassen
 Dr. Frank Oeder, St. Georg
 Dr. Rolf Schmidt, Drogenambulanz
 Dr. Hardy-Bernd Wagner, Sozialth. Zentrum
 Dr. Klaus Weber, niedergelassen
 Dr. Robert Stracke, Auswärtiger Prüfer

Fachkunde "Ärztliches Qualitätsmanagement"

Dr. Klaus Beelmann, Ärztekammer HH
 Dr. Eckhart Fink, Bethesda-AK Bergedorf
 Dr. Carsten Leffmann, Hamb. Krankenhausges.
 Dr. Norbert Lübke, Albertinenhaus
 Dr. Christof Veit, Hamb. Krankenhausges.

Teilgebiet Thorax-u. Kardio- vaskularchirurgie ('89)

Prof. Dr. Niels-Michael Bleese, Albertinen-Krankenhaus

Prof. Dr. Jörg Ostermeyer, AK St. Georg

Spez. Weiterbildung Spezielle Chirurgische Intensivmedizin

PD Dr. Arnulf Dörner, Alten Eichen

Dr. Thomas Menzel, Krhs. Alten Eichen

Frau Maren Schmidt, angest. Ärztin/Praxis

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Operative Gynäkologie

Prof. Dr. Martin Carstensen, Albertinen-Krhs.

Dr. Wolfram Czopnik, Amalie Sieveking Krhs.

Dr. Michael Scheele, Klinikum Nord/Heidelberg

Prof. Dr. Hans-Peter Scheidel, Marienkrhs.

Prof. Dr. Peter Schmidt-Rhode, Frauenklinik Finkenau

Fachkunde Laboruntersuchungen in der Frauenheilkunde u. Geburtshilfe

Prof. Dr. Wilhelm Brändle, UKE

Dr. Annette Kleinkauf-Houcken, niedergelassen

Prof. Dr. Christoph Lindner, Elim-Krhs.

Teilgebiet Phoniatrie u. Pädaudiologie ('89)

Dr. Sabine Fischer, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Hals-Nasen-Ohrenchirurgie

PD Dr. Thomas Grundmann, UKE

Prof. Dr. Michael Handrock, Klinikum Nord/Heidelberg

Dr. Rudolf Leuwer, UKE

Dr. Ulrich Machate, niedergelassen

Prof. Dr. Manfred Münzel, AK Harburg

Dr. Ruth Noppeney, niedergelassen

Dr. Nikolaus A. Töpfer, niedergelassen

Teilgebiet Hämatologie ('89)

Dr. Ruth Sonnen, AK St. Georg

Fachkunde: Sigmoido-Koloskopie im Gebiet Innere Medizin

Dr. Jan Brannath, Marienkrhs.

Dr. Joachim Guntau, Albertinen-Krhs.

Dr. Ulrich Wendisch, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Spezielle neurochirurgische Intensivmedizin

Prof. Dr. Niels Freckmann, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Martin Jakisch, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Christa Kamm, Berufsgen. Unfallkrhs.

Dr. Johannes A. Köppen, UKE

Prof. Dr. Manfred Westphal UKE

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Orthopädische Chirurgie

Dr. Jürgen Bruns, UKE

PD Dr. Birgit Hermann, niedergelassen

Prof. Dr. Ekkehard Hille, AK Eilbek

Dr. Dirk Rose, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Rütter, UKE

Dr. Werner Siekmann, niedergelassen

Dr. Ralf Theermann, niedergelassen

Dr. Manfred Thomsen, niedergelassen

Spezielle Weiterbildung: Molekularpathologie

Dr. Lutz Riethdorf, niedergelassen

Prof. Dr. Wolfgang Saeger, Marienkrhs.

Spezielle Weiterbildung: Spezielle Urologische Chirurgie

Prof. Dr. Hermann Becker, Marienkrhs.

Prof. Dr. Klaus-Peter Dieckmann, Albertinen-Krhs.

Stimm-u. Sprachstörungen

Dr. Ingke Andreae, niedergelassen

Henning Brunckhorst, niedergelassen

Dr. Werner Frank, niedergelassen

Dr. Helmut Grossgerge, niedergelassen

Prof. Dr. Markus M. Hess, UKE

Alexander Swiridoff, niedergelassen